

Die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse 'von unten': Soziale Bewegungen im Kontext von Postpolitik und ökologischer Krise

Burger, Jochen

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Sonstiges / other

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Burger, J. (2021). *Die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse 'von unten': Soziale Bewegungen im Kontext von Postpolitik und ökologischer Krise*. Bonn. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-71648-3>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse ‚von unten‘

Soziale Bewegungen im Kontext von Postpolitik und ökologischer Krise

Masterarbeit – vorgelegt von:

Jochen Burger

Betreut durch: Prof. Dr. Müller-Mahn

Bonn, August 2017

Die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse ‚von unten‘

Soziale Bewegungen im Kontext von Postpolitik und ökologischer Krise

I. Danksagung

Für die Erstellung dieser Arbeit danke ich Moritz und Anna, die mir in theoretischen Fragen und Diskussionen immer zur Seite standen. Ich danke außerdem meiner Mutter Monika, die mir ihre Liebe und ihr Zuhause gegeben hat, sodass ich auch in stürmischen Zeiten eine ruhige Hand zum Schreiben finden konnte. Meiner Mutter und meinem Vater danke ich dafür, dass sie mir die Ausbildung an der Universität überhaupt möglich gemacht haben. Ohne die ermunternden Worte und die Zuneigung meiner Freunde, vor allem von Ronja, Jule und Martin, hätte ich es sicherlich nicht geschafft, im Trubel des Sommers 2017 diese Arbeit fertigzustellen. Mein großer Dank gebührt euch.

Für meine universitäre Ausbildung will ich an dieser Stelle Benjamin Etzold, Florian Weisser, Nadine Reis und Prof. Dr. Müller-Mahn für all den kritischen und wissenschaftlichen Input danken. Denn was ich in den Seminaren und den Gesprächen außerhalb der Seminare bei diesen DozentInnen gelernt habe, war es, die Dinge, die Welt sowie meine eigenen Ansichten immer und immer wieder zu hinterfragen. Auf dass sich diese Fähigkeit niemals erschöpfe, ganz im Gegenteil, dass sie mich immer wieder von neuem, in vielen Momenten, ganz plötzlich in meinen eigenen Annahmen zu erschrecken vermag. Ich danke Herrn Prof. Dr. Müller-Mahn besonders für das Lesen und Bewerten dieser – doch sehr langen – Arbeit.

Inhaltsverzeichnis

I. Danksagung.....	II
II. Abbildungsverzeichnis	V
III. Tabellenverzeichnis	V
IV. Abkürzungsverzeichnis	V

Einleitung: Soziale Bewegungen im Kontext von Postpolitik und ökologischer Krise	1
---	----------

1. Problemfeststellung, Forschungsfrage und theoretische Annahmen.....	7
1.1 Relevanz, Problemfeststellung und Erkenntnisinteresse der Arbeit.....	7
1.2 Entwicklung der Forschungsfrage	17
1.3 Theoretische Annahmen	17
1.4 Konturen eines Feldes: Eine kurze Einführung in den Konflikt um den Hambacher Wald ...	21
1.5 Zusammenfassung der Leitgedanken dieser Arbeit	22

2. Die postpolitische Konfiguration, postdemokratische Ökologie und die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse ‚von unten‘	24
2.1 Die postpolitische Konfiguration der Politik und des Subjekts	24
2.1.1 Die politische Differenz	26
2.1.2 Die postpolitische Konfiguration der Politik.....	30
2.1.3 Die postpolitische Konfiguration des Subjekts.....	32
2.1.4 Das Politische in der Krise	34
2.1.5 Zwischenfazit	35
2.2 Die postpolitische Konfiguration sozialer (Klima-)Bewegungen	36
2.2.1 Soziale Bewegungen im Kontext der postpolitischen Konfiguration	36
2.2.2 Zwischenfazit	44
2.3 Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse und die ökologische Krise im Kontext von Postpolitik.....	45
2.3.1 Die soziale Ökologie als die Wissenschaft gesellschaftlicher Naturverhältnisse	45
2.3.2 Die Dialektik und die Produktion von Natur und Gesellschaft.....	46
2.3.3 Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse in der Krise	50
2.3.4 Zwischenfazit	52
2.4 Die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse ‚von unten‘ – eine theoretische Ableitung	53
2.4.1 Momente der Konvergenz und der Divergenz in der Diskussion.....	55
2.4.2 Theoretische Ableitungen aus den Konvergenzen und Divergenzen.....	59
2.4.3 Zwischenfazit	79

3.	Diskussion, Fazit und Ausblick.....	80
3.1	Zusammenfassung und Beantwortung der Forschungsfrage	81
3.2	Die Konturen eines Feldes: Anti-Kohle-Bewegung, Hambacher Wald und Postpolitik	85
3.3	Diskussion und Fazit	88
3.4	Herausforderungen und Ausblick.....	91
	Literaturverzeichnis.....	97
	Anhang	106

II. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die Beziehungen zwischen Gesellschaft, Individuum und Natur.....	60
Abbildung 2: Der unmittelbare Zusammenhang der Gleichheitsaxiome.....	60
Abbildung 3: Postpolitisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse.....	63

III. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Erklärungsdefizite und ihre Gründe.....	23
Tabelle 2: Politische Partizipation in den 60er-, 70er- und 80er-Jahren und heute	39
Tabelle 3: Die Politisierung und die Postpolitisierung sozialer Bewegungen:	42
Tabelle 4: Politische Ökologie und Politik der postdemokratischen Ökologie.....	67
Tabelle 5: Demokratisierung der Mensch -Natur-Verhältnisse.....	69
Tabelle 6: Liste der geführten Interviews.....	106

IV. Abkürzungsverzeichnis

BfB	Bürger für Bürger (Bürgerinitiative)
BI	Bürgerinitiative
COP	Conference of the Parties
EE	Erneuerbare Energien
NIMB	„Not in my Backyard“
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change

Einleitung: Soziale Bewegungen im Kontext von Postpolitik und ökologischer Krise

(1) Zwei gegensätzliche Tendenzen und der Grundgedanke dieser Arbeit. Klimawandel, Postdemokratie, Postpolitik, Governance, Nachhaltigkeit, Krise der Ökologie, Ende der Natur, Politikverdrossenheit und Wutbürger: All diese Begriffe haben in den letzten Jahren sowohl in der wissenschaftlichen Forschung als auch im öffentlichen Diskurs erhöhte Aufmerksamkeit erfahren. Nicht zuletzt infolge des Beschlusses des Weltklimavertrags 2015 in Paris und einer sich abzeichnenden autoritären Wende in den liberalen Demokratien des Westens scheint sich das internationale Gefüge zwischen Demokratie und Ökologie auch auf globaler Ebene in politischer und institutioneller Hinsicht zu verändern. Einher geht die Umgestaltung globaler politischer Strukturen auf der einen Seite mit einer andauernden Phase neoliberaler Wirtschaftspraktiken, der Privatisierung ehemals öffentlicher Aufgaben und der Entstehung ganz neuer produktiver Wirtschaftsbereiche im Rahmen einer neuen Inwertsetzung der Natur und neokolonialer Naturausbeutung im globalen Süden (*Green Grabbing, Green Economy, Green New Deal etc.*). Auf der anderen Seite sind in den letzten Jahren aber auch weltweit zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen und Protestbewegungen für mehr Klimaschutz und gegen eine Ausweitung neoliberaler Wirtschaftsweisen entstanden (*Blockupy, Ende Gelände, Standing Rock etc.*). Verallgemeinert lassen sich daher zwei gegensätzliche Tendenzen erkennen, nämlich einerseits die Ausweitung der ökonomischen Sphäre in den Bereich der Ökologie sowie die Veränderung demokratischer Systeme und andererseits ein sichtliches Bemühen politischer und auch gesellschaftlicher Akteure, dem Klimaschutz mehr Rechnung zu tragen. Ersteres wird in dieser Arbeit unter ‚postpolitische Konfiguration‘, Letzteres unter ‚postdemokratische Ökologie‘ zusammengefasst. Der erste Begriff fußt auf einer intensiven Literaturrecherche und besitzt – je nach AutorIn – unterschiedliche Bedeutungen. Die Postpolitik – so die hier aufgegriffene These nach RANCIÈRE – entsteht durch die Unterwerfung des Politischen durch die Politik. Die Postpolitik ist Folge einer zunehmenden Vereinnahmung gemeinwohlorientierter Bereiche durch die Maxime des Marktes (vgl. RANCIÈRE 2014, S. 123). Die Gründe für eine *postpolitische Konfiguration* der Politik sind daher in einer Konvergenz zwischen Politik und Markt zu suchen. Der Begriff ‚postdemokratische Ökologie‘ hingegen greift historisch zunächst eine im Sinne RANCIÈRES politische Bewegung und Forderung auf: Die Umweltbewegungen der 60er-, 70er- und 80er-Jahre brachten die Ökologie und Nachhaltigkeit im Kontext erster Anzeichen einer sich abzeichnenden *ökologischen Krise* als einen Gegenpol zu Wirtschaftswachstum und Konsumkapitalismus in den politischen Diskurs ein (vgl. BLÜHDORN 2013a, S. 51f.). ‚Die ökologische Krise‘ wird in dieser Arbeit in Anschluss an BECKER U. JAHN als ein in die Krise geratenes Verhältnis zwischen Mensch und Natur infolge einer kapitalistischen Vergesellschaftung von Natur verstanden (vgl. BECKER U. JAHN 2006, S. 35). Die politischen Eliten integrierten die Forderungen der Umweltbewegungen, indem in vielen westlichen, liberalen Staaten ökologische Themen in die politischen Agenden aufgenommen, Umweltministerien gegründet und in den entsprechenden

Institutionen zahlreiche Richtlinien und Auflagen erarbeitet wurden. Umweltpolitik wurde infolge dieser Integration in die Politik aber nicht mehr als Gegenpol verstanden, vielmehr entstand durch diese Prozesse das hegemoniale „Projekt der *ökologischen Modernisierung*“ (KRÜGER 2013, S. 422): Technische Innovationen, verbesserte Managementpraktiken und marktwirtschaftliche Anreize sowie effiziente Ressourcennutzung bilden derzeit „den passiven Konsens“ (KRÜGER 2013, S. 447) einer modernen staatlichen Umweltpolitik (vgl. BLÜHDORN 2013a, S. 271f.; GÖRG 2003). Dennoch könnte die Subsumierung unter die hegemoniale Maxime des Marktes einer vermeintlich notwendigen Umstrukturierung gesellschaftlicher und ökonomischer Strukturen im Sinne der Nachhaltigkeit zunächst unter dem Begriff der ‚*postpolitischen Ökologie*‘ vorgenommen werden, daher bedarf es einer weiteren Spezifizierung, um den Begriff der ‚*postdemokratischen Ökologie*‘ definieren zu können. Der Begriff der ‚*postdemokratischen Ökologie*‘ greift neben der oben genannten Entwicklung im Bereich der Umweltpolitik auch die ökologischen Forderungen durch zivilgesellschaftliche Bewegungen der 60er-, 70er- und 80er-Jahre auf, die simultan mit der Forderung nach mehr Partizipation und demokratischer Teilhabe einhergingen, also eng mit einer ‚*Demokratisierung von unten*‘ verwoben waren (vgl. BLÜHDORN 2013a u. 2014b). Die oben genannte ökologische Modernisierung hat das Projekt der Ökologie als Gegenpol zur kapitalistischen Wachstumslogik aber gänzlich zu einer marktwirtschaftlichen Symbiose umstrukturiert, während die demokratischen Forderungen nach Partizipation durch die neuartigen Governance-Strukturen seit den 2000er-Jahren auf der einen Seite durchaus eingelöst werden, da im Rahmen von Governance immer mehr Akteure politisch mitbestimmen können, dies aber im postpolitischen Sinne immer unter dem Imperativ eines Zwangskonsenses und der marktwirtschaftlichen Logik stattfindet und letztlich zu einer Exklusionspolitik geführt hat und weiterhin führt (vgl. BLÜHDORN 2013a, S. 203). Der in dieser Arbeit entwickelte Begriff der *postdemokratischen Ökologie* bezeichnet also die Vereinnahmung sozialökologischer Transformationsideen sozialer Umweltbewegungen durch die postpolitische Konfiguration, d. h. die Postpolitisierung von alternativen politischen¹ Zukunftspfaden, die aus der Idee der Abwendung der ökologischen Krisen entstanden und von sozialen Bewegungen mit Forderungen nach mehr Partizipation in den politischen Diskurs der Demokratie und der Ökologie eingebracht worden sind. In diesem Sinne geht der Begriff aufgrund der nachgezeichneten Entwicklungen davon aus, dass derzeit soziale Umweltbewegungen *per se* postpolitisch, aber eben *per se* auch postdemokratisch sind und nur ein *simulatives* Bemühen von Demokratie und Nachhaltigkeit²

¹ Im RANCIÈR’SCHEN Sinne.

² Nachhaltigkeit wird in dieser Arbeit als ein normativer, diskursiver und leerer Begriff verstanden, da „kein eindeutiges, homogenes Verständnis von Nachhaltigkeit existiert“ (GOTTSCHLICH U. MÖLDERS 2017b, S. 35). Nachhaltigkeit soll im Rahmen dieser Arbeit in Anlehnung an die Theorie der politischen Differenz und der sozialen Ökologie nicht als ein Zielbegriff, sondern als ein Qualitätsbegriff im Sinne des Politischen nach RANCIÈRE (vgl. Kapitel 2.4) verwendet werden: Als ein „offener, dynamisch[er] und immer wieder zu gestaltender Prozess“

darstellen. Unter der These der postdemokratischen Ökologie lässt sich auch zusammenfassen, was BLÜHDORN als „Irritationen“ (BLÜHDORN 2014a) und ZIZEK als „politische Blockade der Gegenwart“ (ZIZEK 2004, S. 65) bezeichnet: Soziale Bewegungen bzw. Umweltbewegungen schaffen es derzeit nicht mehr, einen stetigen demokratischen Protest mit breiter gesellschaftlicher Unterstützung aufzubauen – vielmehr verkommen sie zu ‚Ein-Themen-Projekten‘, zu ‚Irritationen‘, die ein ökologisch bedenkliches Vorhaben verhindern, vermögen es aber nicht, einen allgemeingültigen Singular zu entwickeln und die Maxime des Marktes als Ganzes zu brechen³. Soziale Bewegungen – so die Kritik dieser beiden Autoren – sind durch die postpolitische Konfiguration der Demokratie und der Ökologie selbst als postpolitisch zu bezeichnen, da sie weder auf einem politischen, demokratischen oder emanzipatorischen Projekt noch auf dem Axiom der Gleichheit beruhen. BLÜHDORN begründet dies mit einem veränderten Subjektverständnis, das sich willentlich vom KANT’SCHEN Subjektverständnis ablöst und im postmodernen Sinne fluid und flexibel wird und daher nicht mehr der Maxime der Vernunft folgen kann (vgl. BLÜHDORN 2011, 2013a), während ZIZEK dies aus der postpolitischen Konfiguration der Politik und der Gesellschaft heraus begründet (vgl. ZIZEK 2004). Dennoch – und an dieser Stelle begründet sich die theoretische Zusammenführung dieser Arbeit – ist m. E. dieses Konzept zu kurz gegriffen: Denn die Einschätzung und Bewertung des (Miss-)Erfolgs von (Klima-)Bewegungen ebenso wie postpolitische Prozesse und Konfigurationen begründen sich aus der diskursiven Konstruktion des Politischen und der Politik selbst heraus. Inwiefern sich unter dem Handeln von Umweltbewegungen oder dem Projekt der ökologischen Modernisierung *wirklich*⁴ das Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft verändert hat, kann nur untersucht werden, wenn ‚die Natur‘ als eine theoretische Analysekategorie hinzugezogen wird. Natur wird in der vorgestellten Theorie der politischen Differenz als ein rein gesellschaftliches Konstrukt verstanden und spielt daher in den Kategorien von Politik, Postpolitik und dem Politischen eine nur untergeordnete Rolle. Natur spielt in diesen Theorien keine Rolle, da sie nach diesen Annahmen keine Eigenlogik, keine eigene Identität besitzt: Sie ist Spielball menschlichen Denkens, ein rein gesellschaftliches Konstrukt, und der Mensch besitzt daher, logisch gefolgert, die Möglichkeit zu einer totalen Herrschaft über die Natur, wenn diese ausschließlich im gesellschaftlichen Diskurs existiert. In diesem Sinne ist m. E. die Bestimmung des Verhältnisses zwischen Mensch und Natur unmöglich, da diese immer aus der subjektiven Bestimmung, aus dem gesellschaftlichen Verhältnis von Politik zum Politischen heraus geschieht. Und dies macht die Theorie unbrauchbar für die Analyse von sozialen Bewegungen, die sich, in welcher Form auch immer, zur ökologischen Krise

(BECKER U. JAHN 2006, S. 238), der nicht exkludierend gegenüber sozialökologischen Transformationswegen wirkt, sondern stets offen für neu erdachte Entwicklungspfade ist.

³ Nicht nur TheoretikerInnen der vorgestellten Theoriendebatte vertreten diese Meinung, beispielsweise ist der Bewegungsforscher RUCHT ähnlicher Ansicht: „Die Bewegungen selbst sind von großen Utopien, vom großen Projekt der Gesellschaft abgekommen“ (RUCHT 1999, S. 22).

⁴ Im Sinne einer Demokratisierung. Der Begriff der Demokratisierung wird im Laufe der Arbeit dezidiert definiert (zusammenfassend siehe Kapitel 3).

als soziale Klima-, Umwelt- oder Klimagerechtigkeitsbewegungen verhalten und aus der postpolitischen Konfiguration heraus agieren. Daher ist es m. E. vonnöten, ein brauchbares Naturkonzept für ebenjenen ‚blinden Fleck‘ zu entwerfen. An dieser Stelle wird in dieser Arbeit die Konzeption der *gesellschaftlichen Naturverhältnisse* aufgegriffen: Diese begreift die Natur als eine Kategorie, die in einem dialektischen Verhältnis zur Gesellschaft steht. Natur wird durch den Menschen sozial produziert, entzieht sich aber einer vollkommenen Kontrolle, einer rein sozialen Konstruktion, durch ihren nichtidentischen Moment: Natur kann nicht eins mit dem menschlichen Denken sein (vgl. GÖRG 2003, S. 29ff.). Dennoch bleibt das Verhältnis zwischen Mensch und Natur immer ein rein gesellschaftliches. Die Einführung eines Mensch-Natur-Verhältnis⁵ als Kategorie ermöglicht es, eine rein ‚negativen‘ Bewertung des gesellschaftlichen (Miss-) Erfolges sozialer Bewegungen vorzubeugen und nach einer Veränderung des Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Natur durch soziale Bewegungen zu fragen. Denn die Bewertung kann eben *nur* postpolitisch sein, wenn sie aus der Annahme einer postpolitischen Konfiguration der Welt heraus entsteht. Die Zusammenführung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und der Theorie des Politischen⁶ schlägt die Brücke zwischen einem rein sozialpolitischen Verständnis (Kulturalismus) und einem rein naturwissenschaftlichen Verständnis (Naturalismus)⁷ des Mensch-Natur-Verhältnisses und birgt die Möglichkeit, Umweltbewegungen auch im Kleinen als eine Forderung nach Demokratie, aber eben auch als eine Forderung nach der Bestimmung des Verhältnisses zwischen Mensch und Natur zu analysieren. Denn der Wunsch nach Mitgestaltung über die Form der Aneignung von Natur, also der Demokratisierung eines vermeintlich postpolitischen gesellschaftlichen Naturverhältnisses, trägt etwas *genuin* Politisches im Sinne RANCIÈRES in sich. Die gesellschaftlichen Ziele, aber auch der gesellschaftliche Effekt sozialer Bewegungen können mithilfe dieser Zusammenführung im Kontext von Postpolitik und ökologischer Krise neu bewertet werden: auf der einen Seite durch die Bestimmung des Verhältnisses zum Politischen im Kontext postpolitischer Konfigurationen und auf der anderen Seite durch die Bestimmung des Mensch-Natur-Verhältnisses im Kontext einer sich abzeichnenden ökologischen Krise. Diese Arbeit fragt also danach, wie das Politische und das Mensch-Natur-Verhältnis im postpolitischen Kontext veränderter Subjektkonstruktionen und aktueller sozialer Klimabewegungen gemeinsam gedacht werden können, und versucht dabei, die Thesen der politischen Differenz und der sozialen Ökologie über den Zustand der Gesellschaft zunächst zu

⁵ Um sprachliche Wiederholungen zu vermeiden, werden hier die Begriffe ‚gesellschaftliche Naturverhältnisse‘, ‚Naturverhältnisse‘ und ‚Mensch-Natur-Verhältnisse‘ synonym verwendet.

⁶ Um sprachliche Wiederholungen zu vermeiden, werden in dieser Arbeit ‚die Theorie des Politischen‘ und ‚die Theorie der politischen Differenz‘ synonym verwendet.

⁷ Auf den Begriff des Naturalismus kann in dieser Arbeit aus Platzgründen nicht näher eingegangen werden. Er verweist aber an dieser Stelle auf die diskursive Darstellung von z. B. Umweltkonflikten als Konflikte aufgrund mangelnder Ressourcen oder aufgrund ‚natürlicher Prozesse‘, wie z. B. Dürren (vgl. BAURIEDL 2016, ausführlich in der Kritik: HULME 2009).

zusammenzuführen, zu reflektieren und zu diskutieren und an einem Beispiel zu veranschaulichen. Zusammengefasst wird dieses ‚Gemeinsamdenken‘ der Theorie des Politischen und der sozialen Ökologie im Hinblick auf das Exempel ‚Hambacher Wald‘ in dieser Arbeit unter dem Titel: die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse ‚von unten‘ – soziale Bewegungen im Kontext von Postpolitik und ökologischer Krise⁸. Wenn in dieser Arbeit also der Begriff der Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse⁹ benutzt wird, wird von der Zusammenführung eines Demokratisierungsverständnisses der Theorie der politischen Differenz mit der Natur-Konzeption der sozialen Ökologie gesprochen, wobei die oben diskutierten Fragen einer sozialen Klimabewegung im Kontext von Postpolitik und ökologischer Krise stets mit gedacht werden. Der Fokus liegt also auf der postpolitischen Konfiguration und der Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse, die durch den Akteur der sozialen Bewegungen ‚von unten‘ in den gesellschaftlichen Diskurs eingebracht werden.

(2) Der Konflikt um den Hambacher Wald als ein mögliches Exempel. Das gewählte Beispiel des Konfliktes um den Hambacher Wald bildet die Ausgangssituation für die Theoriezusammenführung in dieser Arbeit. Die Komplexität und die Vielschichtigkeit des Konfliktes und des Protestes im Kontext eines sich wandelnden Verhältnisses zwischen Demokratie und Ökologie erfordern eine dezidierte Theorieentwicklung, um der Systematisierung bzw. Abstraktion dieses Konfliktes hin zu allgemeingültigen Aussagen gerecht werden zu können, aber auch, um die im Laufe dieser Arbeit vorgestellten Thesen diskutieren zu können. Der Hambacher Wald ist eng verknüpft mit Fragen der ‚Energiedemokratie‘, der in Deutschland durch die Energiewende eine besondere Konzeption im internationalen Kontext zukommt. Die Datengrundlage für das exemplifizierende Narrativ bilden die Literaturrecherche zum Thema Braunkohlekonflikte in Deutschland und die vom Autor im Rahmen von vier durchgeführten narrativen Interviews¹⁰ erhobenen Daten. Narrativ bzw. illustrativ bedeutet in dieser Arbeit, dass die gewonnenen Daten nicht als wissenschaftlich begründbar im Sinne einer qualitativen Sozialforschung zu bewerten sind, sondern vielmehr als eine Art ‚Verbildlichung‘ dienen, die den Erkenntnisprozess dieser Arbeit beispielhaft verdeutlichen soll. Die Einführung des Konfliktes findet schon an dieser Stelle Erwähnung, um in den folgenden Kapiteln einerseits auf den Konflikt verweisen zu können, andererseits aber auch deswegen, weil die Begründung für eine theoretisch neue Analyseperspektive unmittelbar mit einem empirischen Problem verknüpft ist: Wie können

⁸ Die NGOs und weitere zivilgesellschaftliche Institutionen bzw. Konstellationen werden an dieser Stelle außen vor gelassen, diese Arbeit konzentriert sich ausschließlich auf nicht institutionalisierte und in den politischen Prozess involvierte Teile der sozialen Bewegung. Über die hegemoniale Verstrickung von NGOs im Klimadiskurs siehe ausführlich: METHMANN 2011.

⁹ Der Einfachheit halber wird im Folgenden, in Anlehnung an BECKER ET AL. (2011), folgendes Synonym verwendet: ‚Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse‘.

¹⁰ Die teilnehmende Beobachtung und die narrativen Interviews finden sich folgendermaßen betitelt im Anhang: I-01, I-02, I-03 und I-04.

aktuelle soziale Umweltbewegungen aus der Perspektive der politischen Differenz analysiert werden, ohne in einen Reduktionismus postpolitischer Konfigurationen zu verfallen, nur aus (postpolitischen) strukturellen Zwängen heraus zu argumentieren und dadurch die gesellschaftliche Relevanz dieser Bewegung möglicherweise zu verkennen oder überzubewerten? Gleichzeitig dient die Illustration aber auch zur Prüfung der oben genannten These der postdemokratischen Ökologie: Haben sich Subjekt und soziale Bewegungen in ein *Postpolitikum* verwandelt und stellen sie wirklich nur noch Irritationen im gesellschaftlichen Diskurs struktureller Zwänge dar? Das illustrative Beispiel des Konfliktes um den Hambacher Wald eröffnet daher die Möglichkeit, diese Fragen am Ende dieser Arbeit als einen Ausblick zu diskutieren.

(3) Aufbau und Struktur dieser Arbeit. Der erste Teil dieser Arbeit geht in Kapitel 1.1 zunächst auf die Problemfeststellung ein, die bereits in dieser Einleitung angedeutet wurde. Auf Grundlage dieser Problemfeststellung wird in Kapitel 1.2 eine Forschungsfrage entwickelt, die mithilfe von Unterfragen dezidiert erweitert wird. Um die theoretischen Perspektiven erörtern zu können, bedarf es zunächst drei grundlegender theoretischer Annahmen, die m. E. eine große Rolle spielen und in Kapitel 1.3 herausgearbeitet werden. Kapitel 1.4 führt kurz und knapp in den Konflikt um den Hambacher Wald ein, damit dieser sukzessive im Rahmen der Theorieentwicklung in Kapitel 2 als Verbildlichung, als ein Exempel der dargestellten Annahmen, genutzt werden kann. In Kapitel 2 wird die vorgestellte Problematik im Detail aufgerollt: Kapitel 2.1 erläutert zunächst die postpolitische Konfiguration der Politik und des Subjekts. Hier wird die oben beschriebene erste Tendenz der *postpolitischen Konfiguration* erarbeitet: die Vereinnahmung der Sphäre des Politischen durch die Politik bzw. durch die Hegemonie der politischen Ökonomie. Kapitel 2.2 erläutert die postpolitische Konfiguration sozialer Bewegungen durch das Abwenden vom KANT'SCHEN Subjektverständnis. Kapitel 2.3 führt die oben genannte neue Analysekategorie des Mensch-Natur-Verhältnisses ein und begründet, warum die ökologische Krise im Kontext von Postpolitik eine neue Dynamik in die politische Differenz bringt und warum dafür die gesellschaftlichen Naturverhältnisse unverzichtbar sind. Eine Überprüfung der Konvergenzen und Divergenzen bei einem Zusammendenken der Theorien findet in Kapitel 2.4 statt. Kapitel 2.4 verbindet die postpolitische Konfiguration und die ökologische Krise und greift die oben genannte zweite Tendenz unter der in Kapitel 2.1 und 2.2 gewonnenen neuen Analyseperspektive auf: der Wunsch des Klimaschutzes ‚von unten‘ durch soziale Bewegung als eine Form der politischen bzw. *postdemokratischen Ökologie*. In diesem Kapitel wird auch der Begriff der postdemokratischen Ökologie entwickelt und der Prozess der ‚Demokratisierung‘ definiert. Die Arbeit schließt mit einer Diskussion der in dieser Arbeit gewonnenen Erkenntnisse, dem Fazit und einem Ausblick in Kapitel 3.

1. Problemfeststellung, Forschungsfrage und theoretische Annahmen

Diese Forschung soll einen Beitrag zur Erweiterung und Vertiefung einer emanzipatorischen (im Kontext der Theorie des Politischen) und einer kritischen (im Kontext der sozialen Ökologie) Auffassung der sozialen Ökologie und der politischen Philosophie leisten. Die Arbeit bewegt sich auf der Schnittstelle zwischen politischer Philosophie, Geographie und sozialer Ökologie. Die Geographie findet durch die für diese Arbeit zentrale Kategorie des Mensch-Natur-Verhältnisses als kritische Raumwissenschaft Eingang und fragt nach der diskursiven Konstruktion bzw. Nichtidentität der Natur und der Räumlichkeit sozialökologischer Konflikte. Die Arbeit knüpft daher an praxisphilosophische Theoriestränge an und versucht, Impulse für ein kritisches Zusammendenken interdisziplinärer Ideen in Bezug auf sozialökologische Konflikte zu geben. Das übergeordnete und wissenschaftliche Ziel dieser Arbeit ist es daher, die politische Philosophie für die soziale Ökologie als eine kritische Raumwissenschaft bzw. das Naturverständnis der sozialen Ökologie für die politische Philosophie mit emanzipatorischem Anspruch fruchtbar zu machen. Der Fokus wird auf ein Zusammendenken gelegt; von einer Integration der einen Theorie in die andere wird bewusst abgesehen. Die Arbeit hat den Anspruch, aus *zwei* unterschiedlich begreifbaren *realen* Krisensituationen, namentlich der Krise des Politischen und der Krise des Mensch-Natur-Verhältnisses, die Basis für *eine* Analyseperspektive auf die Realität zu entwickeln. Die ‚Realität‘ stellen in diesem Fall soziale Bewegungen bzw. beispielhaft die soziale Bewegung im Hambacher Forst dar. Dies bedeutet, dass in dieser Arbeit eine neue Analyseperspektive entwickelt und auf das gesellschaftliche Phänomen der sozialen Bewegungen als exemplarische Kategorie angewendet wird. Für das Beispiel des Hambacher Forsts ist methodisch und inhaltlich daher anzunehmen, dass das soziale Arrangement rund um die Proteste im Hambacher Wald als eine soziale Bewegung zu verstehen ist. Auf diese Annahme wird in Kapitel 1.3 näher eingegangen.

Im folgenden Kapitel wird das Problem, das in dieser Arbeit theoretisch zu lösen versucht wird, im Detail erörtert (Kapitel 1.1). Aufbauend auf der Problemerkennung wird die zentrale Fragestellung dieser Arbeit erläutert (Kapitel 1.2). Um die zentrale Fragestellung im Kontext der gewählten Theorien bearbeiten zu können, werden zunächst drei theoretische Annahmen dieser Arbeit diskutiert (Kapitel 1.3). Abschließend soll kurz auf die Konturen eines möglichen Forschungsfeldes verwiesen werden: den Hambacher Wald als sozialräumlichen und sozialökologischen Konflikt im Kontext von Postpolitik und ökologischer Krise (Kapitel 1.4).

1.1 Relevanz, Problemfeststellung und Erkenntnisinteresse der Arbeit

(1) Wissenschaftliche und gesellschaftliche Relevanz. Grundsätzlich begründet sich diese Arbeit durch eine wissenschaftliche und eine gesellschaftliche Debatte, die m. E. beide durch bisherige Erklärungsdefizite theoretischer Art das diskursive Fenster dieser Arbeit eröffnen. Die wissenschaftlich relevanten Dimensionen dieser Arbeit wurden bereits angedeutet und gründen darin, (1a) die Debatte

der Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse für die (deutschsprachige) Geographie im Kontext von sozialökologischen Konflikten und der Klimabewegung fruchtbarer zu machen. Bisher wird das Konzept der ‚Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse‘¹¹ vor allem im anglophonen Kontext von CHATTERTON ET AL. (2010, 2013), FORSYTH (2004), KENIS U. MATHJIS (2014), NORTH (2011) und SWYNGEDOUW (2004, 2005, 2009, 2010, 2011a, 2011b, 2011c, 2013) mit unterschiedlichen Schwerpunkten diskutiert: Während SWYNGEDOUW, CHATTERTON, KENIS U. MATHJIS sowie NORTH ihren Fokus mehr auf die politische Differenz legen und die gesellschaftlichen Naturverhältnisse, wenn überhaupt, nur am Rande erwähnen, ist bei FORSYTH genau das Gegenteil der Fall, denn dieser rückt die Demokratisierung des Mensch-Natur-Verhältnisses am Beispiel eines Konfliktes in Thailand in den Vordergrund. Im deutschsprachigen Raum wurde in den letzten Jahren die demokratietheoretische Perspektive auf gesellschaftliche Naturverhältnisse in verschiedenen Fragestellungen und empirischen Studien genutzt, so z. B. in der hegemonialen Naturdeutung und in Konzepten im Kontext sozialökologischer Transformationsprozesse (SCHMITT 2013; WEILAND U. PARTZSCH 2015), mit feministischen Zugängen auf die materielle und symbolische Konstruktion von Geschlechterverhältnissen im Kontext von gesellschaftlichen Naturverhältnissen und Demokratie (BAURIEDL 2012, BAURIEDL U. HACKFORT 2015), darüber hinaus wurden die Auswirkungen neuer Technologien und Gentechnik auf das politische Verhältnis zur Natur (FEINDT U. SARETZKI 2010, FRIEDRICH 2015, FRIEDRICH ET AL. 2017) sowie die deutsche Energiewende im Kontext sozialökologischer Demokratisierung erforscht (GOTTSCHLICH U. MÖLDERS 2017, WEIS ET AL. 2015). All diese Arbeiten verweisen auf ein angespanntes Verhältnis zwischen Politik bzw. Demokratie und Ökologie. In der Debatte um die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse stellt sich besonders in Anbetracht der verstärkten neoliberalen Globalisierungsprozesse die Frage, ob „das Verhältnis zur Natur überhaupt demokratisiert werden kann“ (GOTTSCHLICH U. HACKFORT 2016, S. 307, zitiert NACH DEMIROVIC 2012, S. 67). Diese Frage ist eng verbunden mit demokratischen Prozessen nicht nur innerhalb staatlicher Institutionen (Demokratisierung ‚von oben‘), sondern auch und vor allem mit den Partizipationsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft (Demokratisierung ‚von unten‘) und den Konflikten zwischen Staat und Zivilgesellschaft (vgl. auch GÖRG 2003, S. 110f.). Diese Schnittstelle im Kontext von Konflikten aus der Perspektive einer *Demokratisierung* gesellschaftlicher Naturverhältnisse wurde im deutschsprachigen Kontext bisher weniger großflächig erforscht: BEDALL (2011, 2014) sowie

¹¹ Bei diesem Überblick wird, wie eingangs klargestellt wurde, die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse immer in Bezug auf sozialökologische Konflikte, soziale Bewegungen und einen dezidierten Begriff der Demokratie verstanden, denn eine Demokratisierung muss immer auch durch einen Akteur vollzogen werden. In diesem Fall ist es der Akteur der sozialen Bewegungen. Auf einen Überblick über die einzelnen Theoriedebatten zur Theorie der politischen Differenz oder zur sozialen Ökologie wird verzichtet, da dies das Thema dieser Arbeit verfehlen würde. Da die soziale Ökologie als Wissenschaft ‚überschaubar‘ ist, werden in Kapitel 2.2 die zentralen Werke und Autoren aufgegriffen. Die Debatte um die Theorie der politischen Differenz hingegen verläuft sehr kontrovers mit unterschiedlichen Schwerpunkten, es wird daher nur auf zwei AutorInnen und bestimmte Aspekte dieser beiden AutorInnen zurückgegriffen (siehe Kapitel 2.1).

BRUNNENGRÄBER U. DIETZ (2016) analysierten diese Themen bezogen auf die Klimagerechtigkeit, KUNZE U. BECKER (2014) bezüglich energiedemokratischer Fragen und SCHNEIDEWIND U. SINGER-BRODOWSKI (2013) sowie OBER (2014) hinsichtlich der Demokratisierung innerhalb der Forschungspolitik (vgl. GOTTSCHLICH U. HACKFORT 2016, S. 308). GOTTSCHLICH U. MÖLDERS (2017c) untersuchen den neu entstandenen Demokratisierungsprozess, der durch die Zulassung von genverändertem Saatgut in der EU zum Widerstand zahlreicher Bauern und Bäuerinnen und AktivistInnen zu neuen Konfliktlinien einerseits, aber auch zu einer Politisierung und letztlich zu einer Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse andererseits geführt hat. Es geht in den meisten Studien aber darum, dass alternative Diskurse und Lösungsvorschläge ‚von unten‘ durch hegemoniale Diskursformationen nicht marginalisiert, sondern durch demokratische Prozesse eingebracht werden können und gehört werden (vgl. GOTTSCHLICH U. HACKFORT 2016, S. 308). In diesem Sinne ist die Debatte um die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse noch sehr jung und sehr undifferenziert und konzentriert sich oftmals auf die gesellschaftlichen Naturverhältnisse, während ein dezidierter Demokratisierungsbegriff m. E. oftmals außen vor gelassen wird. Ein Zusammendenken dieser beiden Theorien ist daher theoretisches Neuland – d. h., es hat m. E. in der Geographie bisher keine nennenswerte Beachtung gefunden, obwohl die gesellschaftlichen Naturverhältnisse als Mensch-Umwelt-Verhältnis ein *genuin* geographisches Thema sind. Nicht zuletzt stellt sich daraufhin (1b) in der wissenschaftlichen Debatte die Frage nach dem paradoxen Verhältnis zwischen der hohen Attraktivität der Konsum- und Externalisierungsgesellschaften (vgl. LESSENICH 2016) und der politisch und wissenschaftlich anerkannten Notwendigkeit eines tiefgreifenden Wandels in Richtung Nachhaltigkeit. Der Nachhaltigkeitsdiskurs wird aber so umgeformt, dass er Teil einer postpolitischen, alternativlosen Strategie wird, wie DEMIROVIC betont: „Es wird das Unmögliche versucht, nämlich ein nachhaltigkeitsorientiertes Naturverhältnis mit der Akkumulationsdynamik des Kapitals zu vereinbaren“ (DEMIROVIC 2012, S. 62). Auch BLÜHDORN merkt zum Nachhaltigkeitsdiskurs im kapitalistischen Mainstream an: „[...] the paradox of wanting to sustain the unsustainable“ (BLÜHDORN 2011, S. 34). Nicht zuletzt BRAND und WISSEN als Vertreter der sozialen Ökologie (vgl. Kapitel 2.3.2) stellen fest: „Die Diskrepanz zwischen dem Wissen über die ökologische Krise und der Effektivität ihrer politischen Bearbeitung wächst“ (BRAND U. WISSEN 2011a, S. 12). Diese Diskrepanz deutet daher auf ein noch „weites, aber noch weitestgehend unerschlossenes Forschungs- und Handlungsfeld“ hin (GOTTSCHLICH U. HACKFORT 2016, S. 307). Denn zwischen dem wissenschaftlichen Befund der ökologischen Krise sowie dem Wissen über Wege zur Lösung dieser Krise und den tatsächlich vollzogenen Handlungen, die dieses Paradoxon auflösen können, befindet sich eine große Lücke, wie BLÜHDORN betont: „The inevitability of radical change – if major disaster is to be avoided – have never before been so widely acknowledged [...]“ (BLÜHDORN 2011, S. 42). Daher bedarf es einer tiefgehenden Reflexion über das Verhältnis zwischen Theorie und Praxis der Demokratisierung gesellschaftlicher

Naturverhältnisse, denn wenn die Diskrepanz trotz intensiver Forschungsbemühungen bestehen bleibt, bleibt letztlich die Frage nach dem Sinn dieser Wissenschaft. Nicht zuletzt kommt (1c) dem neuen Forschungstypus der Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse daher eine „Pionierfunktion“ innerhalb der Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung in Deutschland zu, da er sowohl Systemwissen als auch Ziel- und Transformationswissen über mögliche Zukunftspfade der Gesellschaft produziert (vgl. GOTTSCHLICH U. MÖLDERS 2017c, S. 33). Und in diesem Sinne begründet sich auch die gesellschaftlich relevante Dimension einer Weiterentwicklung der politischen Theorie in Verbindung mit der sozialen Ökologie als Ergänzung zur wissenschaftlichen Relevanz: (1d) durch eine grundlegend neue Perspektive auf Umweltkonflikte, die Bestehendes betrachtet und gleichzeitig Neues denkt. Es geht um Umweltkonflikte, die sich eben nicht aufgrund von Ressourcenknappheit oder einer mangelnden Ausstattung eines Naturraumes, sondern entlang von Ungleichheitsstrukturen entwickeln (vgl. BAURIEDL 2016, S. 342). Diese Ungleichheitsstrukturen können auch die allgemeine Gestaltung des Verhältnisses zwischen Natur und Gesellschaft betreffen. Proteste können aus dieser Perspektive heraus folglich das bestehende hegemoniale gesellschaftliche Naturverhältnis (die Natur als Ressource für die Produktion eines Mehrwerts) infrage stellen. Und daher (1e) wirft die in dieser Arbeit neu entworfene Perspektive auf den illustrativ benutzten Konflikt um die Erhaltung des Hambacher Waldes im rheinischen Braunkohle-Revier die Frage auf, wie eine sozial und ökologisch gerechte Aneignung von Ressourcen und Natur im globalen Norden, ohne gleichzeitig den globalen Süden ökonomisch, politisch oder ökologisch – oder weiter gefasst ‚das Klima‘ – zu belasten, aussehen soll. Die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse bietet daher eine Perspektive auf das grundsätzliche Verhältnis zwischen Mensch und Natur, während der ähnliche Begriff der Energiedemokratie, der mit der Thematik rund um den Hambacher Wald ebenfalls eng verwoben ist, davon differenziert betrachtet werden muss. Energiedemokratie (in manchen Fällen auch Energiegerechtigkeit) unterscheidet sich von der Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse dadurch, dass der Begriff bisher – ähnlich wie die politische Ökologie – kein konkreter theoretischer Ansatz ist und oftmals nicht als ein einheitliches oder abschließend ausgearbeitetes Konzept, sondern als ein Diskurs mit unterschiedlichen theoretischen Ansätzen und Vorstellungen zu verstehen ist (vgl. WEIS ET AL. 2015, S. 5; KUNZE U. BECKER 2014). Energiedemokratie ist ähnlich wie Klimagerechtigkeit oder Energiegerechtigkeit kein feststehender Begriff, sondern vielmehr ein *empty signifier*, und bedarf immer einer dezidierten Ausformulierung (vgl. KUNZE 2015, S. 19). Energiedemokratie und die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse hängen dennoch implizit miteinander zusammen, da sie beide auf eine Transformation des Mensch-Natur-Verhältnisses abzielen: Während die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse aus einer bestimmten Perspektive auf ein bestimmtes Verhältnis schaut, zielt der hier vorgestellte Begriff der Energiedemokratie auf eine Kritik der bisherigen Energieforschung ab, die die soziale Komponente

einer Transformation der Energieversorgung bisher außen vor gelassen und sich ausschließlich auf technische Aspekte fokussiert hat (vgl. WEIS ET AL. 2015, S. 11; KUNZE 2015, S. 19f.). Daher grenzt sich die hier geführte Debatte zur Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse von der Debatte um die Energiedemokratie durch das Entwickeln eigener Axiome ab. Es geht daher nicht nur um eine Herrschaftskritik bestehender Energieversorgungssysteme, sondern um ein gesamtgesellschaftliches Problem (1f): Kann die in die Krise geratene Beziehung zwischen Mensch und Natur gemeinschaftlich umgestaltet werden? Wollen die Menschen, die gegen den Kohletagebau protestieren, überhaupt eine andere Zukunft oder wollen sie lieber den *Status quo*, also den Erhalt der Dörfer, der Heimat und des Waldes, vor den verändernden Schaufelrädern der Bagger verteidigen?

(2) Problemfeststellung dieser Arbeit. Die Problemfeststellung begründet sich durch verschiedene Kritikpunkte an der Theorie der politischen Differenz, die sich m. E. nach einer eingehenden Literaturrecherche erkennen lassen. Zum Teil werden im Folgenden die Kritikpunkte anderer AutorInnen an der Theorie der politischen Differenz aufgegriffen, zum Teil greifen diese aber auch eigene Gedanken auf. Nicht zuletzt soll an dieser Stelle erwähnt werden, dass (politische) Theorien als eine Reaktion auf Erklärungsdefizite entstehen (vgl. KREISKY U. LÖFFLER 2010, S. 89). Innerhalb der politischen Theorie entstand die Konzeption der politischen Differenz durch den Wunsch, die abendländische Philosophie zu reflektieren und eben nicht über die Politik zu reden, wenn es eigentlich um das Politische geht (vgl. BEDORF 2010, S. 14). Daher kann nicht zuletzt der Anspruch der politischen Differenz als „intervenierendes Denken im Interesse menschlicher Emanzipation und gesellschaftlicher Befreiung“ bezeichnet werden (KREISKY U. LÖFFLER 2010, S. 91, zitiert nach STRABENBERGER U. MÜNKLER 2007, S. 52). Doch auch solche Aussagen bleiben weiterhin kritisch zu betrachten, denn nicht zuletzt bildet „der selbstreflexive Umgang mit Wissen um politisch-praktische Relevanz eigener theoretischer Tätigkeit einen wichtigen Prüfstein für Demokratietheorien“ (KREISKY U. LÖFFLER 2010, S. 92). Wie in der Einleitung bereits erwähnt, geht es daher nicht nur um das Feststellen eines Problems und eines Erklärungsdefizits, sondern es geht auch um die Prüfung und Diskussion der Annahmen bestehender Theorien sowie um die Selbstreflexion über das gewonnene Wissen durch den Autor. Ersteres geschieht im Laufe der Arbeit, Letzteres findet sich in Kapitel 2.4 und Kapitel 3. Folgende wissenschaftstheoretischen Probleme lassen sich m. E. erkennen:

(2a) Unpräziser Begriff der Natur. Die politische Differenz vermag es nicht, einen dezidierten Naturbegriff zu entwickeln. Natur wird in der Theorie der politischen Differenz als etwas rein gesellschaftlich Produziertes angesehen (vgl. SWYNGEDOUW 2009, 2010). Die epistemologische Grundlage für die politische Differenz bildet ein „harter Sozialkonstruktivismus“ (PULLER 2009, S. 7) aufgrund einer allumfassenden Kontingenz, die durch die Entwicklung des Politischen auf der ontologischen Ebene gerechtfertigt wird (siehe Kapitel 1.3). Der Zugang zur Wirklichkeit findet daher

einzig über Diskurse statt, die zwar immer machtgeladen, aber auch immer kontingent sein müssen (vgl. EBD., S. 7f.). Natur kann innerhalb der politischen Theorie aufgrund dieses umfassenden Kontingenz-Prinzips nicht als etwas existieren, zu dem die Menschen ein bestimmtes Verhältnis aufbauen können. SWYNGEDOUW, der als zentraler Autor die politische Differenz für die Geographie fruchtbar gemacht hat, nutzt den Naturbegriff in Kombination mit den Begriffen der Postpolitik bzw. der Postdemokratie meist für eine Kritik der herrschenden politischen Verhältnisse (vgl. BLÜHDORN 2013a, S. 46). SWYNGEDOUW konzentriert sich dabei auf die diskursive Konstruktion und hegemoniale Vermittlung von Natur in all ihren Ausprägungen (vgl. SWYNGEDOUW 2009). Er schließt sich ZIZEK und LATOUR an und behauptet, dass „Natur nicht existiert!“ (SWYNGEDOUW 2011a, S. 257). Dabei wird das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur im Kapitalismus, das keine dezidierte Definition erfährt, sondern vielmehr auf eklektizistische Rezeptionen und Annahmen anderer theoretischer Konzeptionen verweist, nicht näher in der Argumentation erläutert. Bei der Benennung dieses Verhältnisses wird z. B. auf LATOURS Natur-Kultur-Hybride, bei denen sich die Unterscheidungen zwischen Natur und Kultur auflösen (vgl. SWYNGEDOUW 2009, S. 374), auf eine diskursive Rechtfertigung für neoliberale Agenden (vgl. SWYNGEDOUW 2013, S. 3ff.) oder auf einen kolonialisierten, diskursiven Natur-Begriff (vgl. SWYNGEDOUW 2011b, S. 74; SWYNGEDOUW 2010, S. 221ff.) verwiesen. Denn letztlich zielt die Kritik von SWYNGEDOUW und ZIZEK (2004) immer nur auf eine diskursive Kolonisation des *empty signifiers* Natur, die (auch wenn die Asymmetrie zwischen Natur und Gesellschaft indirekt kritisiert wird) nie das Verhältnis an sich in den Blick nimmt, sondern nur die Macheliten, von denen die diskursive Prägung dieses Begriffs ausgeht. Es bleibt m. E. bei unpräzisen, qualitativ nicht bestimmbareren Begriffen, die die Natur als etwas rein Diskursives beliebig unterordnen. Um zu verstehen, inwiefern sich Natur und Gesellschaft über eine Kolonisation *des empty signifiers* hinaus konstitutiv bedingen, muss die Ausgestaltung dieses Verhältnisses in den Blick genommen werden, um zu verstehen, welche Verbindung diese beiden Kategorien zueinander haben. Und das geht m. E. nur durch die Anerkennung der Existenz einer *Nichtidentität der Natur*, die eigene Logiken entfalten kann. An dieser Stelle soll die Perspektive um das Wissensobjekt der *Beziehungen zwischen Natur und Gesellschaft* erweitert werden. Dabei wird von einer gänzlichen Konstruktion der Natur abgesehen und die Tatsache begründet, dass die Natur als solche – entgegen SWYNGEDOUWS Annahmen – zwar sozial konstruiert und vergesellschaftet ist, aber eben doch auch eine Nichtidentität besitzt und daher nie gänzlich mit gesellschaftlichen Konstruktionen identisch sein kann (vgl. FRIEDRICH 2017, S. 165). Denn das Problem bei der Kontingenzauffassung der Natur ist, dass das Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft als ein hegemoniales dekonstruiert und als diskursiv dargestellt werden kann – die Natur als Aktant aber außen vor gelassen wird.

(2b) Unpräziser Begriff der Politik. Die andere Seite der hier betrachteten Theorien ist die der sozialen Ökologie, die Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Die soziale Ökologie bietet sich als ein

Rahmenkonzept an, das reflexiv, rekonstruktiv und transdisziplinär ist (vgl. BECKER ET AL. 2011, S. 93). Aufgrund seiner marxistischen Tradition hat das Rahmenkonzept – kommend aus der kritischen Theorie – nie eine eindeutige Politikdefinition (vgl. ausführlich: GARCIA-DÜTTMANN 2010) oder eine Konfliktdefinition erfahren (vgl. DIETZ U. ENGELS 2014). In der sozialen Ökologie als transdisziplinärer Forschungsdisziplin (vgl. GOTTSCHLICH U. MÖLDERS 2017a, S. 22; BECKER U. JAHN 2011, S. 93) ist dennoch die Einbettung in politik-, sozial- oder gesellschaftstheoretische Ansätze angelegt, da nicht zuletzt in die „Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse“ gleichzeitig auch die „Krise des Politischen“ (BECKER 2006, S. 53) eingebettet ist – wenn beides zusammen gedacht wird. Was genau ‚das Politische‘ im Einzelfall bedeutet, wird unterschiedlich ausgelegt – bleibt aber meist in einer Kritik der politischen Ökonomie verhaftet, z. B. wenn GÖRG Institutionen als Absicherung kapitalistischer (Re-)Produktion versteht (vgl. GÖRG 2003, S. 107). Alle Ansätze zur Bestimmung des Politischen in der sozialen Ökologie sehen aber auf theoretisch-konzeptioneller und politisch-praktischer Ebene die Partizipation aller gesellschaftlich beteiligten Akteure als elementar für die Bestimmung des Politischen an (vgl. GOTTSCHLICH 2017, S. 193). Darüber hinaus ist in den letzten Jahren dem Verhältnis von Demokratie und Nachhaltigkeit eine erhöhte wissenschaftliche Aufmerksamkeit gewidmet worden, die diskutiert, ob eine experten- und elitenorientierte Demokratie effizienter sei (SCHUMPETER, WEBER) oder die konsensuale Demokratieform zu mehr Nachhaltigkeit im Sinne der BürgerInnen führe (LIJPHART, SEIFERT, HABERMAS). Letztlich bleiben viele dieser Ansätze aber auf einer pragmatischen Ebene und diskutieren, wer die politische Entscheidungsmacht im politischen System innehat (vgl. GOTTSCHLICH 2017, S. 197; BLÜHDORN 2013a, S. 84f.). Die hier vorgestellte Perspektive geht aber einen Schritt darüber hinaus: Sie fragt nicht danach, wo sich die Macht manifestieren soll, sondern nimmt das Machtverhältnis an sich in den Blick, da die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse „nur über die Thematisierung von Machtverhältnissen erreicht werden kann und auf das unentwegte Infragestellen der gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse angewiesen ist“ (GOTTSCHLICH 2017, S. 197). Ein zentraler Aspekt der Frage nach der Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse ist daher unmittelbar verknüpft mit den Akteuren, die diesen Wandel unterstützen bzw. verhindern wollen (vgl. GOTTSCHLICH U. HACKFORT 2016, S. 307). Es ist auch nicht auszuschließen, dass aufgrund eines veränderten Subjektverständnisses und der Individualisierung der Gesellschaft auch soziale Bewegungen generell eine Ausdifferenzierung erfahren (vgl. BLÜHDORN 2013a) und dementsprechend allgemeingültige Aussagen über ebendiese mithilfe von Theorien immer schwerer zu treffen sind, dem aber über die hier hinzugezogene Bezugskategorie der Natur entgegengewirkt werden kann. Die soziale Ökologie mit der politischen Theorie zusammenzuführen und einen Demokratisierungsbegriff über diese Zusammenführung zu entwickeln und für die Analyse von sozialen Bewegungen fruchtbar zu machen, bietet sich folglich an.

(2c) Unpräziser Begriff der Postpolitik. Es lässt sich ein blinder Fleck der Analyseperspektive der politischen Differenz erkennen: Die Theorie birgt die Gefahr, den Effekt sozialer Bewegungen auf den gesellschaftlichen Diskurs in Form eines umkämpften Wissens zu verkennen, indem sie vor allem strukturelle Zwänge im Blick hat. Die Akteursebene und die sich daraus ergebenden Interaktionsmuster, die durchaus Charakterzüge des Politischen in sich tragen können, spielen besonders in Räumen des Politischen eine große Rolle, lassen sich aber in Bezug auf strukturelle Zwänge nicht immer eindeutig erkennen, wenn die These von MOUFFE (2014), RANCIÈRE (2014) und ZIZEK (2004) angenommen wird, dass das Politische immer weiter verschwindet und im Prinzip die Gesellschaft ‚postpolitisiert‘ wird. Unter Berücksichtigung von BLÜHDORN und seiner Kritik an eben jenem Problem wird dem Subjekt zwar Rechnung getragen, gleichzeitig aber auch behauptet, dass das Subjekt in seiner Selbstkonstruktion selbst Opfer einer Postpolitisierung geworden ist (siehe Kapitel 2.1.3). Auch GREVEN sieht als Problem an, dass der Begriff der ‚Politisierung‘ als handlungstheoretischer Begriff ein blinder Fleck der politischen Differenz ist (vgl. GREVEN 2010). Der Begriff Postpolitik ist daher ebenso wenig wie der Begriff des Politischen ein Qualitätsbegriff, sondern ein epistemologischer Begriff, der es vermag, die Wirklichkeit in eine ontologische Differenz einzuteilen, aber keine klaren Grenzen zwischen Kategorien¹² ziehen kann, wie ABBAS ebenfalls bemerkt: „Ferner lassen sich innerhalb der Postdemokratie – wenn die postdemokratische Zäsur als eine historische verstanden wird – Dynamiken, welche sich selbst als demokratische Selbstorganisationen begreifen, wie soziale Bewegungen, Bürgerinitiativen, internationale Nichtregierungs-Organisationen usw. nicht mehr als ‚demokratisch‘ klassifizieren, ohne dass von den Vertretern der Postdemokratie alternative Klassifikationen angeboten werden“ (ABBAS 2011, S. 64, zitiert nach RICHTER 2006, S. 26). Eine depolitisierte Entscheidung würde im Umkehrschluss bedeuten, dass einer Entscheidung, die aus einer kontingenten Situation heraus entstanden ist, im Nachhinein die Kontingenz entzogen wird und sie als ontisch inkontingent von allen Subjekten wahrgenommen werden muss, was im praktischen Sinne bedeuten würde, dass das gesellschaftliche Bewusstsein über eine bereits getroffene Entscheidung verloren gehen muss und die Entscheidung sich mit einer Notwendigkeit begründen lässt (vgl. GREVEN 2010, S. 68). Diese Notwendigkeit gibt es durch das Kontingenz-Prinzip aber nicht. Doch alleine bei der Bestimmung, wann eine Entscheidung politisch ist und wann nicht, wird klar: Die Bestimmung dessen, was politisch im Sinne des Politischen oder auch postpolitisch ist, bleibt verschwommen und kann qualitativ auch nicht weiter differenziert werden.

(2d) Existenz eines KANT´SCHEN Subjekts. Grundsätzlich muss m. E. die Zentralreferenz der Vernunft des Subjekts (bzw. der Zivilgesellschaft) sowohl in der politischen Ökologie als auch innerhalb der

¹² Was im Wesentlichen dadurch verstärkt wird, dass viele der AutorInnen der politischen Differenz unterschiedliche Begrifflichkeiten für *das Politische* und *die Politik* entwerfen (siehe Kapitel 2.1).

sozialen Ökologie infrage gestellt werden, wenn „vor allem die herrschenden gesellschaftlichen Eliten und ihre etablierten Institutionen, also die Repräsentanten *der falschen Logik des Systems*, die Ursache des Umweltproblems sind und die Bürger bzw. die Zivilgesellschaft umgekehrt die Subjekte einer *unterdrückten authentischen Vernunft*, die es zu befreien und an die Macht zu bringen gilt“ (BLÜHDORN 2013a, S. 240). Denn an dieser Stelle muss sowohl bei der Theorie des Politischen als auch bei der Theorie der sozialen Ökologie der axiomatische Hintergrund diskutiert werden. Denn wenn die Subjektkonstruktion selbst Reproduktionsort der falschen Logik des Systems ist und sich durch die Postmoderne in Identitätskonflikte verstrickt, fehlt das KANT'SCHE Subjekt in der Theorie des Politischen:

„Dann artikuliert sich hier bei genauer Betrachtung eigentlich nicht die Suche nach wahrhaften Alternativen zur Logik der bestehenden Ordnung (und der Moderne), sondern das mehr oder weniger gelungene Sowohl-als-Auch einer in die Logik des Marktes, des Konsums, der Technologie und der Effizienz integrierten *Inszenierung des Alternativen*“ (EBD., S. 242f.).

Eine Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse, wie DEMIROVIC sie praktisch vorschlägt, dass z. B. „Entscheidungen derart getroffen [werden; J. B.], dass sie historisch und mit Blick auf das Verhältnis der Natur nachhaltig sind“ (DEMIROVIC 2012, S. 70) und das Volk „subsidiär von unten nach oben transparent Entscheidungen“ (EBD., S. 69) trifft, basiert auf der Annahme des kategorischen Imperativs, dass jeder Mensch ein vernunftbasiertes Wesen ist. Und diese Annahme wird auch in der radikalen Demokratietheorie nicht infrage gestellt. Es wird daher im Laufe dieser Arbeit diskutiert, ob die Vernunft – im Sinne des emanzipatorischen Projekts, der radikalen Demokratie und im KANT'SCHEN Sinne – im Subjekt und damit in der Zivilgesellschaft zu suchen ist oder ob BLÜHDORN recht hat, wenn er dem Subjekt und der Zivilgesellschaft das KANT'SCHE Subjekt abspricht (vgl. BLÜHDORN 2013a, S. 138).

(2e) Paradoxe Entwicklungen und Unerklärbarkeit der Heterogenität sozialer Bewegungen. Die Theorie des Politischen ist eine explizit ideologische Perspektive (vgl. WALLAT 2010, S. 272; KREISKY U. LÖFFLER 2010): Für die Analyse eines Konfliktes wie den im Hambacher Wald bietet die Theorie zwar die Möglichkeit, das Politische herauszufiltern, dennoch ist nicht auszuschließen, dass schon vor der Forschung erkennbar ist, wo das Politische zu finden ist: bei den Handlungen, die am meisten Antagonismus erkennen lassen, die m. E. am hier gewählten Beispiel von den BesetzerInnen im Hambacher Wald ausgehen. Die Erweiterung dieser Analyseperspektive mit dem Naturverständnis der sozialen Ökologie beugt diesem vor und gewährt im Rahmen der Forschung die Möglichkeit, ein dezidierteres Bild der Wirklichkeit zu erfassen. Denn die Komplexität im Falle der Protestbewegung des Hambacher Waldes zeigt, dass die Bewegung eine sehr breite und heterogene Bewegung ist, die ganz unterschiedliche Wahrnehmungen der Wirklichkeit und Vorstellungen über Natur hat und auch ganz unterschiedlich in gesellschaftliche und damit auch postpolitische Prozesse eingebunden ist.

(2f) undefinierter Begriff der Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Zwar begründen GOTTSCHLICH U. HACKFORT, was sie unter der Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse begreifen (2016, S. 308), verbleiben m. E. dabei aber in ihrer Definition der Politik und der Demokratisierung in der ontischen Sphäre der Politik, da sie vor allem der Frage nachgehen, wie sich durch das Regieren auf Basis von Dialog und Konsens eine Beteiligung aller Stakeholder erreichen lässt. Dabei gehen sie auch auf die Bildung von Gegenmacht und Widerstand ein, beziehen sich aber nicht explizit auf die antagonistische Kraft des Politischen, sondern auf den Widerstand als „Machtfrage der Transformation“ (EBD., S. 309; zitiert nach REIßIG 2015). Auch in dem jüngst erschienenen zentralen Werk über die „Politiken der Naturgestaltung“ (GOTTSCHLICH U. MÖLDERS 2017a) wird kein Bezug zur Demokratiekritik durch die politische Differenz hergestellt. Damit bedarf es m. E. einer grundlegenden erkenntnisorientierten Arbeit darüber, ob im Theoretischen ein Zusammendenken in die Richtung der Demokratisierung als Teil der politischen Differenz möglich ist.

Damit lässt sich m. E. folgendes Problem feststellen: Die Theorie der politischen Differenz bietet zwar die Möglichkeit, politische Konflikte nach ihrem politischen Anspruch im Sinne des Politischen zu analysieren, scheitert aber an einem konsequenten Naturbegriff, dem zu starkem Fokus auf strukturelle Zwänge und der Verkürzung der Heterogenität der Akteure sowie einer gewissen Voreingenommenheit gegenüber den zu analysierenden Konflikten. Die soziale Ökologie wiederum dient als Rahmenkonzept für die kritische Untersuchung sozioökologischer Konflikte, schafft es aber nicht, einen klaren Demokratie-, Konflikt- oder Politikbegriff zu entwickeln, der eine Absicherung kapitalistischer Verhältnisse übersteigt. Für eine äußerst heterogene Protestbewegung im Kontext postpolitischer Prozesse und einer sich zuspitzenden ökologischen Krise bedarf es daher einer fundierten Erweiterung beider Theorien. Dies wird in dieser Arbeit mit der politischen Differenz und der sozialen Ökologie, der Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, vollzogen. Die Zusammenführung dient einer klaren und sauberen Definition der ‚Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse‘ sowie der dafür benötigten Begriffe ‚postpolitische Konfiguration‘ und ‚postdemokratische Ökologie‘, die das Fundament dafür bilden, wie die Aspekte und Gedanken beider Theorien gemeinsam gedacht werden können.

(3) Erkenntnisinteresse dieser Arbeit. Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit lässt sich daher kurz und knapp zusammenfassen: einerseits durch die Frage nach dem Aufzeigen und ggf. der Auflösung der oben genannten Probleme sowie die Frage danach, ob das Politische und gesellschaftliche Naturverhältnisse gemeinsam gedacht werden können und eine fruchtbare Konvergenz bilden, um sozialökologische Konflikte im Kontext von Postpolitik besser zu analysieren, das oben genannte Erklärungsdefizit aufzulösen und letztlich für die Geographie fruchtbar machen zu können. Die Verflechtung kann die wissenschaftliche Lücke überwinden und erforschen sowie herausfinden,

welche gesellschaftlichen Strategien, demokratischen Instrumente und politischen Akteure es braucht, um den Übergang von einer fossilen, postfordistischen Ökonomie hin zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu vollziehen.

1.2 Entwicklung der Forschungsfrage

Aus dem erörterten theoretischen Problem heraus ergibt sich daher für diese Arbeit folgende Forschungsfrage:

Inwiefern ist vor dem Hintergrund der ökologischen Krise die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse ‚von unten‘ einer postpolitischen Konfiguration unterlegen?

Da diese Frage recht lang und komplex ist, lässt sie sich in folgende Unterfragen unterteilen:

a) Was ist die postpolitische Konfiguration?

b) Wie wirkt sich die postpolitische Konfiguration auf soziale Bewegungen als Demokratisierungsakteure ‚von unten‘ aus?

c) Was sind gesellschaftliche Naturverhältnisse vor dem Hintergrund der ökologischen Krise?

d) Wie können gesellschaftliche Naturverhältnisse ‚von unten‘ demokratisiert werden?

Der Titel, der Aufbau der Arbeit sowie die Problemstellung und das Erkenntnisinteresse werden durch die Forschungsfrage wiedergegeben und wurden bereits dezidiert oben formuliert. Die Unterfragen a) und b) haben einen eher beschreibenden und weniger diskutierenden Charakter und werden der Reihenfolge nach in Kapitel 2.1 und in Kapitel 2.2 beantwortet. Eine fundierte Zusammenführung und Diskussion der Zusammenhänge und damit auch der Divergenzen und Konvergenzen, also die Beantwortung der Frage c), finden in Kapitel 2.3 statt. Die Frage d) wird in Kapitel 2.4 beantwortet. Nach einer ausführlichen Reflexion über die erarbeiteten Antworten auf die Unterfragen a), b), c) und d) widmet sich Kapitel 3 einer theoretisch begründeten und relevanten Aussage zu der oben genannten Forschungsfrage. Im Kontext der Beantwortung der Forschungsfrage samt ihrer Unterfragen werden die Problemfeststellung unpräziser Begriffe und der Voreingenommenheit der Theorien sowie das allgemeine Erkenntnisinteresse, das in Kapitel 1.1 vorgestellt worden ist, diskutiert. Die Begrifflichkeiten werden daher in den Unterfragen dezidiert erläutert, definiert und die Definition wiederum begründet.

1.3 Theoretische Annahmen

Das Zusammendenken dieser beiden Theorien erfordert die Reflexion ebenjener grundlegenden Annahmen, die diese Theorien treffen. M. E. ist dies im Falle der Theorie des Politischen das Herleiten der politischen Differenz als ontisch-ontologische Differenz, denn aus der Abwesenheit der

Notwendigkeit entwickelt sich die Kontingenz, die wiederum eine zentrale Rolle in der Theorie des Politischen spielt. Im Falle der sozialen Ökologie ist die grundlegendste Annahme m. E. die ‚Nichtidentität der Natur‘, die es ermöglicht, Natur als etwas zu betrachten, das unabhängig von kapitalistischer Produktion und Verwertung von Natur existiert (vgl. BAURIEDL 2016, S. 343). Wie eingangs erwähnt, muss darüber hinaus begründet werden, inwiefern bei einem Illustrieren der hier entwickelten Annahmen durch den Konflikt am Hambacher Wald dieser auch als eine soziale (Umwelt-)Bewegung betrachtet werden kann.

(1) Politische Differenz als ontisch-ontologische Differenz¹³. Die Einführung einer Differenz zwischen Politik und Politischem geht einher mit der Einführung einer ontologischen Ebene durch den Begriff des Politischen gegenüber der ontischen Ebene durch den Begriff der Politik und verursacht einen epistemologischen Perspektivwechsel: Eine ‚klassische‘ fundamentalistische Konzeption der Politik kann durch das Anheben der Analyseperspektive auf eine ‚höhere‘ Ebene der Metaphysik keine Sicherheit zum endgültigen positiven Grund des Sozialen mehr produzieren. Dieser Postfundamentalismus ermöglicht kraft dieser paradigmatischen Spaltung zwischen dem klassischen Politikverständnis (darüber, wie Politik funktioniert) und dem Politischen (darüber, wie Politik sich konstituiert) die Einführung einer neuen ontologischen Dimension der Gesellschaft (vgl. MOUFFE 2015, S. 16). Das bedeutet, dass der Grund für die Entstehung von Gesellschaft kontingent wird, d. h., es gibt viele kontingente Gründe für die Gesellschaft, eine „Pluralität hegemonialer Bewegungen, die Gesellschaft zu gründen versuchen, ohne jemals dazu in der Lage zu sein“ (MARCHART 2010, S. 146). Der *reale Grund* verharnt dabei in einem Feld konkurrierender Begründungsversuche, die Dimension des Grundes verschwindet dabei aber nicht, vielmehr verbleibt er durch seine ontische Pluralität anwesend in Form notwendiger Abwesenheit. Einfach ausgedrückt: Jede Gesellschaft hätte auch anders gegründet werden können (vgl. EBD.).

„Das heißt, obwohl es zum Beispiel die natürliche Tatsache eines klimatischen Systems gibt, kann diese nicht direkt und neutral dargestellt werden. Unser Wissen über den Klimawandel ist vielmehr immer eingebettet in diskursive Bedeutungsstrukturen. Was der Klimawandel ist, hängt davon ab, wie wir ihn gesellschaftlich repräsentieren. Die anti-essentialistische Ontologie postuliert andererseits, dass diese diskursiven Strukturen keineswegs stabil, geschlossen und fixiert sind“ (METHMANN 2011, S. 113).

Damit wird im Rahmen der Theorie der politischen Differenz in dieser Arbeit folgende Annahme getroffen: Alles ist kontingent, Ausnahme dabei bleibt die Kontingenz an sich. Dies ist eine grundlegende Annahme, denn sonst wäre keine Politisierung der ontischen Welt als Ganzes oder einer ihrer Subsysteme oder Subthemen durch das Politische möglich (vgl. MARCHART 2010, S. 156). Denn die

¹³ Die ontologische Differenz geht auf MARTIN HEIDEGGERS Kritik der metaphysischen ontologischen Differenz zwischen dem ontologischen Sein und dem ontischen Seienden zurück (vgl. MARCHART 2010, S. 149).

Notwendigkeit eines Grundes würde bedeuten, dass sich nicht der Antagonismus des Politischen zu dieser Notwendigkeit bilden könnte. Dies bedeutet aber auch, dass aus der Abwesenheit eines Grundes und einer Notwendigkeit nicht zwingend ein emanzipatorisches, demokratisches Regime folgt (vgl. EBD., S. 158), auch wenn sich die AutorInnen der politischen Differenz dies als Ziel gesetzt haben (vgl. WALLAT 2010, S. 277).

(2) Das ‚Nichtidentische der Natur‘. Natur wird in der sozialen Ökologie als nichtontologisch angesehen, d. h., sie ist immer – auch in ihrer materiellen Dimension – als vergesellschaftet zu verstehen. Dennoch muss sich aufgrund der dialektischen Beziehung zwischen Natur und Gesellschaft einerseits, wie sie in der sozialen Ökologie vorgeschlagen wird, und der Anerkennung der physisch-materiellen Eigenheiten der Natur andererseits die notwendige Existenz einer partiellen Nichtidentität der Natur, die der Mensch nicht total beherrschen kann, entwickeln. Das bedeutet, dass die gesellschaftlichen Naturverhältnisse und die (Re-)Produktion der Natur zwar ein Feld von Wirkungspotentialen und -zusammenhängen umfassen, die gesellschaftlich gestaltbar sind, die Natur sich aber einer vollständigen und umfassenden Gestaltung und Kontrolle entzieht: „Darüber konstituiert sich die Erfahrung der Unabhängigkeit und Eigenständigkeit von Natur. Entscheidend ist, dass diese Eigenständigkeit gerade nicht getrennt von gesellschaftlicher Wahrnehmung und Bearbeitung existiert, sondern dadurch überhaupt erst zugänglich wird“ (BRAND U. WISSEN 2011a, S. 15; zitiert nach JAHN U. WEHLING 1998, S. 83). Dies bedeutet, dass sich erst durch die Reflexion und Kritik dieser Vermittlungsprozesse „Objektivität im empathischen Sinne“ (GÖRG 2003, S. 50) ergibt, also die Eigenständigkeit und Nichtidentität durch die gesellschaftlichen Widersprüche, Krisen oder Widerstände (nichtidentische Momente) ‚im Inneren‘ erfahrbar werden:

„Materiell sind sie [die nichtidentischen Momente; J. B.] also nicht als ontologische Eigenschaft, die in einem Begriff der Natur als ‚das Nichtidentische‘ positiv zu formulieren wäre, sondern als widerständige Elemente einer gesellschaftlichen, vor allem einer kulturell-sprachlichen Konstruktion“ (EBD., S. 51).

Das Nichtidentische macht sich folglich als Grenze, als unverfügbare Materialität, als etwas, „das widerständige Motive gegen subjektive Zurichtungen geltend macht“ (EBD., S. 60), bemerkbar und kann so nur durch das Subjekt in der Relation zur Natur erfahrbar gemacht werden. Natur ist aus einem marxistisch-gesellschaftlichen Verständnis heraus in diesem Sinne partiell materiell, nichtidentisch¹⁴ und im identischen Moment mit dem Menschen diskursiv geformt.

¹⁴ Anschlussfähig ist dieses Natur- bzw. Raumverständnis (engl. *space*) auch an geographische Raumdebatten marxistischer Lesart, wie z. B. bei SMITH: „Created ecosystems, while intentionally and unintentionally produced by capitalism, possess causal powers of their own and take on agency in relation to the capitalist processes of which they are a medium and outcome. To phrase all this in Smith’s language, nature may indeed be ‘produced’ but produced nature, in turn, cannot be exploited indefinitely: it has a materiality which cannot be ignored“ (CASTREE 2000, S. 29). In diesem Sinne ist auch innerhalb der *production of nature-These* nach SMITH Materialität

(3) Hambacher Wald als soziale (Klima-)Bewegung. Da sich die theoretischen Ausarbeitungen dieser Arbeit auf soziale Bewegungen als ein allgemeines Phänomen beziehen und der Konflikt um den Hambacher Wald in dieser Arbeit als Illustration bestimmter Gedanken dient, muss m. E. begründet werden, inwiefern die Bewegung rund um den Konflikt des Hambacher Waldes *wirklich* als ein Beispiel im Sinne sozialer Bewegungen dienen kann. Besonders wenn von manchen Forschern ein unreflektierter und inflationärer Gebrauch des Begriffs ‚Bewegung‘ beklagt wird (vgl. DIETZ U. GARRELT 2013, S. 22, vgl. auch BATLIWALA 2002, S. 398). Um die rheinische Anti-Kohle-Bewegung als eine solche wissenschaftlich einzuordnen, müsste sie methodisch gesehen nach empirischen Gesichtspunkten untersucht werden, an dieser Stelle erfolgt ihre Untersuchung aber auf Basis der Literaturrecherche. Ob die Klimaproteste und/oder die Anti-Kohle-Protteste in Deutschland als eine soziale Bewegung einzuordnen sind, darüber gibt es verschiedene Meinungen. KÖSSLER betont, dass gerade bei der Vielzahl von Akteuren in Deutschland eigentlich von einer Klima-Allianz gesprochen werden müsste, und hebt besonders die Bedeutung der Anti-Kohle-Kampagnen hervor (vgl. KÖSSLER 2013, S. 187). BEDALL ET AL. sehen durch den Schulterschluss von Klima-NGOs, Klimacamps und globalisierungskritischen NGOs eine neue Bewegung in Deutschland entstehen (2011), während HÄFNER ET AL. (2016) diese Frage nicht eindeutig beantworten. SANDER wiederum ordnet die deutschen Anti-Kohle-Protteste nach der Systematik von HERKENRATH (2011)¹⁵ als eine große Bewegung mit zwei unterschiedlichen Orientierungen ein: Er unterscheidet den sozialökologisch orientierten Bewegungsarm, der versucht, inhaltlich soziale und ökologische Gerechtigkeit durch Projekte in urbanen Räumen miteinander zu verbinden, und den global-ökologischen Bewegungsarm, der sich um eine schnelle und massive Reduktion von Treibhausgasen im Norden bemüht. Diesem Arm ist auch die rheinländische Bewegung zuzuordnen, die in den letzten Jahren erfolgreich eine kollektive Identität als Bewegung aufbauen konnte:

„Durch die Gegnerschaft zur Kohleindustrie und die gemeinsamen Bewegungsereignisse wurde ein sozialer Zusammenhalt geschaffen, ohne den die Kampagne [Ende Gelände; J. B.] nicht hätte erfolgreich sein können. [...] Ihre wesentliche Leistung ist darin zu sehen, dass sie das Diskursfeld insofern grundlegend verschoben hat, als sie die Frage des Kohleausstiegs überhaupt als eine dringliche Herausforderung etabliert hat, die politisch gegen starke Beharrungskräfte durchgesetzt werden muss“ (SANDER 2017, S. 34).

historisch kontingent und zeit-raum spezifisch. Historisch-räumlich spezifische Grenzen eines ökologischen Systems sind daher unmittelbar an die spezifische politökonomische Konstellation gebunden.

¹⁵ Die Spezifizierung erfolgt bei HERKENRATH (zitiert nach RASCHKE 1985) nach drei Gesichtspunkten: a) Die Gruppe definiert sich selber als Gruppe, b) sie verfolgt das Ziel eines grundlegenden sozialen Wandels und c) sie weist geringe interne Rollenspezifikation auf (vgl. HERKENRATH 2011, S. 25). Weitere Spezifikationen nach RUCHT 1994; DELLA PORTA U. DIANI 2006; TEUNE 2008 weichen von diesen Spezifikationen nur geringfügig ab.

Auch BOSSE sieht vor allem durch die größer werdenden Klimacamps im Rheinland und die gemeinsamen Aktionen zivilen Ungehorsams mit ‚Ende Gelände‘ während der Klimacamps eine „erstarkende Bewegung“, deren Gründe vor allem im Rheinland zu suchen sind: „Die Anti-Kohle-Bewegung ist jetzt breit aufgestellt und wird in den nächsten Jahren sicher von sich hören lassen“ (BOSSE 2016, S. 398). Vor allem den Klimacamps und ihrer wachsenden Anzahl an TeilnehmerInnen messen auch BEDALL ET AL. „für die Herausbildung einer ‚gegen‘-hegemonialen Programmatik wesentlich Bedeutung zu“ (BEDALL ET AL. 2011, S. 42). Die Beteiligten vor Ort sehen in dem sozialen Arrangement ebenfalls eine soziale Bewegung, die in den letzten Jahren gewachsen ist:

„Die Klimabewegung ist stark gewachsen und es ist eine wertvolle Dynamik, aber im Vergleich dazu, wie sie in Spanien ist oder in Griechenland oder so, ist es natürlich nur eine Miniatur-Bewegung. Und so lange das so ist, haben wir natürlich nur die Chance, sie zu nerven, damit sie sowas nicht allzu oft wieder machen, und die Hoffnung, zu wachsen und mit der Zeit ihnen mehr Druck machen zu können“ (I-01, S. 5).

Dies bestätigt I-02 von der Bürger-Initiative ‚Buirer für Buir‘:

„Und die ist noch in den Kinderschuhen in dem Sinne ... Es ist ja jetzt nicht so wie eine Anti-Atombewegung, die Jahrzehnte alt ist. Ich finde, wir sind eine relativ junge Bewegung, und dafür haben wir in den letzten Jahren ganz schön an Fahrt aufgenommen. Das hätte ich mir in den letzten Jahren nicht erträumen lassen. Das weiß ich nicht ... 8 Jahre ... dass große Tagebaue gestürmt werden oder dass 1000 Leute eine rote Linie mit uns stellen im Wald, weil RWE das Feld so bestellt hat jahrzehntelang, das muss man auch eben sehen“ (I-02, S. 10).

Und auch I-03 sieht das ähnlich:

„[...] und also seitdem, 2007, 2008, hat sich ja wieder ein breiter Widerstand gebildet, es haben sich auch neue BIs gegründet. Die Bergbaugeschädigten, die gibt es ja erst seit 10 Jahren, das Gelbe Band, die BfB, dazu dann jetzt auch zunehmend dann all das, was ausgeCO2ht, Ende Gelände bis hin zu den Waldbesetzern, also der Widerstand ist vielfältiger geworden und er ist sehr breit geworden. Und das ist einfach eine neue Dimension, mit der Politik auch schwer umgehen kann offenbar“ (I-03, S. 4).

Es bleibt dennoch zu bemerken, dass der Hambacher Wald, wie er hier bearbeitet wird, kein empirisch belegtes Beispiel darstellt, sondern vielmehr als Illustration für einige Gedanken fungiert, die in dieser Arbeit entwickelt werden.

1.4 Konturen eines Feldes: Eine kurze Einführung in den Konflikt um den Hambacher Wald

Der Konflikt um den Hambacher Wald und den Tagebau Hambach ist ein Beispiel für eine partizipative Zivilgesellschaft, die sich gegen die politische Entscheidung der Landesregierung NRW und gegen einen internationalen Energiekonzern mit Sitz in Deutschland (RWE AG) stellt und ein sofortiges Umdenken im Energiesektor fordert. Die rheinische Protestbewegung, die sich grob als eine Anti-Braunkohle-

Bewegung bezeichnen lässt, ist eine sehr heterogene und sehr vielfältige Bewegung, die sich erst in den letzten vier bis fünf Jahren formiert hat und den 12 000 Jahre alten Hambacher Wald vor seiner Rodung durch die Erweiterung des Tagebaus Hambach, betrieben durch RWE, schützen möchte. Verschiedenste Akteure aus verschiedensten politischen und gesellschaftlichen Kontexten kämpfen hier mit unterschiedlichen Argumenten und Mitteln für das gleiche Ziel: den Braunkohleabbau im Hambacher Tagebau und in den anderen rheinischen Gruben zu stoppen. Die Bewegung setzt sich aus lokalen AktivistInnen, die eine Wiese und zahlreiche Bäume im Hambacher Wald besetzt haben (meist aus der linken Szene), aus kirchlichem (Kirchenkreis Jülich) und bürgerlichem Protest (Buirer für Buir, das Gelbe Band, Netzwerk Bergbaugeschädigter), die meist symbolische und bürgerliche Protestformen wählen, aus NGOs (BUND, Robin Wood), die vor allem juristisch gegen die Rodung vorgehen, und parteipolitischer Lobbyarbeit (Die Linke, Bündnis90/Die Grünen) zusammen. Der Protest wird nicht nur von Menschen aus dem Rheinland selbst getragen, sondern zieht viele Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet und teilweise auch ganz Europa an. Anders als bei den Anti-Kohle-Protesten in der Lausitz ist die Besonderheit im Rheinland, dass es seit ca. fünf Jahren eine dauerhaft bewohnte Besetzung im Hambacher Wald selbst gibt und diese bisher sämtliche Räumungsversuche seitens RWE und der Polizei überstanden hat¹⁶. Damit hat der Protest eine starke räumliche Dimension, die durch das jährlich dort stattfindende Klimacamp mit einer wachsenden Anzahl an TeilnehmerInnen (800 im Jahr 2015, 1200 im Jahr 2016, 7000 erwartete Gäste 2017¹⁷) noch zusätzlich gestärkt wird, denn es finden auch zahlreiche (Protest-)Aktionen direkt vor Ort im Wald statt (z. B. ziviler Massenegehorsam durch die Besetzung des Tagebaus Garzweiler im Rahmen von ‚Ende Gelände‘ 2015 u. 2016).

1.5 Zusammenfassung der Leitgedanken dieser Arbeit

Die politische Differenz als ontisch-ontologische Differenz, die ‚Nichtidentität der Natur‘ und der Protest um den Hambacher Forst als soziale Bewegung bilden die theoretischen Annahmen dieser Arbeit, die m. E. auch zunächst als disziplinäre Annahmen behandelt werden müssen. Denn diese unterschiedliche Herleitung von Realität, die die hier vorgestellten Theorien vollziehen, spiegelt nicht nur die komplexe und oft widersprüchliche und kontroverse Debatte der gesamten Philosophiegeschichte wider: Gäbe es eine Wahrheit und eine richtige theoretische Perspektive auf die Dinge des Seienden, würde es diese Debatten und den wissenschaftlichen Streit um die Wahrheit oder die richtigen Erkenntnisse nicht geben – und die Menschen wären sich notwendigerweise einig. In diesem Sinne stellen die beiden hier vorgestellten Debatten auch nur einen historischen Auszug aus

¹⁶ Ausführliche Darstellung der Ereignisse: <http://hambacherforst.blogspot.de/>.

¹⁷ Quelle: Informelle Gespräche vor Ort.

einer womöglich noch sehr lange andauernden Debatte um den *richtigen* theoretischen Blick auf die Wirklichkeit der Menschen dar, der m. E. immer eine Konstruktion bleiben wird.

Die Problemfeststellung, das Erkenntnisinteresse und die Forschungsfrage sowie die theoretischen Annahmen werden an dieser Stelle nochmals abschließend zusammengefasst, um die Struktur dieser Arbeit zu verdeutlichen. Aus Kapitel 1.1, Kapitel 1.2 und Kapitel 1.3 lassen sich folgende Erklärungsdefizite und Probleme erkennen:

Tabelle 1: Erklärungsdefizite und ihre Gründe

Theoretisches Konzept	Erklärungsdefizit/ Problemfeststellung	Grund für Erklärungsdefizit
Soziale Ökologie	(2a) Unzureichender Politikbegriff	Reine Kritik der politischen Ökonomie/Mensch-Natur-Verhältnis
Politische Differenz	(2b) Qualitativ schwer zu fassender Begriff der Postpolitik	Ontisch-ontologische Differenz
Soziale Ökologie und politische Differenz	(2c) Scheinbare Abwendung des Subjekts und des Staatsverständnisses vom KANT´SCHEN Selbstverständnis	Die Zivilgesellschaft, die Vernunft des Subjekts als zentrale Referenznorm
Politische Differenz	(2d) Heterogene soziale Bewegungen angemessen zu differenzieren	Unklare Begriffsgrenze zwischen dem Politischen und der Postpolitik; keine Essentialisierung möglich
Politische Differenz	(2e) Fehlender Naturbegriff	Kontingenz-Prinzip
Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse	(2f) Unklarer Begriff der Demokratisierung	Entwicklung des Begriffs der Demokratisierung aus der sozialen Ökologie heraus

Quelle: Eigene Darstellung (Zahlen in Klammern stellen den Bezug zur Problemfeststellung in Kapitel 1.1 her) (2017)

In dieser Arbeit wird versucht, die bestehenden Erklärungsdefizite und deren Gründe durch die jeweiligen Defizite der beiden Theorien mithilfe der jeweils anderen Stärke aufzulösen, und ein mögliches Zusammendenken in dieser Arbeit diskutiert. Die Kritik der Theorien, die in Kapitel 1.1 ausführlich dargestellt wurde, wird dabei sukzessive während der Arbeit diskutiert und durch eine konkrete Forschungsfrage samt Unterfragen ‚fassbarer‘ gemacht. Beides erfährt eine Zusammenführung in dem abschließenden Kapitel 3. Es wird versucht, die Begriffsunschärfe, die m. E. vor allem in der Theorie der politischen Differenz zu finden ist, durch die eigens entwickelte abgeänderte Definition der ‚postpolitischen Konfiguration‘ der Demokratie und der ‚postdemokratischen Ökologie‘ zu schärfen und ihr Klarheit zu geben. Konvergenzen und Divergenzen des Zusammendenkens der beiden Theorien sowie mögliche Ableitungen, die aus dem Zusammendenken getätigt werden können, erfahren eine Diskussion sowie eine Reflexion.

2. Die postpolitische Konfiguration, postdemokratische Ökologie und die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse ‚von unten‘

Für ein klares Verständnis der Begriffe ‚postpolitische Konfiguration‘ und ‚postdemokratische Ökologie‘ wird in dieser Arbeit – in Anlehnung an die zentralen AutorInnen, die in dem jeweiligen Fachgebiet aktiv sind – eine eigene Definition dieser beiden Begriffe erarbeitet. Dies gründet aus der Tatsache, dass zunächst nicht nur die Begriffe des Politischen und der Politik von AutorIn zu AutorIn unterschiedlich benutzt werden, sondern auch die Begriffe der Postpolitik und der Postdemokratie bei den meisten der hier behandelten AutorInnen im Laufe der Entwicklung ihrer Werke eine eigene Definition erfahren haben (z. B. BLÜHDORN, CROUCH, MOUFFE, RANCIÈRE SWYNGEDOUW, ZIZEK). Hinzu kommen Begriffe wie die postpolitische bzw. postdemokratische Kondition (SWYNGEDOUW), postdemokratische Konstellation (BLÜHDORN), postdemokratische Wende (BLÜHDORN), demokratisches Paradoxon (MOUFFE) oder postdemokratische Konfiguration (MOUFFE), die sich m. E. oft nur durch definitorische Nuancen unterscheiden oder aber insgesamt ähnliche Prozesse nachzeichnen. Da es aber hier weder um eine sprachliche Etymologie noch um einen Vergleich der Begriffe handelt, wird vielmehr im Rahmen dieser Arbeit eine klare Definition auf Basis der erarbeiteten Literatur gefunden. Eine vollständige Aufarbeitung und Wiedergabe der Diskussion hierüber würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

Der Aufbau dieses Kapitels folgt zunächst den Forschungsfragen aus Kapitel 1.2. Der erste Teil beschäftigt sich daher mit den Begriffen ‚Postpolitik‘ und ‚postpolitische Konfiguration‘, denen, wie eingangs erwähnt, eine eigene Definition in Kapitel 2.1 gegeben wird. Aufbauend auf den Erkenntnissen aus Kapitel 2.1 wird die Annahme einer postpolitischen Konfiguration der Demokratie bzw. der Gesellschaft in Kapitel 2.2 auf soziale Bewegungen übertragen. In Kapitel 2.3 wird auf Basis der sozialen Ökologie der erwähnte Naturbegriff entwickelt. Kapitel 2.4 beschäftigt sich mit den Konvergenzen und Divergenzen dieser beiden Theorien sowie einigen theoretischen Ableitungen, die sich m. E. aus einem Zusammendenken ergeben. Aufbauend auf der Entwicklung des Begriffs ‚postpolitische Konfiguration‘, der Zusammenführung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und der politischen Differenz sowie der Ableitung eines dezidierten Demokratiebegriffs wird als gegensätzlicher Begriff zur Demokratisierung in Kapitel 2.4 der Begriff der postdemokratischen Ökologie entwickelt.

2.1 Die postpolitische Konfiguration der Politik und des Subjekts

Im Folgenden wird die Unterfrage: *a) Was ist die postpolitische Konfiguration?*

beantwortet. Darüber hinaus soll der qualitativ schwer zu erfassende Begriff der Postpolitik aufgrund des Anti-Essentialismus der politischen Differenz mithilfe der von mir selbst entwickelten Definition der postpolitischen Konfiguration präzisiert werden sowie ein Begriff des Politischen erarbeitet werden, der für eine Zusammenführung in Kapitel 2.4 fruchtbar gemacht wird (siehe Ausschnitt aus Tabelle 1):

Tabelle 1a: Erklärungsdefizite und ihre Auflösungen (Kapitel 2.1)

Theoretisches Konzept	Erklärungsdefizit	Grund für Erklärungsdefizit	Theoretische Auflösung des Erklärungsdefizits
Politische Differenz	Qualitativ schwer zu fassender Begriff der Postpolitik	Ontisch-ontologische Differenz	Entwicklung des Begriffs ‚postpolitische Konfiguration‘
Soziale Ökologie	Unzureichender Politikbegriff	Reine Kritik der politischen Ökonomie/ Mensch-Natur-Verhältnis	Entwicklung eines Begriffs des Politischen und der Politik

Quelle: Ausschnitt aus Tabelle 1 (S. 23), inkl. Erweiterung von J. B. (2017)

Den grundlegenden Rahmen für die Frage nach einer Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse bildet der Begriff ‚Postpolitik‘ auf Basis der Theorie der politischen Differenz, die durch die PhilosophInnen CHANTAL MOUFFE, JACQUES RANCIÈRE und SLAVOJ ZIZEK sowie unter anderem BLÜHDORN geprägt worden ist. Ganz grundlegend ausgedrückt besteht das Ziel der politischen Differenz darin, der gängigen politischen Philosophie eine Theorie entgegenzusetzen, die sich nicht nur damit auseinandersetzt, „wie Politik zu organisieren sei und wie sich diese Organisation rechtfertigen lasse“ (BEDORF 2010, S. 13), sondern vielmehr eine kritische Wendung hin zu einem Reflexivwerden des Denkens einführt, die die eigene politische Verfasstheit als Ganzes hinterfragt (vgl. EBD., S. 14) und die Verfassung der Politik so aus einer anderen, neuen Ebene heraus betrachtet. Da ein Abriss der seit 25 Jahren geführten Debatte um die politische Differenz den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, fällt hier die Auswahl auf drei AutorInnen: RANCIÈRE, der als (politischer) Philosoph und Mitbegründer der Debatte um die politische Differenz eine zentrale, diskursprägende Rolle spielt. Die Theorie der politischen Differenz beruht bei RANCIÈRE auf der Art und Weise, wie das Politische erscheint. Er begreift das Politische als eine Unterbrechung, als Intervention des vermeintlich Inkontingenten (vgl. EBD., S. 24), und geht dabei auf den abstrakt gedachten Ort des Politischen ein (vgl. KREISKY U. LÖFFLER 2010, S. 99). Bei RANCIÈRE basiert das Erscheinen des Politischen auf dem Handeln des Subjekts auf Basis der Einforderung einer Gleichheit unter den Menschen (vgl. KENIS U. MATHIJS 2014, S. 151). MOUFFE, die radikalpolitische Bezüge in die Debatte eingebracht hat, betrachtet die politische Differenz dagegen als eine gemeinsame Praxis, bei der politische Subjekte und Kollektive durch die „kontingenten Grenzziehungen hegemonialer Praxen“ (BEDORF 2010, S. 23) entstehen und so die Differenz zur Konstruktion von hegemonialen gesellschaftlichen Verhältnissen führt. Während MOUFFE vor allem auf

gegenhegemoniale Praktiken im Sinne eines Antagonismus setzt, begreift RANCIÈRE das politische Handeln durch das Gleichheitsaxiom (vgl. KENIS U. MATHJIS 2014, S. 151). Doch diese kurze Differenzierung von RANCIÈRES und MUFFES Begrifflichkeiten macht bereits deutlich: Der Diskurs um das Politische ist ein sehr umstrittener Diskurs, denn fast alle AutorInnen, die sich der Theorie des Politischen zuordnen lassen, haben eine eigene Definition des Politischen entwickelt (vgl. HIRSCH 2010)¹⁸. RANCIÈRE und MOUFFE bieten sich als AutorInnen der politischen Differenz aber für eine Zusammenführung mit der sozialen Ökologie für eine neue Analyseperspektive von Umweltkonflikten besonders an, da durch MOUFFE das Subjekt und der Akt des sozialen Handelns im Sinne des Politischen gedeutet, während durch RANCIÈRE dieser Akt als gesellschaftlich relevante Intervention im Kontext der Politik beschrieben werden kann. Beiden AutorInnen ist gemeinsam, dass sie den Konsenszwang liberaler Demokratien infrage stellen (vgl. KREISKY U. LÖFFLER 2010, S. 96). BLÜHDORN hat dies insofern durch seine Kritik erweitert, als er nicht nur strukturbezogen denkt, sondern auch das Subjekt in den Fokus nimmt, die Gedanken von MOUFFE kritisch hinterfragt und versucht, die Theorie der politischen Differenz mithilfe des Begriffs ‚Simulation‘ zu dekonstruieren. Dies wird im Folgenden ausführlich erläutert.

2.1.1 Die politische Differenz¹⁹

Die Theorie der politischen Differenz wird konstituiert durch die antagonistische Unterscheidung zwischen der Politik und dem Politischen (vgl. BEDORF 2010, S. 16): Die Sphäre der Politik, die aus den

¹⁸ Für eine ausführliche Differenzierung des Diskurses um das Politische siehe BEDORF 2010, WALLAT 2010.

¹⁹ Zur Differenzierung zwischen RANCIÈRE und MOUFFE: RANCIÈRE entwickelt seinen Differenz-Begriff aus einer postmarxistischen Perspektive heraus, die den theoretischen Fokus auf den konsensuellen, demokratischen Staat als ‚diskursiver‘ Institution hinterfragt und stattdessen die Konfrontation und die Unterbrechung als Zeichen der Demokratie in den Mittelpunkt rückt. Damit ist Demokratie keine Herrschaftsform mehr, vielmehr ein Ausdruck temporärer Unterbrechung ungleicher Herrschaftsstrukturen durch die Einforderung einer universellen Gleichheit. Eine Demokratie, so RANCIÈRE, die diese Einforderung der Gleichheit ausschließt, ist eine Postdemokratie (vgl. RANCIÈRE 2014, S. 111f.). Dieser Grundgedanke greift die marxistische Perspektive eines Klassenkampfes, der der (kapitalistischen) Gesellschaft inhärent ist, auf und wandelt diesen in eine reine Politikkonzeption um. Möglich wird dies dadurch, dass RANCIÈRE die *Gleichheit* als universelle Hintergrundaxiomatik für eine Konstitution des Politischen, anhand derer demokratische bzw. politische Handlungen untersucht werden können, einführt. Ist es bei KARL MARX der Klassenkampf, so sind es bei RANCIÈRE zwei Logiken, die durch Reproduktion und Transformation die Herstellung der Welt ermöglichen: die Politik und das Politische – auch die politische Differenz genannt (vgl. LEHNER 2009, S. 4f.). MOUFFE entwickelt ihren Politik-Begriff aus einer poststrukturalistischen Perspektive heraus, die versucht, die Essentialismen und den Ökonomismus zu überwinden und zu dekonstruieren. In dem viel zitierten gemeinsamen Werk mit ERNESTO LACLAU „Hegemonie und radikale Demokratie“ (1985) arbeiten die beiden AutorInnen die ontisch-ontologische Differenz aus und erarbeiten einen Subjektivierungsbegriff des Politischen, denn jede Ordnung ist eine politische Ordnung. Jede soziale Ordnung ist aufgrund des Kontingenz-Prinzips „eine kontingente Artikulation von Machtverhältnissen“, die keinen gemeinsamen Ursprung haben (MOUFFE 2014, S. 193). Jede Ordnung entsteht aus der Kontestation zweier oder mehrerer Alternativen, für die sich entschieden werden muss, was wiederum zur Exklusion der jeweils anderen führt (vgl. MOUFFE 2014, S. 23ff. u. 37). Sozioökonomische Strukturen und Verhältnisse gibt es daher nicht *a priori*, sie sind vielmehr einzig und allein aus dem Politischen selbst heraus und als Resultat eines an sich infiniten Prozesses der Selbstinstitutionierung zu verstehen (vgl. WALLAT 2010, S. 275). Keine politische Ordnung aber lässt sich aus der Selbstinstitutionierung ableiten, Demokratie ist daher nicht ein Set aus etablierten Institutionen und Verfahren, sondern als „das Politische selbst [,] als infiniten Prozess der

täglichen Handlungen und Prozessen der Politik sowie der Gesetzgebung, Institutionen usw. besteht, und die Sphäre des Politischen, in der es einen Raum für alle Individuen gibt, die Vorstellungen über das gesellschaftliche Zusammenleben *gleichermaßen* gegenüber einer auf Ungleichheit basierenden politischen Ordnung zu artikulieren²⁰ (RANCIÈRE 2014, S. 42f.). Damit grenzt sich die poststrukturalistische Theorie der politischen Differenz von den gängigen Demokratietheorien ab, indem sie nicht den Konsens, sondern die gesellschaftlichen Kämpfe ins Zentrum stellt (vgl. PULLER 2009, S. 1). Dies hat zur Folge, dass Politik als ein politisches Kräfte- und Machtverhältnis und nicht als ein Konsens, bei dem die Bedingungen des Zustandekommens zählen²¹, verstanden wird (vgl. EBD., S. 3). Die Artikulation gegenüber einem hegemonialen System beruht damit auf einem gesellschaftlichen Dissens, der eine Konstitutionskraft der politischen Sphäre darstellt (vgl. RANCIÈRE 2008, 2014, S. 31ff.; SWYNGEDOUW 2011b, S. 82). Die Sphäre des Politischen ist damit der ontologischen Ebene zuzuordnen, während die Sphäre der Politik die ontische Ebene darstellt. Darin begründet sich die Kontingenz des Politischen: Das Terrain des Politischen bleibt immer unentschuldigbar und es kann aus diesem keine politische Ordnung begründet werden, denn jede Ordnung, die die Behauptung der Kontingenz aus der ontologischen Ebene heraus in sich trägt, führt zu einem Ausschluss des Partikularen (vgl. BEDORF 2010, S. 23; MOUFFE 2014, S. 25). Die Vereinnahmung der – mitunter abstrakt gedachten – politischen Sphäre durch die Sphäre der Politik bezeichnet den Prozess der Postpolitisierung. Eine Welt, die systemisch durch den Konsens geprägt wird und die systemisch von vornherein den Dissens und die Artikulation sozialpolitischer Utopien ausschließt, ist daher eine postpolitische Welt. Weitet sich die

konfliktösen und agonalen In-Form-Setzung der Gesellschaft als solcher“ (WALLAT 2010, S. 276) zu verstehen. Damit ist die klassenlose Gesellschaft, wie Marx sie entwirft, nicht möglich und wird in dieser Form dekonstruiert, da sie auf einem einheitlichen und kollektiven Willen basiert, dem jeder Antagonismus fehlen würde. Dennoch begreifen sich die AutorInnen der politischen Theorie in der MARX'SCHEN Tradition, da sie an der Kritik des Kapitalismus, der Machtverhältnisse und dem emanzipatorischen Projekt einer freien Gesellschaft festhalten (vgl. WALLAT 2010, S. 277). Durch den Antagonismus, der die ontisch-ontologische Differenz produziert, wird auch das Subjekt durch Wir-Sie-Beziehungen konstruiert. Die Identität konstruiert sich so kollektiv und antagonistisch über die Grenzziehung und der Konflikt entspringt daher immer zwingend dem Politischen als „elementare Form der Seinsweise des Menschen“ (WALLAT 2010, S. 283; zitiert nach MOUFFE 2015, S. 40). Vor allem ist es Mouffe, die sich innerhalb der Theorie des Politischen mit der Subjektkonstruktion auseinandersetzt, wie eingangs erwähnt worden ist (vgl. WALLAT 2010).

²⁰ Bei RANCIÈRE wird der Begriff ‚des Politischen‘ mit dem Begriff der ‚Politik‘ benannt. Ich werde mich (s. o.) an dem Begriff ‚des Politischen‘ anstatt RANCIÈRES Begriff der ‚Politik‘ halten. Des Weiteren muss auch an dieser Stelle die Definition von MOUFFE hinzugefügt werden: „Während ich ‚das Politische‘ auf die ontologische Dimension des Antagonismus beziehe, bezeichne ich mit ‚Politik‘ das Ensemble von Praktiken und Institutionen, deren Ziel die Organisation der menschlichen Koexistenz ist. Diese Praktiken operieren jedoch stets auf einem konflikthaften Terrain, das vom ‚Politischen‘ geprägt ist“ (MOUFFE 2014, S. 12). Wie bereits erwähnt, führen alle AutorInnen eigene Definitionen über das Politische an, die sich oftmals nur in Nuancen unterscheiden. Durch die Erwähnung der Definition von Mouffe in der Fußnote soll aber keine Hierarchisierung vorgenommen werden, vielmehr soll dies zeigen, dass die Definitionen ähnlich sind und so auf eine ausführliche Darstellung hier verzichtet werden kann.

²¹ Wie es bei RAWLS, GIDDENS oder HABERMAS der Fall ist.

Sphäre der Politik gegenüber der Sphäre des Politischen aus, so entsteht eine postpolitische Konfiguration der Politik (vgl. MOUFFE 2015; RANCIÈRE 2008 u. 2014; ZIZEK 2008).

(1) Sphäre der Politik. Die Politik, so RANCIÈRE, hat vor allem eine strukturierende Kraft im politischen Sinne: Sie bestimmt, wer etwas wie sagen darf und welche Funktion dieser Person zukommt:

„Die Polizei [Politik; J. B.] ist somit zuerst eine Ordnung der Körper, die die Aufteilung unter den Weisen des Machens, den Weisen des Seins und den Weisen des Sagens bestimmt, die dafür zuständig ist, dass diese Körper durch ihre Namen diesem Platz und jener Aufgabe zugewiesen sind; sie ist die Ordnung des Sichtbaren und des Sagbaren, die dafür zuständig ist, dass diese Tätigkeit sichtbar ist und jene andere es nicht ist, dass dieses Wort als Rede verstanden wird, und jenes andere als Lärm“ (RANCIÈRE 2014, S. 41).

In Anschluss an MICHEL FOUCAULTS Begriff der Gouvernamentalität analysiert RANCIÈRE die Aufteilung der Welt durch die relationale Konfiguration zwischen der Ordnung des Diskurses und der Ordnung der Körper. Diese Konfiguration (durch die Politik) gibt den Körpern einen Raum und eine Funktion und legitimiert diese Aufteilung durch die Existenz ihrer selbst. Die Ordnung der Gemeinschaft, der Körper und der Funktionen herzustellen und zu legitimieren, ist die Aufgabe der Politik – dies verwirklicht sie durch die Gouvernamentalität, durch das Regieren, das das Handlungsfeld anderer strukturiert (vgl. METHMANN 2011, S. 122). Sie bestimmt auch darüber, welche Individuen sichtbar und hörbar sind – und welche nicht. Auch die Art, wie Menschen sichtbar und hörbar werden, wird durch die Politik bestimmt und reglementiert (vgl. LEHNER 2009, S. 5f.; RANCIÈRE 2014). Damit kommt der Politik eine strukturierende Funktion innerhalb der Gesellschaft und im höchsten Maße eine hegemoniale Stellung zu und ihr liegt damit auch immer eine Struktur der Ungleichheit zugrunde, weil sie darüber entscheidet, wem welche Funktion zukommt und wer gehört wird oder nicht. Ist die Politik durch eine reibungslose Übereinstimmung aller Funktions- und Ortszuweisungen der Körper und Diskurse gekennzeichnet, so entsteht die Postpolitik und das Politische wird verdrängt.

(2) Sphäre des Politischen. Das Politische, so RANCIÈRE, wird durch eine eigene Rationalität konstituiert, und das ist kein politisches Verfahren oder die Verfassung des Staates:

„Die Grundlegung der Politik ist tatsächlich um nichts mehr Konvention als Natur: sie ist die Abwesenheit eines Grundes, die reine Kontingenz aller gesellschaftlichen Ordnung. Es gibt Politik einfach deshalb, weil keine gesellschaftliche Ordnung in der Natur gegründet ist, kein göttliches Gesetz die menschlichen Gesellschaften beherrscht“ (RANCIÈRE 2014, S. 28).

Damit wird deutlich, dass das Politische nicht in dem gefunden werden kann, was sich der Mensch ‚als Politik‘ aufgebaut hat: der Verfassung des Staates, der legitimierten Macht oder der täglichen Politik:

„Es gibt Ordnung, weil die einen befehlen und die anderen gehorchen. Aber um einem Befehl zu gehorchen, bedarf es mindestens zweier Dinge: man muss den Befehl verstehen, und man muss verstehen, dass man ihm gehorchen muss. Und um das zu tun, muss man bereits dem gleich sein, der einen befiehlt. Dies ist die Gleichheit, die jede natürliche Ordnung aushöhlt“ (EBD., S. 29).

Die Politik postuliert zwar die Gleichheit, doch produziert sie durch ihre Existenz genau das Gegenteil: die Ungleichheit unter den Menschen. Damit ist das Axiom des Politischen benannt, es ist die *Gleichheit* unter allen Menschen. Und in diesem Sinne ist auch klar: „Es gibt Politik, wenn die als natürlich vorausgesetzte Logik der Herrschaft von dem Effekt dieser Gleichheit durchkreuzt wird.“ (EBD.). In diesem Sinne ist etwas politisch, wenn das Axiom der *Gleichheit* dieser Handlung zugrunde liegt: sei es im Sinne einer Einforderung der Gleichheit selbst, aber auch alleine durch das Durchbrechen der politischen (polizeilichen) Logik konstituiert sich das Politische. Gleichheit kann aber weder dauerhafter Zustand noch endgültiges Ziel sein, sie ist vielmehr immer nur das temporäre, konstituierende Element für das Politische (vgl. LEHNER 2009, S. 8). Das heißt, dass sich Subjekte politisieren, indem sie sich entgegen ihrer vorgegebenen Funktion verhalten und dadurch erst sichtbar und hörbar werden:

„Es gibt Politik [das Politische; J. B.], weil diejenigen, die kein Recht dazu haben, als sprechende Wesen gezählt zu werden, sich dazuzählen und eine Gemeinschaft dadurch einrichten, dass sie das Unrecht vergemeinschaften, das nichts anderes ist als der Zusammenprall selbst, der Widerspruch der zwei Welten, die in einer einzigen beherbergt sind: die Welt, wo sie sind, und jene, wo sie nicht sind, die Welt, wo es etwas gibt ‚zwischen‘ ihnen und jenen, die sie nicht als sprechende und zählbare Wesen kennen, und die Welt, wo es nichts gibt“ (RANCIÈRE 2014, S. 39).

Die Gemeinschaft teilt sich also in zwei Teile, die einen, die Anteil an dem haben, was gehört wird, namentlich diejenigen, die die Möglichkeit haben, den Diskurs zu prägen, und die anderen, die keinen Anteil daran haben, den politischen Diskurs mitzugestalten. RANCIÈRE nennt diesen Anteil ‚den Anteil der Anteillosen‘, da er *de facto* ein Teil der Gemeinschaft ist, aber durch die ihm zugewiesene Funktion eigentlich keinen Anteil an ihr hat, wie er an anderer Stelle nochmals deutlich macht. Das Politische entsteht demnach erst, wenn der „Anteil der Anteillosen“ (RANCIÈRE 2008, S. 2), also der Teil der Menschen, der der politischen Funktion nach keine Möglichkeit zur politischen Artikulation innehat, politische Forderungen im Sinne der Hintergrundaxiomatik *der Gleichheit* in die Öffentlichkeit trägt – wider der täglichen Politik, die auf Ausgrenzung aufbaut. Wird diese Ausgrenzung stark reglementiert und kontrolliert, so werden die Möglichkeiten eines ‚politischen Moments‘ bzw. eines ‚politischen Subjekts‘, das sich im oben genannten Falle der Artikulation konstituiert, stetig verkleinert und unmöglich gemacht. Und hier kommt das Politische ins Spiel, denn: „Jede hegemoniale Ordnung kann von kontrahegemonialen Verfahrensweisen in Frage gestellt werden [...]“ (MOUFFE 2015, S. 27). Etwas Politisches kann also nur von Subjekten, deren spezifischen Handlungsweisen wider einer bestehenden

Logik getätigt werden, produziert werden. Dabei schafft das politisierende Subjekt einen neuen Raum, nämlich den politischen Raum, der auch immer ein öffentlicher Raum ist, weil der politische Akt etwas sichtbar macht, was vorher nicht sichtbar war. Die Sphäre des Politischen bedarf damit der öffentlichen Sphäre. Aus dieser Perspektive kann die Demokratie im Sinne einer politischen Gleichheit aller nur zustande kommen, wenn die Logiken von Ungleichheit und Gleichheit immer und immer wieder aufeinandertreffen. Das klassische Verständnis von Demokratie im Sinne eines Interessenausgleichs und Aushandlungsprozesses auf Basis des Konsenses, wie es in den deliberativen Demokratietheorien der Fall ist, trägt demnach zu einer postpolitischen Konfiguration bei. Eine Demokratie nach MOUFFE und RANCIÈRE besteht daher aus einem ständigen Austausch und Infragestellen der Machtverhältnisse und der Interessenbildung.

2.1.2 Die postpolitische Konfiguration der Politik

Die *postpolitische Konfiguration* lässt sich daher aus einem Zustand ableiten, der durch eine bestimmte Art der Gouvernementalität der Politik die Sphäre des Politischen für sich beansprucht und seine Existenz für sich vereinnahmt – und das konflikthafte Wesen des Politischen dadurch verdrängt. Die postpolitische Konfiguration kann auf verschiedenen Skalen und in verschiedenen Bereichen betrachtet werden und wird vor allem durch die Gleichsetzung der Politik mit kapitalistischen Maximen (re-)produziert.

(1) Der strukturelle Rahmen der Postpolitik. ERIC SWYNGEDOUW beschreibt treffend, auf welchem strukturellen Rahmen die hier untersuchte postpolitische Konfiguration aufbaut:

„This post-political frame is structured around the perceived inevitability of capitalism and a market economy as the basic organizational structure of the social and economic order, for which there is no alternative“ (SWYNGEDOUW 2010, S. 215).

Das Tagesgeschäft bzw. die Sphäre der Politik unterliegt folglich der Logik des Kapitalismus, welche die soziale und wirtschaftliche Sphäre als strukturierendes Element prägt. Die (neoliberale) kapitalistische Wirtschaftsordnung und die Logik hinter den globalen Produktionsprozessen werden innerhalb der Politik nicht infrage gestellt. Sie gelten als unantastbar, was zur Folge hat, dass Lösungen nur innerhalb dieser Logik gefunden werden können und die bestehenden Strukturen zur Organisation dieser Lösungen genutzt werden (müssen) (vgl. EBD.).

Unter der neoliberalen kapitalistischen Wirtschaftsordnung bzw. dem Neoliberalismus soll eine Erweiterung des wirtschaftlichen Liberalismus verstanden werden, also gelten nicht nur die Maximen des freien Marktes, der Profitmaximierung und des Wettbewerbs, vielmehr wird die ökonomische Sphäre auch als eine Rationalität betrachtet, die sich in Institutionen, sozialen Verhältnissen und sozialen Handlungen einschreibt. BLÜHDORN spricht von einem modernen Staat, der sich als Zuarbeiter

des Marktes versteht, da der Bereich des politisch und demokratisch Verhandelbaren immer enger definiert wird (vgl. BLÜHDORN 2013a, S. 90). Davon beeinflusst ist also auch die Sphäre der Politik, die eigentlich aus einer anderen Rationalität (der Herrschaft des Volkes im Falle der Demokratie) heraus entstanden ist, aber der Neoliberalismus braucht die Politik, um sich legitimieren und durchsetzen zu können (vgl. BROWN 2003). BROWN versteht den Neoliberalismus damit als eine Rationalität, die keine ontologische Grundlage hat, sich vielmehr durch die Handlungen, Institutionen und Politiken reproduziert (vgl. EBD.) Dies macht BROWN an drei Merkmalen fest: a) Der Staat legitimiert sich zunehmend nicht mehr aufgrund von politischen Werten, sondern von ökonomischen Werten (Wohlfahrtsstaat, Wachstumsstaat usw.), b) staatliche Praktiken werden zunehmend nach einem Kosten-Nutzen-Kalkül ausgeführt und c) fügt man a) und b) zusammen, so wird die ökonomische Maxime zur politischen Maxime und ‚dringt‘ dabei in sämtliche Bereiche ein:

„Neo-liberal governmentality undermines the relative autonomy of certain institutions from one another and from the market - law, elections, the police, the public sphere - an independence that formerly sustained an interval and a tension between a capitalist political economy and a liberal democratic political system“ (EBD., S. 6).

(2) Das Merkmal der Alternativlosigkeit. Aus der Unterwanderung der *raison d'état*, der Politik, der Institutionen und des Sozialen durch die wirtschaftliche Maxime entsteht ein weiteres Merkmal für eine postpolitische Konfiguration der Politik: Dies sind fehlende Antagonismen bzw. fehlende politische Kanäle, um Meinungsdivergenzen und Konflikte in Beziehung zueinander zu setzen und den Antagonismus auszutragen (vgl. MOUFFE 2015, S. 94). Durch den diskursiven Zusammenwuchs der agonistischen Politik und der neoliberalen Hegemonie gebe es zur bestehenden Ordnung keine Alternative, so MOUFFE (vgl. EBD., S. 44). Denn verschwinden die Möglichkeiten, die Alternativen und eine Auswahl von verschiedenen politischen Wegen, gibt es nur noch einen Weg – und dann verschwindet der politische Antagonismus, die politische Differenz, was als ein Zeichen von Postpolitik bzw. Postdemokratie zu werten ist. Es entsteht ein Konsens, der durch die Inkorporation aller Akteure alle Subjekte zu einer Meinung zwingt. Das Ringen um Interessen mündet in das gleiche Interesse aller – es mündet in die administrativen Governance-Prozesse, denen jeglicher demokratische Antagonismus fehlt. Denn: „Eine gut funktionierende Demokratie braucht den Zusammenstoß legitimer demokratischer Positionen [...]“ (EBD., S. 42) – gibt es diese nicht, so kommt es aufgrund fehlender Kanalisierung zu einem Legitimationsverlust demokratischer Institutionen (vgl. EBD., S. 85).

Die der Gesellschaft dargestellte Alternativlosigkeit mündet nicht zuletzt in einer Naturalisierung des politischen Stillstandes, wie oben bereits in den Zitaten von RANCIÈRE und MOUFFE deutlich geworden ist. SWYNGEDOUW greift diese Alternativlosigkeit der Problemlösung auf Grundlage von MOUFFE und ZIZEK nochmals auf: „Zizek and Mouffe define the post-political as a political formation that actually

forecloses the political“ (SWYNGEDOUW 2011b, S. 77). SWYNGEDOUW verbindet diesen Gedanken mit dem oben dargestellten Gouvernamentalitätskonzept nach RANCIÈRE. So kann begründet werden, warum kapitalismuskritische Stimmen immer weniger Einzug in den Diskurs erhalten. Denn der Staat und die Ökonomie legitimieren die Stimmen, die zu hören sind, und bestimmen, wie über bestimmte Themen gesprochen wird, wie SWYNGEDOUW betont: „Under a post-political condition everthing is politicized, can be discussed, but only in a non-commital way and as non-conflict“ (EBD.). Und an anderer Stelle: „[...] the post-politics relies on either including all in a consensual pluralist order and on excluding radically those who posit themselves outside the consensus“ (SWYNGEDOUW 2010, S. 201). Damit ist die dargestellte Alternativlosigkeit zum existierenden politökonomischen System ein Merkmal von Postpolitik im Sinne RANCIÈRES.

2.1.3 Die postpolitische Konfiguration des Subjekts

Dennoch bleibt die Theorie der politischen Differenz und damit auch der Postpolitik und der Postdemokratie in ihrer normativen Kritik stecken und wird innerhalb ihres Analyserahmens der Komplexität politischer Forderungen von sozialen Bewegungen nicht gerecht. Die Sphäre der Politik und des Politischen schafft es mit der ontologischen Zweiteilung in das Politische und die Politik nicht, das Aufkommen und die Entstehung einer Protestbewegung, die eben eine basisdemokratische Beteiligung an umweltpolitischen Prozessen fordert, differenzierend und dezidiert zu beschreiben (vgl. BLÜHDORN 2013a, S. 125). Daher soll an dieser Stelle BLÜHDORN, der den Begriff der Postdemokratie weiterentwickelt hat, aufgegriffen werden. BLÜHDORN stellt nämlich fest:

„Denn tatsächlich ist für postdemokratische Konsumgesellschaften charakteristisch, dass sich zwar das Vertrauen in und die Erwartungen an die Demokratie wesentlich vermindert haben, die Ansprüche auf demokratische Repräsentation, Partizipation und Legitimation sind gleichzeitig aber signifikant gestiegen“ (EBD., S. 160).

BLÜHDORN bezeichnet die Emanzipation von den demokratischen Institutionen und Verfahren und die gleichzeitig ansteigenden Subjektivierungsansprüche im Sinne eines höheren Anspruchs an politische Repräsentation als das ‚postdemokratische Paradox‘, das vor allem durch gesellschaftliche Modernisierungsprozesse angetrieben wird. Er definiert zwei aufeinanderfolgende Phasen basisdemokratischer Forderungen seitens zivilgesellschaftlicher Bewegungen im Zeitalter der Moderne: zunächst die Phase emanzipatorischer Bewegungen, die er als *Emanzipation erster Ordnung* beschreibt:

„Die partizipatorische Revolution der siebziger und achtziger Jahre, in der die zunehmend selbstbewussten Bürger den kantischen *Auszug aus ihrer selbst verschuldeten Unmündigkeit* vollzogen, sich zunehmend als autonome Subjekte verstanden, die Entmachtung der traditionellen Eliten betrieben

und zivilgesellschaftliche Selbstbestimmung, Selbstorganisation und Selbstverantwortung einforderten“ (EBD., S. 144).

Aus dieser Bewegung der Moderne heraus, die auch oft als Startpunkt sozialer Bewegungen und der ökologischen Bewegung gesehen wird, entsteht aber in den 90er-Jahren in der Postmoderne eine ganz neue Situation: Politische Verantwortung wird zunehmend an Institutionen und professionelle Dienstleister (NGOs, Lobbygruppen, supranationale Institutionen usw.) übertragen, um einerseits durch Effizienz und Effektivität den Output politischer Handlungen zu erhöhen, aber auch, um Freiräume für das moderne, unternehmerische und sich selbst disziplinierende Subjekt zu schaffen. Das Subjekt wird dabei immer flüchtiger, Identitätskonstruktionen immer fragmentierter: „Das der modernistischen Idee nach autonome Subjekt ist nahezu restlos vom Markt durchdrungen und vereinnahmt worden“ (EBD., S. 130). Ebendiese Phase der fluiden Moderne bezeichnet BLÜHDORN als *Emanzipation zweiter Ordnung*, „bei der es um die partielle Befreiung von zuvor erstrittenen Verantwortlichkeiten geht. Kantisch gesprochen geht es bei der Emanzipation zweiter Ordnung gewissermaßen um den *Auszug aus der selbst erstrittenen Mündigkeit*“ (EBD., S. 144). Damit greift er einerseits die „Unterdrückung und Marginalisierung des demokratisch-emanzipatorischen Projekts durch das herrschende Kapital“ (EBD., S. 149) auf, geht dabei aber auch auf die Wechselbeziehungen zwischen dem Kapital, dem subjektiven Identitätsideal, dem Selbstverständnis des Bürgers und der Gesellschaft als Ganzes ein, denn in dieser wird durch die *Emanzipation zweiter Ordnung* die Demokratie in Teilen als beschränkend empfunden. Dies begründet er damit, dass die Demokratie einerseits den strukturellen Zwängen und Problemlagen nicht mehr gerecht werden kann, aber auch nicht mehr dem Ideal moderner BürgerInnen in der flüchtigen Moderne entspricht (vgl. EBD., S. 148f.). Die BürgerInnen werden dabei zu entpolitisierten, autonomen KonsumentInnen, die infolge systemischer Imperative ein flexibles Selbstverständnis entwickelt haben und vom anspruchsvollen Management des persönlichen Lebens derart ausgeschöpft sind, dass Entscheidungsmacht an professionelle Dienstleister delegiert wird (vgl. EBD., S. 155ff.). Damit geht BLÜHDORN über die normative Benennung der Probleme des demokratischen Projekts als eine postpolitische Konfiguration hinaus und stellt die These auf, dass sich mit dem Subjektverständnis der *Emanzipation zweiter Ordnung* das „demokratische Projekt im traditionell verstandenen Sinne überhaupt nicht wiederbeleben lässt – weil es sich im Zuge der fortschreitenden Modernisierung schlicht überlebt hat“ (EBD., S. 150). BLÜHDORN greift in diesem Sinne die Entpolitisierung und Postpolitisierung der Politik auf, begreift sie aber nicht nur als ein Projekt der Eliten oder der Systemimperative – vielmehr erweitert er die strukturelle Ebene um die Akteursebene:

„Bürger entpolitisieren sich (mehr oder weniger umfassend) nicht zuletzt, weil es angesichts der steigenden Anforderungen des privaten Lebensmanagements sinnvoll erscheint, bestimmte Aufgaben an entsprechend

spezialisierte Dienstleister zu delegieren, und weil eine professionelle und effiziente öffentliche Verwaltung zu den unverzichtbaren Bedingungen des erfolgreichen privaten Lebensmanagements gehört“ (EBD., S. 189).

Während also die Entpolitisierung nach BLÜHDORN auch eine unbewusste Strategie der BürgerInnen ist, mit neuen Identitätskonstruktionen Widersprüche zu überbrücken, wird die Politisierung gesellschaftlicher Themen gleichzeitig innerhalb der Politik sowie von den BürgerInnen als Störung wahrgenommen, die Entscheidungsstaus und Investitionsverzögerungen auslöst (vgl. EBD.) (vgl. Kapitel 3.3).

BLÜHDORNS These zur simulativen Demokratie beschreibt also treffend, wie der Wandel der subjektiven Selbstkonstruktion und der kulturellen Normen in strukturtheoretische Erklärungsmuster eingebunden werden kann und der alltäglichen Reproduktion der Nichtnachhaltigkeit durch die Subjekte in einer „Konsumdemokratie“ Rechnung trägt (vgl. GOTTSCHLICH U. HACKFORT 2016, S. 306). Damit wird sowohl strukturtheoretischen als auch akteursbezogenen Aspekten Rechnung getragen. BLÜHDORNS These bildet damit als Anschluss an VertreterInnen der postpolitischen Konfiguration die politikwissenschaftliche Grundlage dieser Arbeit. Dies ist von besonderer Wichtigkeit, denn die Regulation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse findet auf vielen verschiedenen, aber dialektisch in Verbindung stehenden Ebenen statt, wie z. B. in Alltagspraktiken, Institutionen, Diskursen, Werten und Normen (vgl. Kapitel 2.3).

2.1.4 Das Politische in der Krise

Wie bereits deutlich geworden ist, wird von verschiedenen AutorInnen daher eine Krise des Politischen konstatiert, die aufgrund ihrer Fülle der Gründe und Begriffe von manchen AutorInnen als die „demokratische Ökonomie politischer Empörung“ bezeichnet wird (vgl. FRANKENBERG 2014). Dabei ist die metaphorische Sprache der Krise des Politischen so ausgelegt, dass die postpolitische Konfiguration der Demokratie das Politische ‚verschwinden lässt‘ (vgl. RANCIÈRE 2008, S. 112). RANCIÈRE konstatiert an anderer Stelle, dass die Sphäre des Politischen in den letzten Dekaden immer weiter zugunsten der Sphäre der Politik zurückgedrängt wurde: Die Abwesenheit (des Politischen) geht mit einer „[...] politischen Praxis einher, von der das Politische immer mehr ins Abseits gedrängt wird, von der es zu kaum mehr fähig, als sich hier und da den Schwankungen des Weltmarktes anzupassen“ (LEHNER 2009, S. 13). Die Politik wird dadurch mit der Verwaltung des Kapitals gleichgesetzt und legitimiert sich über die dadurch produzierten Systemzwänge (vgl. RANCIÈRE 2014, S. 123). Das Politische in Form der Einforderung der Gleichheit im Hier und Jetzt durch den politischen Akt nach RANCIÈRE bzw. des zukunftsgerichteten Aufbaus gegenhegemonialer Praktiken nach MOUFFE, welches eine große Rolle in der *Emanzipation erster Ordnung* gespielt hat, geht daher immer mehr verloren: „Das einzige Zukunftsversprechen der neoliberalen Austeritätspolitik, die in der Postdemokratie hegemonial verflochten wird, besteht in der Rückabwicklung der sozialen und politischen Errungenschaften, die

insbesondere von der historischen Linken erkämpft worden waren“ (MARCHART 2016, S. 59). MOUFFE drückt sich ganz ähnlich aus: „Als Konsequenz der neoliberalen Hegemonie jedoch wurde die liberale Komponente so übermächtig, dass die demokratischen Werte ausgehöhlt wurden. So mancher vormals erzielte demokratische Fortschritt wurde rückgängig gemacht, und unter dem Vorwand der ‚Modernisierung‘ wurden zentrale demokratische Werte als ‚veraltet‘ abgetan“ (MOUFFE 2014, S. 182). Und auch BLÜHDORN attestiert dem Politischen einschneidende Zeichen: „[...] so ist für die Postpolitik die neuerliche Herrschaft von unverhandelbaren Imperativen bezeichnend, die den Bereich des Politischen wieder beschneiden“ (BLÜHDORN 2014b, S. 29). Die Gründe für die Krise sieht RANCIÈRE mehr im Kapital, MOUFFE hingegen mehr im Zwang des politischen Konsenses und der Exklusion der politischen Entscheidung: „Durch diesen Konsens und die mit ihm einhergehende unangefochtene Hegemonie des Neoliberalismus wird den Bürgern in diesen Demokratien die Chance genommen, sich im Rahmen einer antagonistischen Debatte Gehör zu verschaffen und zwischen echten Alternativen zu wählen“ (MOUFFE 2014, S. 176). Dadurch ist das zentrale Problem der Krise des Politischen die agonistische Konfrontation, die durch „horizontale Praktiken“ dem Politischen aus dem Wege geht (vgl. EBD., S. 185f.). ZIZEK sieht die Gründe für das Verschwinden des Antagonismus darin, dass die Inhalte unter bestehende Logiken subsumiert werden und der Wunsch nach politischer Neugestaltung dadurch verwässert wird (vgl. VOLK 2013, S. 83, vgl. auch ZIZEK 2009, S. 48).

2.1.5 Zwischenfazit

Die Unterfrage *a) Was ist die postpolitische Konfiguration?*

kann also folgendermaßen beantwortet werden: Die *postpolitische Konfiguration* der Demokratie ist ein Zustand, bei dem innerhalb der Sphäre der Politik durch die strukturgebende Synergie zwischen der Demokratie und dem Kapital als Form der gesellschaftsordnenden Gouvernamentalität eine Situation entsteht, in der das Politische in Form von alternativen Zukunftspfaden und der Stimme des Anteils der Anteillosen vom demokratischen Diskurs durch einen vorherig erzwungenen Konsens ausgeschlossen wird. Begründet wird der Konsens durch eine systemimperative Konnotation, bei der es durch die systemischen Strukturzwänge keine Alternativen der unterschiedlichen Rationalitäten mehr gibt. Der Begriff ‚postpolitische Konfiguration‘ orientiert sich in seiner normativen Rahmung an der Demokratietheorie nach RANCIÈRE und MOUFFE und beschreibt den aktuellen Zustand westlicher liberaler Demokratien als einen postpolitischen Zustand. Aus dem Verständnis der Theorie des Politischen heraus bedeutet *Demokratisierung* das Vollziehen einer individuellen oder kollektiven Handlung, die Artikulation der eigenen Meinung und/oder das Artikulieren einer gemeinsamen Meinung aus einem Kollektiv heraus, die auf der Gleichheitsaxiomatik, also einem universellen Anspruch, basiert. Politisch und in diesem Sinne demokratisch ist eine Handlung dann, wenn sie der bestehenden Ordnung widerspricht und in Antagonismus zu dieser steht – und als Einforderung der

Gleichheit dient²². Demokratisierung bedeutet aber auch eine Form der institutionellen Transformation, wobei in den Partizipationsprozessen, die ‚von oben‘ gestaltet und gefördert werden, eben auch diskurskritische oder ablehnende Meinungen zugelassen werden, kein erzwungener Konsens im Mittelpunkt steht, sondern das zu Verhandeln an sich auch zur Debatte steht. Aufgrund des Kontingenz-Prinzips und des daraus resultierenden Anti-Essentialismus kann keine qualitative Bewertung vorgenommen werden. Das Erklärungsdefizit, das die Theorie der politischen Differenz damit eingeht, ist auch durch den von mir entwickelten Begriff der postpolitischen Konfiguration nicht aufhebbar. Er schärft die Begrifflichkeiten im Rahmen dieser Arbeit, was essentiell für die theoretische Ableitung ist. Dennoch konnte das Erklärungsdefizit über einen unzureichenden Politik-Begriff innerhalb der sozialen Ökologie aufgehoben werden, indem ein Politikbegriff aus der Theorie der politischen Differenz entwickelt wurde: Politik ist die Gouvernementalität des Regierens, das Politische ist die Handlung, die diese etablierte Form des Regierens durchbricht und eine politische Entscheidung auf Basis der Gleichheit einfordert.

2.2 Die postpolitische Konfiguration sozialer (Klima-)Bewegungen

In diesem Kapitel wird die in Kapitel 1.1 entwickelte Unterfrage *b) Wie wirkt sich die postpolitische Konfiguration auf soziale Bewegungen als Demokratisierungsakteure ‚von unten‘ aus?*

beantwortet. Einher geht die Beantwortung der Frage mit der Diskussion einer möglichen Auflösung des in Kapitel 1.1 festgestellten Erklärungsdefizits (siehe Auszug aus Tabelle 1), nämlich einer scheinbaren Postpolitisierung der BürgerInnen bzw. der sozialen Bewegungen selbst. Dies wird durch die These der Emanzipation zweiter Ordnung aufgelöst.

Tabelle 1b: Erklärungsdefizite und ihre Auflösungen (Kapitel 2.2)

Theoretisches Konzept	Erklärungsdefizit/ Problemfeststellung	Grund für Erklärungsdefizit	Theoretische Auflösung des Erklärungsdefizits
Soziale Ökologie und politische Differenz	Abwendung des Subjekts vom KANT´SCHEN Selbstverständnis als ‚blinder Fleck‘	Die Zivilgesellschaft, die Vernunft des Subjekts als zentrale Referenznorm	Die Emanzipation zweiter Ordnung

Quelle: Ausschnitt aus Tabelle 1 (S. 23), inkl. Erweiterung von J. B. (2017)

2.2.1 Soziale Bewegungen im Kontext der postpolitischen Konfiguration

Nach BLÜHDORN sind in jüngster Zeit vier entscheidende Entwicklungen bei der strukturellen Verbindung zwischen zivilgesellschaftlicher Partizipation und staatlicher politischer Meinungsbildung

²² Die Gleichheitsaxiomatik spielt eine große Rolle, da die deliberativen Elemente einer Demokratie, wie sie z. B. von RAWLS oder HABERMAS vorgeschlagen werden, keine Demokratisierung im o. g. Sinne bedeuten, denn sie basieren auf einer Exklusionspolitik, bei der selektiert wird, wer am Demokratisierungsprozess teilnehmen darf und wer nicht (vgl. BLÜHDORN 2013a, S. 201f.).

zu erkennen: zunächst (1) der Rückzug einer breiten Mitglieder- und damit auch Vertrauensbasis bei Verbänden, Gewerkschaften und Parteien, die durch ihre politische Meinungsbildung einen großen Teil der Bevölkerung repräsentiert haben und nun durch die erodierende Partizipation in eine Legitimationskrise geraten. (2) Eine Entwicklung neuer Partizipationsformen im Rahmen technokratischer, nichtinstitutionalisierter politischer Meinungsbildung (Governance-Netzwerke, NGOs usw.). Gleichzeitig findet (3) durch diese Inklusion neuer (vor allem akademischer) ExpertInnen eine neue Form der Exklusion sozial benachteiligter Schichten statt, die eine Verstärkung der politischen Ungleichheit nach sich zieht, und (4) eine Erweiterung der Bürgerbeteiligung in Form neuer innovativer Verfahren, die trotz der Komplexität bestimmter Sachlagen wiederum (auch benachteiligte) BürgerInnen in den politischen Entscheidungsprozess mit einbinden sollen (vgl. BLÜHDORN 2013a, S. 187). Auf die Umweltbewegung in Deutschland übertragen würde dies bedeuten, dass die Partei der Grünen, die ja aus der Umweltbewegung der 60er- und 70er-Jahre hervorgegangen ist, ihre Wählerschaft verliert (1), dass NGOs eine starke Professionalisierung erfahren (Greenpeace, Robin-Wood, BUND etc.) und sich aktiv in die „Politikgestaltung“ einbringen (2), dass (3) die Bewegung sich weiter ausdifferenziert und die, die nicht an der Institutionalisierung der Bewegung teilhaben (wollen), ausgeschlossen werden bei einer gleichzeitigen Inkorporation ökologischer Themen in die Politik und (4) z. B. im Zuge der Energiewende eine erhöhte Beteiligung von BürgerInnen mit den entsprechenden Ressourcen an der Energiegewinnung stattfindet (z. B. Energiegenossenschaften) (vgl. GÖRG 2003, S. 154). Letztlich finden, wie zu erkennen ist, innerhalb der Gesellschaft, aber auch innerhalb demokratischer Verfahren gegensätzliche Prozesse von politischer Teilhabe und politischer Inklusion und Exklusion statt. Dabei findet nicht nur ‚von oben‘ eine Postpolitisierung durch die Verwaltungen statt (durch effiziente und effektive *Governance*-ExpertInnenberatung), sondern eben auch ‚von unten‘ durch die – auf der *Emanzipation zweiter Ordnung* basierende – fluide Identität der BürgerInnen. Diese bereits erwähnte Postpolitisierung der BürgerInnen hat auch für die sozialen Bewegungen große Auswirkungen. Hier sieht BLÜHDORN sieben Prozesse als ausschlaggebend an: zunächst die Annahme, dass (1) individualistische Formen der Partizipation gegenüber der kollektiven Partizipation immer ausgeprägter werden, selbst innerhalb der kollektiven Formen bleiben die Teilnehmenden oft mit ihren multiplen Identitäten Individuen, Kollektive bilden daher Aggregationen individualisierter Artikulationsformen. (2) Politische Partizipation wird zunehmend themenspezifischer und entideologischer, dabei schließen sich Menschen mit teils widersprüchlichen politischen Ansichten zur Verhinderung eines themenbezogenen Projektes zusammen. Dabei bleibt (3) die Partizipationsform oftmals innerhalb der diskursiven Logik der bestehenden Ordnung, während eine systemkritische Haltung innerhalb der Proteste immer seltener wird. Dabei sieht BLÜHDORN, dass politische Partizipation ‚von unten‘ (4) zunehmend spontan, sporadisch und projekthaft erfolgt, plötzliche Proteste lassen sich selten verstetigen und können daher nicht konstruktiv in längere

politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Entpolitisierte spezialisierte Institutionen nehmen diese politischen Aktionsformen oft als Hindernis in ihrer Effektivität und Effizienz wahr. (5) Daher sind vor allem Formen der politischen Partizipation beliebt, die mit geringem (zeitlichen) Aufwand erledigt werden können und keine andauernden Verpflichtungen nach sich ziehen (Konsumveränderungen, Unterschriftenlisten usw.). Verbunden sind diese schnellen und problemlosen Partizipationsformen (6) mit einem möglichst hohen Unterhaltungswert, der auch in der Freizeit erfahrbar ist, und (7) geht politische Partizipation oftmals mit der eigenen Performativität einher, mit einer selbstbezogenen Darstellung und Erfahrung, bei der es nicht bloß um die Sache geht, sondern auch immer um das Ich und die Identität (vgl. BLÜHDORN 2013a, S. 191). Letzteres kann durch eine Vertreterin einer Bürger-Initiative aus Buir beispielhaft veranschaulicht werden:

„[...] wir versuchen, viele Öffentlichkeitsveranstaltungen zu machen, die nicht rein informativ sind. Es gibt Informationsveranstaltungen, es gibt auch viele kulturelle Veranstaltungen. Konzerte und sowas. Weil da die Schwelle für die Buirer schon sehr niedrig ist, dahin zu kommen. Das ist eigentlich auch ganz gut und mit solchen Veranstaltungen kann man natürlich auch ein bisschen Geld als Verein einspielen, das ist auch wichtig“ (I-02, S. 1).

Das „flexible, flüssige und flüchtige“ (BLÜHDORN 2013a, S. 245) Selbstverständnis moderner BürgerInnen trägt auch dazu bei, dass es selbst nicht nachhaltig sein kann, denn es ist alles andere als „konsequent, konsistent und konstant“ (EBD.). Letztlich trägt dies dazu bei, dass sich soziale Bewegungen und ihre Interessengruppen immer weiter ausdifferenzieren und es nicht schaffen, eine ‚breite Bewegung‘ zu werden. Diese Entwicklungen unterscheiden die heutigen Proteste von denen der 60er-, 70er- und 80er-Jahre, wie BLÜHDORN bemerkt:

„Grundlegend für die Partizipationsvorstellungen der siebziger und achtziger Jahre war eben das Ideal des autonomen und identitären (kantischen; J. B.) Subjekts. Doch in modernen postindustriellen Gesellschaften bestimmen das flüchtige Subjekt und seine flexible Identität die Formen der politischen Artikulation und Beteiligung: *liquid participation* für die *democracy to go*“ (EBD., S. 193).

Nicht anders beschreibt Zizek das Problem der sozialen Bewegungen:

„Die politische Blockade der Gegenwart besteht darin, dass es nur zwei offene Wege für ein gesellschaftspolitisches Engagement zu geben scheint: Entweder spielt man das Spiel des Systems und tritt den langen Marsch durch die Institutionen an, oder aber man engagiert sich in den neuen sozialen Bewegungen mit unterschiedlicher: feministischer, ökologischer oder antirassistischer Ausrichtung. Dabei artikulieren Letztere ihre Anliegen nicht wirklich politisch im Sinne eines ‚allgemeinen Singulars‘: Sie beschränken sich auf sog. ‚Ein-Thema-Aktionen‘, ohne die konkreten Probleme auf jene gesellschaftliche Totalität zu beziehen, die sie erzeugt und reproduziert“ (ZIZEK 2004, S. 65).

Das Problem besteht demnach darin, dass im Protestdiskurs scheinbar die allgemeingültigen, krisenhaften Verhältnisse von den Protesten selbst getrennt werden, sodass kein allgemeingültiger Singular, auf den sich eine Bewegung berufen kann, festgemacht werden kann. Im Falle des Hambacher Waldes wäre dies das Mensch-Natur-Verhältnis, das in die Krise geraten und im Sinne der sozialen Ökologie auch Auslöser von Konflikten und Protesten ist, denn „es gibt keine Krise ohne Konflikt“ (BIRKE 2013, S. 369). Aber dies ist bei den AktivistInnen im Hambacher Wald teilweise der Fall:

„Bin über Freunde halt zum Anarchismus gekommen und seitdem ist das so meine Utopie. Würde ich mal sagen. [...] Diesen Wald zu erhalten, RWE platt zu machen ... na ja, ich würde schon gerne sehen, dass es einen gesellschaftlichen Wandel gibt von Kapitalismus weg zu ... irgendwas Nachhaltigerem, Sinnvollerem. Ich will halt im Weg sein. Und nicht einfach zugucken, während die Welt vor die Hunde geht“ (I-04, S. 1).

Wie deutlich wird, ist durchaus ein Bewusstsein für allgemeingültige Singulare wie den ‚gesellschaftlichen Wandel‘ bei den Einzelpersonen der Bewegungen vorhanden. Waren die Anzeichen erster krisenhafter Verhältnisse in den Protestbewegungen der 60er-, 70er- und 80er-Jahre noch mit dem Protest vereint, erscheinen diese heute getrennt voneinander (vgl. BIRKE 2013). MOUFFE sieht Entwicklungen der sozialen Bewegungen in dieser Zeit sehr ähnlich und verknüpft sie mit dem Wandel vom Fordismus zum Postfordismus:

„Analysiert man den Übergang vom Fordismus zum Postfordismus mithilfe eines solchen Ansatzes [der radikalen Demokratie; J. B.], so können wir in ihm einen hegemonialen Schritt des Kapitals erkennen, der dem Ziel dient, seine führende Rolle und seine Legitimität wiederherzustellen, die Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre ernsthaft infrage gestellt worden war“ (MOUFFE 2014, S. 117).

Dabei hat das bestehende System durch den Postfordismus die Forderungen nach Autonomie aufgegriffen und durch eine vernetzte und postfordistische Form der Wirtschaft genutzt und in neue Formen der Kontrolle umgewandelt. Durch „Mechanismen, die unmittelbar die Gehirne und Körper der Bürger beeinflussen, wird die Art und Weise der sozialen Integration und Exklusion mehr und mehr verinnerlicht“ (EBD., S. 109). In diesem Sinne ist ein grundlegender Wandel des subjektiven Selbstverständnisses aufgrund tiefgreifender Veränderungen im politischen und wirtschaftlichen System zu erkennen.

In Tabelle 2 sind die oben genannten sieben Prozesse der heutigen, auf dem ‚identitären Subjekt‘ (vgl. BLÜHDORN 2013a, S. 128) basierenden sozialen Bewegungen der Protestbewegungen aus den 60er-, 70er- und 80er-Jahren gegenübergestellt, die dem KANT´SCHEN Subjektverständnis entsprechen:

Tabelle 2: Politische Partizipation in den 60er-, 70er- und 80er-Jahren und heute

Partizipationsforderung der Protestbewegung (60er-, 70er- und 80er-Jahre)	Liquid participation; democracy to go (Heute)
Selbstgestaltend, aktiv, do it yourself	Delegierend an professionelle Dienstleister, kritisch beobachtend
Kollektiv	Individualisiert
Ideologisch begründet, ganzheitlich	Themenspezifisch und entideologisiert
Orientiert an kollektiver Vernunft	Orientiert an subjektiver Befindlichkeit
Kontinuierlich, langfristig, stabil	Spontan, sporadisch, projekthaft
Hoher persönlicher Einsatz, altruistisch	Low cost, nicht verpflichtend
Moralisierend, anstrengend, pflichtbetont	Unterhaltend, spaßbetont, erlebnisartig
Gegen die Logik der etablierten Ordnung	Systemkonform

Quelle: BLÜHDORN 2013a, S. 194; verändert

Auf diese durch die Tabelle 2 und durch die Zitate dargestellten Entwicklungen kann analytisch aus zwei Perspektiven geschaut werden: Zunächst aus einer deliberativen Perspektive, dass die oben genannte moderne Form der politischen Partizipation einer *democracy to go* zu einer *Demokratisierung* der Demokratie führe. Der Wandel habe von einer pflichtbasierten Staatsbürgerschaft im Sinne der institutionalisierten bürgerlichen Idee der Demokratie zu einer engagierten Staatsbürgerschaft mit direktdemokratischen Elementen und insofern vermeintlich authentischer Repräsentation von BürgerInnen geführt, die sich für ihre eigenen Werte themenzentriert einsetzen und so das demokratische Projekt „produktiver, responsiver und demokratischer“ (EBD., S. 69) gestalten. Und auch RANCIÈRE sieht ein, dass in den 1970er-Jahren durch die fordistische Demokratie-Markt-Balance und den Kompromiss zwischen den Interessen der kapitalistischen Wirtschaft und denen der arbeitenden Bevölkerung eine Demokratisierung und eine Vermehrung der Orte des Politischen stattfanden (vgl. RANCIÈRE 2014, S. 7). Es kam in dieser Phase der partizipatorischen Bewegungen der 1970er-Jahre zu einer dezentralen, bürgernahen Demokratisierung der formalen Abläufe institutioneller Ordnungen. Aus dem Analyserahmen postdemokratischer Prozesse hingegen lässt sich der oben beschriebene Wandel demokratischer Partizipationsformen vor allem als „die Umverteilung politischer Macht von etablierten Eliten an die Bürger“ (BLÜHDORN 2013a, S. 107) und als „die Befestigung des bestehenden Systems“ (EBD.) erklären. Moderne Bürger, so BLÜHDORN, haben „die Prinzipien des Marktkapitalismus fest verinnerlicht“ (EBD., S. 243), sodass diese Prinzipien in diesem Sinne auch immer Kernelement der Lösungsstrategie sein werden. Die wachsende Auslagerung und die Privatisierung ehemals politischer Bereiche werden durch den Einsatz von nicht demokratisch legitimierten Körperschaften und ExpertInnen entpolitisiert, d. h. der politischen Verhandbarkeit entzogen (vgl. EBD., S. 90). Und an dieser Stelle rückt die andere, kritische Perspektive auf diese ‚Demokratisierungsform‘ in den Vordergrund: Diese deliberativen Elemente sind daher keine politisierenden Elemente, vielmehr zwingen sie den Partizipierenden die

Denk- und Artikulationsformen der Herrschenden auf und ersticken letztlich jeden Antagonismus und jede Diversität (vgl. EBD., S. 103; vgl. auch MOUFFE 1999). Sie fördern daher nicht die politische Gleichheit, vielmehr verschieben sie die politischen Einflussmöglichkeiten in die vorher bereits „privilegierte bürgerliche Mittelklasse“ (BLÜHDORN 2013a, S. 259). Benachteiligte (oder auch in RANCIÈRES Sprache: die ‚Anteilslosen‘) verlieren dabei ungleich stärker an repräsentativem Gewicht (vgl. EBD., S. 206). Wenn von einer Demokratisierung im postpolitischen Sinne gesprochen wird, dann werden

„[...] demokratische Werte aktiviert, um in der Mitte der Gesellschaft Privilegien zu verteidigen und am unteren Rand wachsende Exklusion zu rechtfertigen. Demokratie ist nicht mehr das Instrument der Ermächtigung und Gleichstellung der Unterprivilegierten, sondern das Instrument der politischen Legitimation und des praktischen Managements zunehmender Ungleichheit“ (EBD., S. 263).

Doch auch hier sind es nach BLÜHDORN nicht nur die Eliten, die diese postpolitische Konfiguration (oder postdemokratische Konstellation nach BLÜHDORN 2013a) vorantreiben, vielmehr bieten sich die BürgerInnen diesen Prozessen geradezu ‚von selber‘ an:

„Die spezifisch postdemokratische Funktion der Partizipation besteht, dem postdemokratischen Bedürfnis der Bürger entsprechend, vielmehr jenseits der subjektzentrierten Moderne (das heißt jenseits der Emanzipation von der bürgerlich-modernistischen Norm des autonomen und identitären Subjekts) erstens auch weiterhin darin, die Existenz ebendieses Subjekts und die Gültigkeit seines Autonomieanspruchs erfahrbar zu machen; und das in einer Weise, die die demokratischen Ansprüche der Bürger befriedigt, ohne dabei aber ihre postdemokratischen Bedürfnislagen entscheidend zu beeinträchtigen, also ohne die Logik der etablierten gesellschaftlichen Ordnung inklusive der Logik der Entpolitisierung ernsthaft infrage zu stellen“ (EBD., S. 199).

Daher ist postdemokratische Partizipation, wie sie oben als *liquid democracy* beschrieben worden ist, die Inklusion in die Exklusionspolitik, die Kooptation an der Marginalisierungspolitik und eben die Demokratisierung der Politik der zunehmenden Ungleichheit (vgl. EBD., S. 203). Sie geschieht von ‚oben‘ in Form von neuen postdemokratischen Verfahren und der Ausweitung der postpolitischen Sphäre und von ‚unten‘ durch das neue Selbstverständnis der BürgerInnen, wobei es nicht mehr um ‚unterdrückte Identitäten‘ geht, sondern vielmehr die Inszenierung eines autonomen Subjekts im Mittelpunkt steht, das durch die politische Partizipation die Idee der Demokratie erlebbar macht, einer Demokratie, die aber durch die systemischen Imperative postfordistischer Zwänge geleitet wird und daher die Partizipation nur noch simuliert. Dies ist auch in den Entwicklungen der sozialen Bewegungen zu spüren, die nur noch für „Irritationen“ (BLÜHDORN 2014a) im System, aber nicht mehr für

Transformation sorgen²³. Durch den Wandel des Gesellschaftssystems vom Fordismus zum Postfordismus, die daraus resultierende postpolitische Konfiguration großer Teile der Gesellschaft und der Politik und die damit einhergehende *Emanzipation zweiter Ordnung* im Subjektverständnis kommt es zu einer Entpolitisierung der Bewegungen: Die systemische Effizienz(-steigerung) als Referenznorm bei der Identitätskonstruktion, aber auch bei der Inkorporation außerparlamentarischer Gruppen innerhalb eines horizontalen Governance-Netzwerkes führt zu einer Inklusion in die Exklusionspolitik, bei der die Aktivierung der Zivilgesellschaft nicht aus dem Anspruch auf Gleichheit aus sich heraus geschieht, sondern von den Machteliten vielmehr ‚von oben‘ initiiert wird. Im Sinne einer neuen gouvernementalen Rationalität wird die Zivilgesellschaft vom Objekt zum Subjekt des Regierens gemacht (vgl. METHMANN 2011, S. 124): Sie regiert sich (un-)bewusst selbst mit den vorgegebenen hegemonialen Praktiken. Dies wird in dieser Arbeit als der ‚postdemokratische‘ Teil des Begriffes ‚postdemokratische Ökologie‘ definiert. Er fasst den Wandel des Grundverständnisses sozialer Bewegungen von sich selbst, aber auch vom Staat auf und bezieht ihn auf die Simulation demokratischer Prozesse, die aber als postpolitisch zu bezeichnen sind. Paradox bei diesem Wandel ist, dass bei dem Prozess der wachsenden Inklusion in die Exklusionspolitik die sozialen Bewegungen der 70er- und 80er-Jahren nicht unbeteiligt waren, wie BLÜHDORN zu bedenken gibt: „Sicherlich und ohne dass es irgendwer beabsichtigt hätte, lief die von den sozialen Bewegungen betriebene Demokratisierung daher faktisch auf eine Verschiebung von politischen Einflussmöglichkeiten zugunsten der ohnehin schon privilegierten bürgerlichen Mittelklasse aus“ (BLÜHDORN 2013a, S. 259).

Tabelle 3: Die Politisierung und die Postpolitisierung sozialer Bewegungen:

Politisierung der sozialen Bewegungen (60er- und 70er-Jahre)	Postpolitisierung der sozialen Bewegungen (Heute)
Politisierung zuvor unpolitischer BürgerInnen, Themen und Institutionen durch die Forderung nach Gleichheit	Entpolitisierung zuvor politisierter BürgerInnen, Themen und Institutionen durch die Inklusion in die Exklusionspolitik
Autonomes Subjekt; KANT'SCHE Handlungsbegründung der Bewegung	Autonomer Konsument, flexibles Selbstverständnis, multiple Identitätskonstruktion
Nonkonformistische Identitätsbildung und Selbstverwirklichung	Systemkonforme Muster der Identitätsbildung und Selbstverwirklichung
Aktivismus der BürgerInnen gegen die Machteliten, Anspruch auf zivilgesellschaftliche Selbstregierung	Aktivierung der BürgerInnen durch die Machteliten; Aufforderung zur individualisierten Selbstverantwortung
Basisdemokratische Deliberation	Postdemokratische Führung

²³ Bewegungen wie ‚Occupy Wallstreet‘, ‚!Democracia real YA!‘ oder das WSF (Weltsozialforum) (vgl. BLÜHDORN 2013a, S. 96). Ebenso sieht SWYNGEDOUW die gewaltvollen Kämpfe in den Vorstädten Paris‘ und Londons als visionslose Handlungen ohne ein eigenes symbolisches Projekt (2013, S. 8).

Außerparlamentarische Politik der zivilgesellschaftlichen Bürgernetzwerke	Außerparlamentarische Politik der Lobbygruppen, Expertenkommissionen, Regulierungsbehörden, Gerichte
Bürgerinitiativen und Zivilgesellschaft als Experimentierfeld für Alternativen zum gesellschaftlichen Mainstream	Bürgerinitiativen und Zivilgesellschaft als Ressource zur Effizienzsteigerung und Stabilisierung des etablierten Systems
Soziale Effizienz als Referenznorm	Systemische (ökonomische) Effizienz als Referenznorm

Quelle: Blühdorn 2013a, S. 157; verändert

Letztlich, so stellt BLÜHDORN die These auf, löst sich das KANT'SCHE Subjekt in der flüssigen Moderne so weit auf, dass es mit all seinen Versprechungen von Verantwortung, Konsequenz, Prinzipientreue und Innerlichkeit für das moderne Subjekt vielmehr zur Belastung wird, als dass es noch von den sozialen Bewegungen wieder eingefordert werden kann (vgl. EBD., S. 133).

Dem Aufbau von alternativen Gesellschaftsentwürfen und gegenhegemonialen Praktiken (vgl. MOUFFE 2014) durch soziale Bewegungen liegt heute daher ein anderes Handlungsverständnis zugrunde, als dies noch in den gesellschaftlichen Protesten der 60er-, 70er- und 80er-Jahre der Fall war. Während sich zu dieser Zeit die ‚partizipatorische Revolution‘ auf das KANT'SCHE Subjekt bezog und sich daraus das Verständnis einer liberalen bürgerlichen Demokratie entwickelte, werden die Subjektkonstruktionen immer fluider, fragmentierter und temporärer, die liberale Demokratie wandelt sich zu einer Postdemokratie, sodass ebendies auch die Form des Protests sozialer Bewegungen beeinflusst, so die hier vorgestellte These nach BLÜHDORN. Das Subjekt, das durch die Vereinnahmung der Marktlogik nicht mehr (oder nur teilweise) an das KANT'SCHE Vernunftverständnis gebunden ist, passt sich daher von Grund auf an die postpolitische Konfiguration an. Das Einbringen alternativer Gegenhegemonien durch professionelle Delegation und Kooperation auf kollektiver Ebene – so die These – wird dadurch die häufigere Art und Weise, Protest auszudrücken. Widerstand und Gegenhegemonien werden daher zu einem noch mehr umkämpften Feld politischen Konfliktes, da sich die Sphäre der Politik gegenüber der Sphäre des Politischen immer weiter ausdehnt.

Abschließend kann hier beispielhaft ein Aktivist aus dem Hambacher Wald zitiert werden, der ebenfalls die Problematik der ‚Ein-Themen-Proteste‘ sieht:

„Was halt wichtig ist, was mir über die Jahre immer mir klarer wird, dass halt so single-issues, so Ein-Themen-Kämpfe, wo man sich nur auf ein Thema fokussiert, halt Schwachsinn sind, weil es halt alles miteinander zusammenhängt. Und es bringt jetzt nichts, zu sagen, ja, ich bin gegen Braunkohle, aber Kapitalismus kann weitergehen, weil der halt an allen anderen Ecken dann einfach die Umwelt zerstört. Und genauso ist es mit Rassismus, Sexismus, es muss halt alles angegangen werden. Alle unterdrückerischen Gesellschaftsformen“ (I-04, S. 2).

Diese Akzeptanz unterschiedlicher Positionen auf Basis eines gemeinsamen Ziels wird auch von einer Aktivistin der Bürger-Initiative ‚Buirer für Buir‘ geteilt:

„[...] und ich finde, wir können es gemeinsam schaffen, da muss man auch nicht immer über die Wege streiten, wenn die so unterschiedlich sind, weil ein großes gemeinsames Ziel haben wir, viele haben noch andere Ziele“ (I-02, S. 6).

Ähnlich sieht es ein anderer Aktivist aus dem Hambacher Wald:

„Ich bin gegen Kapitalismus, weil ich denke halt, dass er sowas wie den Tod des Hambacher Forsts und den Braunkohleabbau auslöst, und dass man das auch nicht stoppen kann, ohne den Kapitalismus zu stoppen“ (I-01, S. 3).

Er wünscht sich in diesem Sinne eine Rückkehr des KANT´SCHEN Subjekts:

„[...] ich glaube, dass es halt wichtig ist, dass Leute auch sehen, dass hier Menschen nicht nur irgendwie dagegen sind und so ihren Protest kundtun, sondern richtig Widerstand leisten und bereit sind, dafür zu kämpfen und dafür Risiken einzugehen“ (I-04, S. 4).

Letztlich bestätigt er aber die hier erarbeitete Einschätzung:

„[...] Ich weiß nicht, wenn man sich z. B. die Protestbewegungen der 70er- und 80er-Jahre anschaut, die haben ja viel mehr auf die Straße gekriegt. Ich habe den Eindruck, dass heutzutage junge Menschen halt eher ihre Zeit vor dem Smartphone-Bildschirm verschwenden und für die Protest vielleicht ist, eine Onlinepetition zu unterschreiben, aber das ansonsten halt die Leute halt auch sehr eingelullt werden von toller neuer Entertainmenttechnologie und dem Schein einer heilen Welt, den wir hier in Deutschland haben. Wenn man es will, dann kann man sich die Scheuklappen aufsetzen und die heile Welt genießen, und dass viele Leute einfach nicht mehr sehen, wie abgefickt der Zustand eigentlich gerade ist“ (I-04, S. 6).

Ein anderer Aktivist würdigt ebenfalls die Erfolge der Bewegungen aus den 60er-, 70er- und 80er-Jahren:

„Also auf der einen Seite kann man daran sehen, [...] auch wenn so wir als anarchistische AktivistInnen das oft nicht würdigen, dass der Staat, durch Zivilgesellschaft und die Rechte, [...] für die viele unserer GenossInnen Jahrzehnte lang gekämpft haben, auch ein bisschen gefesselt ist, so ein bisschen so. Dass es auch weiterhilft in aktuellen Kämpfen“ (I-01, S. 7).

Und auch I-02 von den BfB bestätigt dies:

„Und es gab auch Leserbriefe zum Beispiel, so zum Thema Gewalt und Eskalation im Wald, wo Menschen einfach geschrieben haben, die ich dem bürgerlichen Milieu zuordne: Da ist ja Krawall nötig, sonst schlafen ja alle ein! Das ist genau das Thema, glaube ich“ (I-02, S. 8).

Damit kann durch die Zitate angedeutet werden, dass heutige soziale Bewegungen einen Bezug zwischen sich und den Bewegungen der 60er-, 70er- und 80er Jahren herstellen und damit indirekt auch auf einen politischen Anknüpfungspunkt auf die Partizipationsforderungen dieser hinweisen. Aufgrund der Datenlage kann dies aber nur angedeutet und nicht angenommen werden.

2.2.2 Zwischenfazit

Es wurde eine dezidierte Antwort auf die Frage *b) Wie wirkt sich die postpolitische Konfiguration auf soziale Bewegungen als Demokratisierungsakteure ‚von unten‘ aus?*

entwickelt. Die postpolitische Konfiguration, verstanden als eine hegemoniale Praxis des Konsenses, bei dem durch Systemimperative alternative Ideen unterschiedlicher Rationalitäten ‚von oben‘ ausgeschlossen werden, wirkt sich insofern auf soziale Bewegungen aus, als sich das Subjekt von sich aus, angetrieben durch die Emanzipation zweiter Ordnung, postpolitisiert und dadurch die Entstehung einer breiten sozialen Bewegung, die sich auf einen allgemeingültigen Singular – nämlich das KANT’SCHES Subjektverständnis – beruft, verhindert wird. Damit kann der ‚blinde Fleck‘ der politischen Theorie, aber auch der sozialen Ökologie als Erklärungsdefizit für das Verschwinden von breiten, gesellschaftlich getragenen sozialen (Klima-)Bewegungen durch die Emanzipation zweiter Ordnung aufgelöst werden bzw. der Blick auf diese teils paradoxe Entwicklung geschärft werden. Dies wird zusammenfassend in dieser Arbeit als der ‚postdemokratische‘ Teil des Begriffes ‚postdemokratische Ökologie‘ definiert. Er fasst den Wandel des Grundverständnisses sozialer Bewegungen von sich selbst, aber auch vom Staat auf und bezieht ihn auf die derzeitig erkennbare Simulation demokratischer Prozesse, die aber als postpolitisch zu bezeichnen sind.

2.3 Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse und die ökologische Krise im Kontext von Postpolitik

Im Folgenden soll die Unterfrage *c) Was sind gesellschaftliche Naturverhältnisse vor dem Hintergrund der ökologischen Krise?*

beantwortet werden. Anknüpfend an Tabelle 1 wird in diesem Kapitel der Naturbegriff der sozialen Ökologie entwickelt, um das Erklärungsdefizit des fehlenden Naturbegriffs innerhalb der Theorie des Politischen zu begründen. Dies geschieht durch das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse.

Tabelle 1c: Erklärungsdefizite und ihre Auflösungen (Kapitel 2.3)

Theoretisches Konzept	Erklärungsdefizit	Grund für Erklärungsdefizit	Theoretische Auflösung des Erklärungsdefizits
Politische Differenz	Fehlender Naturbegriff	Kontingenz-Prinzip	Natur-Begriff der sozialen Ökologie entwickeln

Quelle: Ausschnitt aus Tabelle 1 (S. 23) und Erweiterung vom Autor (2017).

Zunächst werden die gewonnenen Erkenntnisse aus Kapitel 2.1 dezidiert auf das Thema bzw. den Begriff der Natur diskutiert und reflektiert. In Kapitel 2.3.1 folgen eine Übersicht der Debatte um die gesellschaftlichen Naturverhältnisse und die Erörterung verschiedener Annahmen dieser Debatte. Nach dieser Einführung wird in Kapitel 2.3.2 das Konzept der Mensch-Natur-Dialektik als erweiternder Analyserahmen vorgestellt. Wie in Kapitel 2.1 folgt daraufhin eine Krisenanalyse der Mensch-Natur-Verhältnisse als zentrale Kategorie (in Kapitel 2.1: das Politische). Abschließend wird ein Zwischenfazit in Kapitel 2.3.3 gezogen.

2.3.1 Die soziale Ökologie als die Wissenschaft gesellschaftlicher Naturverhältnisse

Die soziale Ökologie ist die Wissenschaft der gesellschaftlichen Naturverhältnisse:

„Als gesellschaftliche Naturverhältnisse bezeichnen wir die dynamischen Beziehungsmuster zwischen Mensch, Gesellschaft und Natur. Sie gehen aus den kulturell spezifischen und historisch variablen Formen und Praktiken hervor, in und mit denen Individuen, Gruppen und Kulturen ihre Verhältnisse zur Natur gestalten und regulieren“ (BECKER ET AL. 2011, S. 77).

Anders als in den meisten Umweltwissenschaften wird in der sozialen Ökologie der Versuch unternommen, einen Analyserahmen zu entwerfen, der dieses Mensch-Natur-Verhältnis als eine Kategorie begreift, die in allem Sozialen vergesellschaftet und eingeschrieben ist²⁴. Als eine eigene Wissenschaft versucht die soziale Ökologie daher, die ökologische Krise nicht unter etablierte wissenschaftliche Denkmuster zu subsumieren, sondern als eine grundsätzliche Krise, als eine Krise im Sinne der oben genannten Definition, d. h. als gesamtgesellschaftliche Krise, zu verstehen, die sich durch dynamische Beziehungsmuster in alles Gesellschaftliche eingeschrieben hat. Die Verschiebung des epistemologischen Fokus ermöglicht es, „eingetretene Pfade zu verlassen“ (POFERL 2017, S. 76) und den Blick auf die ökologische Krise aus einem marxistischen krisen- und herrschaftskritischen Verständnis heraus zu verstehen. Die verbindende Leithypothese der sozialen Ökologie lautet dabei:

„Die Krise der Beziehung zwischen Gesellschaft und Natur lässt sich als so bedrohlich ausweisen, dass ohne deren theoretische Fassung gesellschaftliche Veränderung und natürliche Strukturen und Prozesse nicht mehr angemessen verstanden und gestaltet werden können“ (BECKER U. JAHN 2006, S. 19).

Kritik dieser Theorie ist es, dass bei der ‚klassischen Erforschung der Umweltproblematiken‘, die seit den 1970er-Jahren aus anderen Wissenschaftsdisziplinen heraus das Thema zu erfassen suchte, immer die *selektive Integration der Ökologieproblematik* in die eigene Wissenschaftsdisziplin im Vordergrund stand, was dazu führte, dass die vorgeschlagenen gesellschaftlichen Reaktionsmuster sich an den bestehenden Diskursen orientierten. Dies mündete oft in eine pragmatische Logik der ‚ökologischen

²⁴ Ähnlich wie z. B. das Geschlechterverhältnis, Klasse oder postkoloniale Verhältnisse.

*Modernisierung*²⁵ (GÖRG 2003, S. 10), die den Umgang mit dem Problem unter ein bestehendes Reaktionsmuster (oder Reaktionslogik) subsumierte, nicht aber eine gesellschaftliche wie eine sozialwissenschaftliche Transformation bzw. die Veränderung etablierter Reaktionsmuster als Lösung ansieht: Die ökologische Modernisierung „[...] bevorzugt Marktlösungen und weiche Steuerungsansätze vor staatlicher Regulierung und propagiert den Einsatz privater Akteure bei der Lösung globaler Umweltprobleme“ (METHMANN 2011, S. 126). Es geht dabei – und das ist der Unterschied zur politischen Ökologie – nicht darum, Umweltkonflikte aus einem asymmetrischen Machtverhältnis zwischen Menschen untereinander heraus zu verstehen, sondern eben auch als Folge eines asymmetrischen Machtverhältnisses zwischen den Menschen untereinander und zwischen den Menschen und der Natur an sich zu verstehen. Im Folgenden wird zunächst die argumentative Grundlage für einen dezidierten Naturbegriff durch die soziale Ökologie im Kontext von Postpolitik gelegt.

2.3.2 Die Dialektik und die Produktion von Natur und Gesellschaft

Das theoretische Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse baut dabei auf drei Prämissen auf:

„Die Vorstellung eines unaufhebbaren Zusammenhangs von Natur und Gesellschaft, die Behauptung einer Differenz zwischen ihnen sowie die These der historischen Konstitution dieser Differenz“ (BRAND U. WISSEN 2011a, S. 15, zitiert nach JAHN U. WEHLING 1998, S. 82).

Dies bedeutet einerseits, dass Natur und Gesellschaft²⁶ zwar voneinander differenzierbar sind, gleichzeitig aber auch ein dialektisches, vermittelndes und zwingend konstitutives Verhältnis zueinander haben und sich – in welcher Form auch immer – gegenseitig bedingen. Dieses dialektische Verhältnis ist darüber hinaus historisch gewachsen. Zunächst wird im Folgenden die Beziehung als Dialektik erläutert, diese Dialektik dann in *materiell* und *symbolisch* differenziert, daraufhin der Begriff *Natur* näher erläutert und in Kapitel 2.3.3 die historisch-spezifische Konstitution dieser Differenz im Postfordismus beschrieben.

(1) Beziehung als Zentralreferenz. Gesellschaft und Natur sind in der theoretischen Gesellschaftsauffassung der *Dialektik der Aufklärung* nicht getrennt voneinander zu betrachten und konstituieren sich nicht durch ihre Abgrenzung, sondern durch die reziproke Vermittlung. Die polaren Begriffe sind immer dialektisch miteinander verbunden, sie dienen füreinander als Bezeichnendes und Bezeichnetes (vgl. GÖRG 2003, S. 44). Der systematisch ordnende Blick der sozialen Ökologie fällt daher die „*Muster von Beziehungen*“ zwischen Gesellschaft und Natur (vgl. BECKER U. JAHN 2006, S. 25). Dabei

²⁵ Das Konzept der ökologischen Modernisierung beruht auf einer breiten wissenschaftlichen Debatte (beispielhaft: HAJER 1995; BÄCKSTRAND U. LÖVBRAND 2006; METHMANN 2011).

²⁶ In dieser Arbeit werden im Rahmen der gesellschaftlichen Naturverhältnisse die Begriffe ‚Gesellschaft‘ und ‚Kultur‘ synonym verwendet.

geht es um die Frage, „wie gesellschaftliche und natürliche Elemente, Strukturen und Prozesse durch identifizierbare Praktiken und Mechanismen miteinander verbunden werden; andererseits wird auch nach den Wechselwirkungen zwischen natürlichen und gesellschaftlichen Prozessen gefragt“ (BECKER ET AL. 2011, S. 77). Muster werden daher als eine dauerhafte Beziehung und nicht als temporäre einzelne Relationen verstanden. In der sozialen Ökologie ist diese Beziehung konstitutiv, d. h., es gibt kein ‚Zwischen‘ der Natur und der Gesellschaft²⁷. Daher werden Mensch und Natur in einer logisch-analytischen Operation unterschieden und in einer implizierten Operation wieder verbunden. Die Differenz dient damit zur Beschreibung der Voraussetzung der Relation und die Relation dient der Beschreibung der Differenzierung (vgl. EBD., S. 88). In diesem Sinne ist die Beziehung als Wissensobjekt auch die Überwindung des Dualismus zwischen Soziozentrismus/Kulturalismus und Naturalismus (vgl. KÖHLER U. WISSEN 2010, S. 218; BECKER ET AL. 2011, S. 88). Denn eine Unterscheidung ohne Verbindung bzw. Vermittlung in der Sprache der Dialektik der Aufklärung ist ein Dualismus (vgl. BECKER ET AL. 2011, S. 88). Wissenschaftsphilosophisch orientiert sich die Theorie der gesellschaftlichen Naturverhältnisse daher weder am Naturalismus noch am reinen Konstruktivismus (Sozialdeterminismus), vielmehr hat die Theorie durch eine *doppelseitige Kritik* einen eigenen Denkraum geschaffen (vgl. BECKER U. JAHN 2006, S. 23): die Einheit von Konstruktivismus und Materialismus, wobei Adorno von einem „*erneuerten Materialismus*“ spricht (GÖRG 2003, S. 45)²⁸. Die Unterscheidbarkeit zwischen Gesellschaft und Natur ist keine historisch-ontologische Prämisse, sondern eine historisch-epistemologische Kategorie in der sozialen Ökologie (vgl. BECKER ET AL. 2011, S. 89; GOTTSCHLICH U. MÖLDERS 2017b, S. 26). Mit anderen Worten: Jede Gesellschaft bildet ihre eigenen kontingenten gesellschaftlichen Naturverhältnisse aus, die immer wieder formbar sind. Die Reproduktion dieser Verhältnisse findet in allen Teilbereichen der Gesellschaft statt (vgl. BRAND U. WISSEN 2011a, S. 15). Wichtig für diese Arbeit ist daher: Die Art der gesellschaftlichen Naturverhältnisse ist kontingent, doch dass es ein Verhältnis gibt, muss als eine Notwendigkeit betrachtet werden.

(2) Materiell-stoffliche und symbolisch-diskursive Beziehungsdimensionen. Die oben genannte Beziehung zwischen Natur und Gesellschaft kann in zwei Dimensionen differenziert werden: zunächst als *Begriffsverhältnisse*, also als eine symbolisch-diskursive, sozial-konstruktivistische Interpretation, und als *Wirklichkeitsverhältnisse*, angelehnt an Marx' Produktionsverhältnisse, also als Relation in einer raum-zeitlichen Wirklichkeit (vgl. BECKER ET AL. 2011, S. 90). Die Wirklichkeitsverhältnisse

²⁷ In diesem Sinne wird auch LATOUR's Mensch-Hybrid-Konzept von den TheoretikerInnen der sozialen Ökologie abgelehnt (s. u.).

²⁸ Dieser besagt, dass der hier benutzte erneuerte Materialismus in diesem Sinne kein ontologisches Primat der Natur behauptet, die Natur also eben nicht etwas Unberührtes, Nicht-Vergesellschaftetes, den Konstruktionen der Gesellschaft Vorausliegendes ist, vielmehr entsteht Materialität durch die zweite Reflexion, also die Kritik von Konstruktionsprozessen, durch die Dekonstruktion des Anderen durch das Subjekt. Und eben in dieser Dekonstruktion findet ein vermittelnder Prozess statt: „Der Reflexion auf das Subjekt und seine Momente an Objektivität wird auch ein Anderes der subjektiven Konstruktion erreichbar“ (GÖRG 2003, S. 48).

verweisen auf die physisch-materielle Beziehung zwischen Mensch und Natur, denn ohne sich die Natur anzueignen, kann der Mensch seine Bedürfnisse nicht befriedigen und nicht überleben (vgl. KÖHLER U. WISSEN 2010, S. 221). Diese beiden Dimensionen gehen auf das oben genannte dialektische Verhältnis zurück, greifen dieses auf und gewähren die Möglichkeit, auch hier zu unterscheiden und zu verbinden. So lässt sich z. B. der Klimawandel als physisch-materielles Phänomen beschreiben, das aufgrund eines beherrschenden gesellschaftlichen Naturverhältnisses symbolisch benutzt wird, um bestimmte Technologieinnovationen oder *policy*-Entscheidungen zu rechtfertigen. Der Klimawandel besteht aus materiell und symbolisch differenzierbaren Prozessen, die aber nur in Verbindung zueinander betrachtet werden können. Daher ist Natur immer als symbolisch-diskursiv, aber auch als materiell vergesellschaftet zu verstehen (vgl. GOTTSCHLICH U. MÖLDERS 2017b, S. 21; BRAND U. WISSEN 2011a, S. 14).

(3) Nichtidentität der Natur, Naturaneignung und Naturbeherrschung. Wie in Kapitel 1.3 bereits als theoretische Annahme beschrieben, besitzt in der sozialen Ökologie die Natur einen nichtidentischen Moment, der dem Menschen reflexive Erfahrungen über die Realität durch seine Widerstände zeigen kann. Und genau diese dauerhaften Widerstände und Erfahrungen des Nichtidentischen sind auch Teil des Objektes des Wissens, als die zu erforschenden „Muster von Beziehungen“ zwischen Gesellschaft und Natur (vgl. BECKER U. JAHN 2006, S. 25). Doch mit dem Prozess der Aneignung und Transformation verformt sich nicht nur die Natur, vielmehr verändern sich mit diesen Prozessen auch die gesellschaftlichen Strukturen, Praktiken und Institutionen:

„Dieser reziproke Transformationsprozess ist stets mit polit-ökonomischen Strukturen, technologischen Entwicklungen und Wissensasymmetrien verbunden. Über die (ungleiche) Verteilung von Nutzungsrechten entlang sozialer Kategorien wie Geschlecht, Ethnizität, *race* und Klasse/Kaste schreiben sich gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse in Natur ein. Gleichzeitig sind die Transformation, Aneignung und Kontrolle von Natur ihrerseits konstitutiv für Herrschaft“ (DIETZ U. ENGELS 2014, S. 79, zitiert nach WISSEN 2008, 74).

Natur kann daher nicht als etwas aufgefasst werden, an das sich die Menschen durch technische Innovationen und Beherrschung einfach anpassen können. Unterschieden werden muss im Falle der gesellschaftlichen Aneignungsprozesse zwischen *Naturaneignung* und *Naturbeherrschung*. Die Naturaneignung ist im engeren Sinne eine spezifische Form der Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse und ihrer institutionellen Einbettung in die Gesellschaft. Damit bindet sich diese Definition weder direkt an kapitalistische Verhältnisse noch an andere konkrete Gesellschaftsformen, vielmehr geht es bei dieser Definition darum, „gesellschaftliche Formbestimmtheiten in der Gestaltung der Naturverhältnisse“ (GÖRG 2003, S. 43; vgl. auch WISSEN 2008, S. 85) ersichtlich zu machen. Ein möglichst freiheitlicher Gestaltungsspielraum in der Form der Naturaneignung besteht dann, wenn die

scheinbaren Sachzwänge und vermeintlich unabweisbaren Notwendigkeiten einer spezifischen Form der Naturaneignung sichtbar gemacht werden und damit als historisch inkontingent und als ein Machtmittel zur Etablierung bestimmter Herrschaftsverhältnisse umgedeutet werden. Daher ist der Maßstab für gesellschaftliche Freiheit „nicht die Verfügbarkeit materiell-stofflicher Ressourcen, sondern die Nicht-Festlegung: Sich keinen Alternativen beugen zu müssen“ (GÖRG 2003, S. 43). Gerade dieser Gestaltungsspielraum spielt eine große Rolle in der Regulation der Naturverhältnisse, da sich neue Formen der Naturaneignung nicht autonom entwickeln können, wenn sie von Beginn an mit bestimmten (ökonomischen) Interessen verbunden sind, die durch die jetzige patriarchalische und kapitalistische Form der Herrschaft vermittelt sind. Alternativen lassen sich daher als „Möglichkeiten einer qualitativ verschiedenen Rationalität“ innerhalb eines bestehenden Gesellschaftsmusters beschreiben (vgl. EBD., S. 57). Naturbeherrschung hingegen beschreibt eine spezifische Regulation der Naturverhältnisse: die der Verleugnung von Naturabhängigkeiten und der vollständigen Kontrollierbarkeit von Natur. Dies bezieht sich nicht nur auf die technisch-praktische Verfügung über Natur (materielle Ebene), sondern auch auf die rein konstruktivistische begriffliche Konstitution der Natur, und hat in dem Sinne auch immer einen sprachlich-symbolischen Charakter. Natur kann in dieser Logik durch Technik und Arbeit überwunden werden (vgl. DEMIROVIC 2012, S. 65). Die Naturbeherrschung ist daher eine spezifische Einrichtung der Gesellschaft, die eben keine alternative Aneignungsform zulässt, da sie im Sinne ADORNOS die ‚totale Herrschaft‘ über die Natur anstrebt:

„Angetrieben wird die Negation der Nicht-Identität der Natur aber durch ihren gesellschaftlichen Zweck, die Verwertung der Natur unter kapitalistischen Bedingungen, die all das an qualitativen Eigenschaften der Natur tendenziell negiert, was einer solchen Verwertung entgegensteht. In der Kritik der Naturbeherrschung ist die Emanzipation des Menschen unentrinnbar mit der Anerkennung der Nichtidentität der Natur verbunden“ (GÖRG 2008, S. 478f.).

Die Abgrenzung zur Natur und somit der Gedanke der totalen Naturbeherrschung im kapitalistischen System wird erst möglich durch die soziale Herrschaft einiger über andere (die Beherrschten – i. e. S. ArbeiterInnen), die in Form ihrer Arbeit den Stoffwechsel mit der Natur sicherstellen und es den Einigen ermöglichen, die Natur aus der Distanz zu betrachten, da sie sich um den Akt der Naturaneignung an sich nicht mehr kümmern müssen. Dennoch – so die Kritik – bleibt es dabei bei einer konstitutiven Vermittlung zwischen Gesellschaft und Natur:

„Erst die soziale Herrschaft ermöglicht mit der Distanz zur Natur die Ideologie ihrer vollständigen Beherrschbarkeit der Natur als Abstraktion von allen besonderen Qualitäten. Und so, wie das Naturverhältnis damit selbst in spezifischer Weise durch soziale Herrschaftsbeziehungen geprägt wird, ist die soziale Herrschaft, obwohl ihrerseits eine Voraussetzung des naturbeherrschenden Denkens, selbst durch das Naturverhältnis vermittelt“ (GÖRG 2003, S. 36).

In diesem Sinne lassen sich die Naturbeherrschung und die soziale Herrschaft immer nur in Relation zwischen Natur, Gesellschaft und Subjekt erkennen. Diese Relation, dieses Verhältnis, bildet daher einen vermittelnden, einen konstitutiven Moment zueinander. Es kann daher nie eine totale Herrschaft über eines dieser drei Elemente geben, denn jedes Element hat eine eigenständige Realität mit eigenen Gesetzen, welche sich durch geschichtliche Brüche und Konflikte bemerkbar machen. Eine emanzipatorische Gesellschaft kann daher weder durch die Befreiung von sozialer Herrschaft auf Kosten der Natur erfolgen noch andersherum kann das Ende der Naturbeherrschung auf Kosten des Subjekts oder der gesellschaftlichen Herrschaft erreicht werden (vgl. EBD., S. 55).

2.3.3 Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse in der Krise

Grundlegend für die theoretische Perspektive der Naturverhältnisse ist die Annahme, dass sich die gesellschaftlichen Naturverhältnisse in einem krisenhaften Verhältnis befinden und die derzeitigen gesellschaftlichen Veränderungen als eine postfordistische Phase kapitalistischer Entwicklung verstanden werden können (vgl. GOTTSCHLICH U. MÖLDERS 2017b, S. 21)²⁹. Die ökologische Krise, die sich aus dieser „tiefgreifende[n] Störung“ (BECKER U. JAHN 2006, S. 58) zwischen Gesellschaft und Natur ergibt, wird in der sozialen Ökologie daher als eine breite sozial-ökologische, multiple Krise verstanden, die ihren Ausgang in der fossilistisch-kapitalistischen Produktions- und Lebensweise in Form von Naturausbeutung genommen hat und über die postfordistische Inwertsetzung der Natur immer tiefer in die Ökologie eindringt. Basierte im fossilen Zeitalter das Akkumulationsregime auf der Ausbeutung der Natur, sind es im Postfordismus der Schutz und der Erhalt der Natur, die Voraussetzung für die kapitalistische Inwertsetzung von Natur sind (vgl. BRAND 2011, S. 24; WISSEN 2011). Die ökologische Krise, ausgelöst durch die unerwünschten Nebenfolgen fordistischer Naturbeherrschung, wird durch das Streben nach noch mehr Naturbeherrschung zu lösen versucht – und dadurch intensiviert (vgl. WISSEN 2011, S. 231; BECKER U. JAHN 2006, S. 70; vgl. auch BLÜHDORN 2013a; CELIKATES 2010, S. 295). Die Umweltproblematik bzw. das gesellschaftliche Verhältnis zur Natur wird unter die Logiken des Postfordismus gestellt und damit anderen gesellschaftlichen Zielsetzungen untergeordnet – und ist nicht Ziel einer grundlegenden Transformation (vgl. GÖRG 2003; BLÜHDORN 2013a; KÖHLER U. WISSEN 2010). Unter dieser Annahme kann z. B. auch die moderne Aneignung der Natur durch Bio- und Gentechnologien eingeordnet werden, die vor allem die Kommerzialisierung und Inwertsetzung der Natur im Fokus hat und daher exklusiv für einige gesellschaftliche Gruppen ist und einer ökologisch und sozial gerechten Transformation entgegensteht:

²⁹ Vgl. aus einer reinen marxistischen Perspektive ausführlich: MOORE 2016.

„Die Tendenz zur Integration der Ökologieproblematik ist somit nicht nur selektiv, sondern sogar hochgradig widersprüchlich – und in diesen Widersprüchen ist der gesellschaftliche Grund für die fortdauernde Krisenhaftigkeit der Naturverhältnisse angelegt“ (GÖRG 2003, S. 14).

Im Kontext des Klimawandels lässt sich diese Annahme beispielhaft zeigen. Denn gerade hier greift das dialektische Naturverständnis der gesellschaftlichen Naturverhältnisse: „Im Bestreben, sich durch ihre vollständige Kontrolle von der Natur unabhängig zu machen, haben sie sich nur umso tiefer in neue Abhängigkeit begeben, wobei sich diese Abhängigkeit mehr und mehr als Grenze ihres Entwicklungsmodells erweist“ (GÖRG 2008, S. 477; vgl. auch BECKER U. JAHN 2006, S. 58). Technisch-selektive Problemlösungen ändern in diesem Sinne nichts am Verhältnis zwischen der Gesellschaft und der Natur, vielmehr streben sie nach einer völligen Beherrschung der Natur und reproduzieren so den *Status quo*. In diesem Sinne werden Naturkonflikte und Umweltprobleme mit bewährten Instrumenten und Regularien bearbeitet: der Gründung von neuen Institutionen, dem Erlass neuer Gesetze, der Aufnahme von Prioritäten in Parteiprogramme usw. So werden die Problematiken selektiv in andere Bereiche verschoben und letztlich durch diesen Prozess *entpolitisiert*, sodass sie nicht zu einem politischen Umdenken (zu einer Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse) führen (vgl. BECKER U. JAHN 2006, S. 67f.). Und auch Alltagspraktiken, staatliche und gesellschaftliche Funktionsweisen, *policy*-Agenden und Diskurse sind noch immer stark an Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit orientiert, die sich letztlich auf eine „imperiale Lebensweise“ (BRAND U. WISSEN 2011b) auf Basis fossiler Energieträger stützen.

„Die Krise der Regulation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse ist also eine Krise der Lebensweise des globalen Nordens, die trotz ihrer Nichtverallgemeinerbarkeit im Begriff ist, sich global auszubreiten. Umweltpolitik wird dadurch gleichzeitig aufgewertet und strukturell überfordert“ (BRAND U. WISSEN 2011a, S. 25).

Dennoch gibt es die Möglichkeit, der Krise entgegenzuwirken, denn die Ökologie wird in diesem Sinne auch durch den Akt des Infragestellens, durch das Aufzeigen von Alternativen politisiert – und führt in einem gesamtgesellschaftlichen Projekt zu der Frage, welche Akteure und Interessen hör- und sichtbar im Raum des Diskurses sind:

„Die ‚Lösung‘ der ökologischen Krise wird damit zu einer Frage der demokratischen Kontrolle über Energie, genetische Ressourcen, Saatgut oder Wasser, mit anderen Worten: der Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse“ (EBD., S. 27).

Letztlich geht es also im weiten Sinne auch um die Frage, wie die Gesellschaft die ökologische, soziale Krise lösen kann und inwiefern das gesellschaftspolitische System ‚Demokratie‘ dazu beitragen kann, eine solche Lösung zu finden und eine Gestaltungsorientierung für die Befriedung der Krise zwischen Mensch und Natur zu erarbeiten (vgl. GOTTSCHLICH U. MÖLDERS 2017c, S. 32f.). Die Frage nach einer

Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse, also die Zusammenführung von Kapitel 2.1 und 2.3, wird in Kapitel 2.4 vollzogen.

2.3.4 Zwischenfazit

In Kapitel 2.3 wurde argumentativ die Grundlage für eine Antwort auf die *c) Was sind gesellschaftliche Naturverhältnisse vor dem Hintergrund der ökologischen Krise?*

gelegt. Diese Unterfrage lässt sich nun folgendermaßen beantworten: Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse sind ein dialektisches Beziehungsmuster zwischen Gesellschaft und Natur. Diese „gehen aus den kulturell spezifischen und historisch variablen Formen und Praktiken hervor, in und mit denen Individuen, Gruppen und Kulturen ihre Verhältnisse zur Natur gestalten und regulieren“ (BECKER ET AL. 2011, S. 77). Die Natur wird für die Zusammenführung und die Auflösung des oben genannten Erklärungsdefizits in dieser Arbeit daher als etwas gesellschaftlich Konstruiertes angesehen, dass sich aber durch eine durch den Menschen nicht erfassbare eigene Rationalität eines gänzlich sozialen Konstrukts entzieht. Dieser ‚nichtidentische Moment‘ eröffnet das dialektische Mensch-Natur-Verhältnis, das an sich kontingent ist, sich aber durch die kapitalistische Naturbeherrschung in eine ökologische Krise verwandelt hat. Die ökologische Krise geht daher aus der Krise des Mensch-Natur-Verhältnisses hervor und schreibt sich in alles Soziale ein.

Der Begriff ‚postdemokratische Ökologie‘ schließt im postdemokratischen Sinne an den Wandel des Selbstverständnisses des Subjekts, der sozialen Bewegungen und des Staates an und geht von einer aktuellen postdemokratischen, postpolitischen Konfiguration einer simulativen Demokratie aus. Und wie oben dargestellt worden ist, wurde das Thema Ökologie im Sinne eines hegemonialen Projektes der ökologischen Modernisierung in der Postdemokratie unter bestehende Logiken subsumiert bzw. selektiv integriert. Der Begriff der ‚postdemokratischen Ökologie‘ greift daher einerseits den genannten Wandel im sozialen Selbstverständnis auf und kombiniert ihn mit der ökologischen Modernisierung, verstanden als postfordistische Fortsetzung einer kapitalistischen Naturausbeutung, die auf einem machtvollen, fordistisch geprägten Verhältnis zwischen Mensch und Natur basiert. Der Begriff ‚postdemokratische Ökologie‘ bildet die Synthese aus den vorgestellten Thesen der politischen Differenz sowie der simulativen Demokratie und der sozialen Ökologie in Bezug auf soziale Bewegungen im Kontext einer postpolitischen Konfiguration.

2.4 Die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse ‚von unten‘ – eine theoretische Ableitung

In Kapitel 2.1 und Kapitel 2.2 wurden zwei zunächst unabhängige wissenschaftliche Debatten und Analyserahmen vorgestellt. Die eine – aus der Politikwissenschaft kommend – begründet sich über die politische Differenz, aus deren epistemologischer Neuordnung die postpolitische Konfiguration

resultiert. Sie beschreibt den aktuellen Zustand der liberalen, westlichen und demokratischen Systeme als entpolitisiert und postpolitisch. Diese Argumentationslinie greift dabei marxistische Ideen auf und stellt letztlich die These auf, dass diese postpolitische Konfiguration ein Resultat der kapitalistischen Vergesellschaftung der Sphäre der Politik ist – sich aber aus dem Politischen heraus begründen lässt. Dabei ist die gesellschaftliche Wirklichkeit diskursiv so strukturiert, dass alternative politische Ideen für eine andere Zukunft – die nicht einer kapitalistischen Logik der Politik entsprechen – keinen oder kaum Eingang in den Diskurs finden. Doch die Erweiterung des Konzepts der Postdemokratie in Form der simulativen Demokratie durch BLÜHDORN geht noch einen Schritt weiter und richtet den Blick von der Strukturebene auf die Akteursebene: In einem reziproken Prozess zwischen Systemimperativen und neuartigen Identitätsansprüchen und -konstruktionen haben sich zahlreiche Widersprüche für das Subjekt entwickelt, das durch die *Emanzipation zweiter Ordnung* eine flüchtige, flexible Identität entwickelt hat. Daher treibt sich in einem Prozess der simulativen Demokratie die ‚Entpolitisierung der Politik‘ im Sinne RANCIÈRES auf der Akteurs-, aber auch auf der Strukturebene voran. Demokratie und Partizipation werden unter dieser These nur noch simuliert, können dem Anspruch der *Emanzipation erster Ordnung* aber nicht mehr gerecht werden. Dies hat signifikante Auswirkungen auf die Demokratisierungsprozesse moderner Gesellschaften, was in Kapitel 2.4 noch näher diskutiert wird. Die andere Diskussion – aus der sozialen Ökologie kommend – begründet sich über die gesellschaftlichen Verhältnisse, mithilfe derer nicht nur die dialektische Beziehung zwischen Natur, Subjekt und Gesellschaft erklärt werden kann, vielmehr beschreibt dieses Verhältnis auch eine ökologische Konfiguration, die sich vor allem durch eine beherrschende postfordistische Form der Naturaneignung ausdrückt und die gesellschaftliche Wirklichkeit so strukturiert, dass alternative Formen der Naturaneignung, die dem kapitalistischen Primat widersprechen, keinen oder kaum Eingang in den Diskurs finden. Die Natur besitzt in der Auffassung der sozialen Ökologie einen nichtidentischen Charakter, der sich der vollkommenen Erkenntnis des Menschen entzieht. Beide Theoriestränge schlagen eine Demokratisierung zur Lösung dieser grundsätzlich krisenhaften Beziehung zwischen der Politik und dem Politischen einerseits und zwischen Natur und Gesellschaft andererseits vor – die Theorie der politischen Differenz mittels des politischen Akts als Einforderung der Gleichheit aller und die soziale Ökologie mittels der Kritik, der Kontestation und des Widerstands bzw. Aufzeigens anderer möglicher Naturverhältnisse. Eine Überlagerung und eine Verflechtung der Diskurse lassen sich daher schon grob erkennen: Das unangefochtene Primat der kapitalistischen Naturbeherrschung und die postpolitische Konfiguration der Demokratie in der Postmoderne drängen andere sozialökologische Zukunftsperspektiven aus dem Diskurs. Die Struktur des aktuellen *Mainstream*-Diskurses im Sinne des Diskurses über Nachhaltigkeit und *green growth* und der Frage darüber, wie die Gesellschaft mit der Natur umgehen will, ist letztlich als postpolitisch zu bezeichnen

und führt daher zu Spannungen innerhalb der Sphäre der Politik, wie GOTTSCHLICH und HACKFORT es beschreiben:

„Die Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse vollzieht sich derzeit in einem Spannungsfeld aus Entpolitisierungs- und Politisierungsprozessen, aus Postdemokratie und Gegendemokratie“ (GOTTSCHLICH U. HACKFORT 2016, S. 314).

Durch diese Krisendiagnosen und den oftmals grundlegenden gesellschaftskritischen Anspruch innerhalb dieser beiden Forschungsrichtungen liegt es nahe, die Perspektive der politischen Differenz als Demokratietheorie mit dem Analyserahmen der gesellschaftlichen Naturverhältnisse zu verflechten. Diese Verflechtung kann die wissenschaftliche Lücke überwinden und erforschen, welche gesellschaftlichen Strategien, demokratischen Instrumente und politischen Akteure es braucht, um den Übergang von einer fossilen, postfordistischen Ökonomie hin zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu vollziehen. Es geht daher im Folgenden vor allem um die Frage, welche Rolle dem Individuum und den sozialen Bewegungen bei der Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse zukommt. Dabei soll auch diskutiert werden, ob diesen beiden Akteuren (individuell und kollektiv) in einer postpolitischen Konfiguration der Politik überhaupt eine Rolle zukommen kann.

Im Folgenden soll die Unterfrage *d) Wie können gesellschaftliche Naturverhältnisse ‚von unten‘ demokratisiert werden?*

diskutiert und beantwortet werden. Einher geht die Beantwortung der Frage mit der Auflösung der in Kapitel 1.1 erarbeiteten Erklärungsdefizite beider Theorien:

Tabelle 1d: Erklärungsdefizite und ihre Auflösungen (Kapitel 2.4)

Theoretisches Konzept	Erklärungsdefizit/ Problemfeststellung	Grund für Erklärungsdefizit	Theoretische Auflösung des Erklärungsdefizits
Politische Differenz	(2e) Heterogene soziale Bewegungen angemessen zu differenzieren	Unklare Begriffsgrenze zwischen dem Politischen und der Postpolitik; keine Essentialisierung möglich	Kategorie des Mensch-Natur-Verhältnisses als Analysekategorie hinzufügen
Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse	(2f) Unklarer Begriff der Demokratisierung	Entwicklung des Begriffs der Demokratisierung aus der sozialen Ökologie heraus	Entwicklung eines Demokratisierungsbegriffs, der den Analysekategorien des Politischen und der sozialen Ökologie entspricht

Quelle: Ausschnitt aus Tabelle 1 (S. 23) und Erweiterung vom Autor (2017).

Das Hinzufügen einer Kategorie des Mensch-Natur-Verhältnisses als Analysekategorie beugt einer unklaren Begriffsgrenze vor und vermag es, die Themen Gesellschaft und Natur in der Theorie des Politischen angemessen zu differenzieren. Denn der ausschließliche herrschafts- und machtkritische Analyserahmen, der auf die Strukturkräfte des Kapitalismus ausgerichtet ist, verdeckt eine fundamentale Entwicklung: „Um die Chancen progressiver Alternativen aber konkret einzuschätzen und die vielfältigen Ausprägungen der strukturellen Widersprüche sichtbar zu machen, bedarf es weiterer, intermediärer Kategorien, die zwischen der Struktur- und der Akteursebene vermitteln“ (DIETZ U. WISSEN 2009, S. 362). Dies soll hier über die Kategorie des Mensch-Natur-Verhältnisses als Analysekategorie geschehen. Implizit wird daher auch ein Demokratisierungsbegriff entwickelt, der der Kategorie des Politischen und des Mensch-Natur-Verhältnisses entspricht. Dazu wird zunächst in Kapitel 2.4.1 geprüft, welche Konvergenzen und Divergenzen bei einem Zusammendenken entstehen. Aufbauend auf dieser Ausarbeitung findet dann eine theoretische Ableitung in Kapitel 2.4.2 statt, um die in dem oben gezeigten Auszug aus der Tabelle 1 dargestellten Erklärungsdefizite und ihre Lösungen vorzustellen.

2.4.1 Momente der Konvergenz und der Divergenz in der Diskussion

Während die Theorie der politischen Differenz, wie in Kapitel 2.1 beschrieben worden ist, an postmarxistische und poststrukturalistische Zugänge anschließt und dabei vor allem eine ontologische Differenz untersucht (vgl. BEDORF 2010), kommt die soziale Ökologie aus der kritischen Theorie, die ihren Ursprung ebenfalls teilweise im Marxismus hat, diesen aber nicht überwunden und dekonstruiert, sondern erneuert hat. Eine epistemologische und wissenschaftstheoretische Prüfung der Divergenzen und Konvergenzen würde an dieser Stelle das Thema verfehlen, da es an dieser Stelle um ein dezidiertes Auflösen spezifischer Erklärungsdefizite geht. Dennoch ist anzumerken, dass für eine fundierte Diskussion eine ausführliche Prüfung der Divergenzen und Konvergenzen beider Theorien nach einem methodischen Modell, wie z. B. nach HALLER (1999), BOUDON (1988) oder STRASSER (1976), vonnöten ist (vgl. PROIBL 2014). Dennoch sollen zumindest die prägnantesten Konvergenzen und Divergenzen kurz und knapp in einer Diskussion zusammengefasst werden.

(1) **Kontingenz und Notwendigkeiten.** Die Theorie der politischen Differenz ist dem *Poststrukturalismus* bzw. *Postmarxismus* zuzuordnen und überwindet den Marxismus gerade durch die Kontingenz: Während Politik für Marx und die Anhänger der kritischen Theorie und somit auch der sozialen Ökologie nur als Überbau der materiellen Basis der Gesellschaft dient, ist das Politische in der ontologischen Ebene angesiedelt und wie bereits erwähnt nicht greifbar, nicht begründbar. Es konstruiert die Realität durch seine Abwesenheit. Die Theorie der politischen Differenz ist deswegen postmarxistisch, weil sie den Klassen- und Ökonomiedeterminismus zu überwinden versucht, weil sie epistemologisch auf einer unterschiedlichen Ebene denkt, als dies die soziale Ökologie vollzieht.

Sozioökonomische Strukturen und Verhältnisse gibt es bei der Theorie des Politischen also nicht *a priori*, vielmehr existiert die Demokratie nicht aufgrund der Produktionsverhältnisse, sondern sie entsteht einzig und allein aus dem Politischen selbst heraus und ist als Resultat eines an sich unendlichen Prozesses der Selbstinstitutionierung zu verstehen (vgl. WALLAT 2010, S. 275). Keine politische Ordnung aber lässt sich aus der Selbstinstitutionierung ableiten, Demokratie ist daher nicht ein Set aus etablierten Institutionen und Verfahren, sondern als „das Politische selbst [,] als unendlicher Prozess der konfliktreichen und agonischen In-Form-Setzung der Gesellschaft als solcher“ (EBD., S. 276) zu verstehen. Damit ist die klassenlose Gesellschaft, wie Marx sie entwirft, nicht möglich und wird in dieser Form dekonstruiert, da sie auf einem einheitlichen und kollektiven Willen basiert, dem jeder Antagonismus fehlen würde. Dennoch begreifen sich die AutorInnen der politischen Theorie in der MARX'SCHEN Tradition, da sie an der Kritik des Kapitalismus und der Machtverhältnisse sowie dem emanzipatorischen Projekt einer freien Gesellschaft festhalten (vgl. EBD., S. 277). Diese Auffassung divergiert völlig mit der Auffassung der sozialen Ökologie, die sich an die kritische Theorie und den Marxismus anschließt und die Notwendigkeit eines Grundes kennt: Diese Notwendigkeit entspringt der sozialen Ökologie nach aus den Produktionsverhältnissen und damit aus der politischen Ökonomie, deren soziale Spezifik aus der *Notwendigkeit*³⁰ der Arbeit entsteht (vgl. EBD., S. 278). Dennoch: Die Form des Mensch-Natur-Verhältnisses, also die Form der Naturaneignung, ist in der sozialen Ökologie historisch und kulturell kontingent reguliert (vgl. WEIS ET AL. 2015, S. 22), d. h., das Verhältnis zwischen Mensch und Natur wird immer bestehen bleiben und ist nicht auflösbar, seine Ausprägung ist aber in diesem Sinne kontingent. Die gesellschaftliche Ausprägung des Mensch-Natur-Verhältnisses als kontingent anzusehen, gewährt aber in diesem Sinne auch wieder Raum für das Politische, denn gesellschaftliche und institutionelle Prozesse hinsichtlich ihres naturbeherrschenden Charakters infrage zu stellen, ist wiederum eine *genuin* politische Handlung. Die Existenz des Politischen als immerwährender Antagonismus verhindert das Entstehen einer totalitären Gesellschaft: „Diese Dimension behindert unserer Argumentation zufolge die vollständige Totalisierung der Gesellschaft und steht der Möglichkeit einer Gesellschaft jenseits von Spaltung und Machtkämpfen entgegen“ (MOUFFE 2014, S. 21). Für GÖRG ist es, wie bereits erwähnt, die Nichtidentität der Natur, die eine totalitäre Gesellschaft verhindert (vgl. GÖRG 2003, S. 55).

(2) **Die zwei zentralen Begriffe als Verhältnis.** Die Einführung der ontisch-ontologischen Differenz kann insofern als ein dialektisches Verhältnis verstanden werden, als dass es diese Differenz bzw. die Identität dieser Differenz nicht geben kann, ohne dass diese beiden Seiten sich gegenseitig bedingen und konstituieren. Das Politische ist in der Politik immer präsent:

³⁰ Während es in der Theorie des Politischen keine Notwendigkeiten gibt (siehe Kapitel 2.1).

„Das Moment des Politischen, indem Gesellschaft mit ihrem eigenen abwesenden Grund konfrontiert ist sowie mit der Notwendigkeit, kontingente Gründe zu instituieren, ist immer schon gekommen und hört nicht auf zu kommen. [...] Das Politische – und sei es in der kleinstmöglichen Dosierung – ist in der Tat überall. Doch dieses Überall ist ein seltsamer Ort, der niemandem jemals zu Gesicht gekommen ist“ (MARCHART 2010, S. 155).

Mit anderen Worten: Ohne Politik gibt es das Politische nicht und ohne das Politische gibt es keine Politik. Weder die Politik noch das Politische gibt es aber aufgrund des Antagonismus und seiner konstituierenden Existenz „in aller Reinheit“ (EBD., S. 156). Elementar bleiben daher immer die konflikthafte Struktur des Politischen und die Anerkennung dieser Struktur (vgl. CELIKATES 2010, S. 276). In diesem Sinne lässt sich eine Konvergenz beider Theorien erkennen, wie CELIKATES an anderer Stelle bemerkt:

„Die Dialektik von konstituierender und konstituierter Macht kann auf diese Weise als Grundlage sowohl des politischen Antagonismus auf der Ebene des Politischen als auch der Konflikthaftigkeit von Politik als mehr oder weniger institutionalisierter kollektiver Praxis verstanden werden“ (EBD., S. 277).

Oder mit anderen Worten: Die Politik wird im Konflikt mit dem Politischen und andersherum immer wieder neu konstituiert – diese antagonistische Relation kann nicht aufgelöst, sondern nur vermittelt werden (vgl. EBD., S. 292). Ganz ähnlich ist das dialektische Verhältnis von Mensch und Natur in der sozialen Ökologie zu verstehen, das bereits dezidiert in Kapitel 2.3.2 behandelt wurde. Dabei wird entweder das Verhältnis unter den Menschen (politische Differenz) oder das Verhältnis zwischen Menschen und Natur (soziale Ökologie) untersucht. Während das dialektische Verhältnis in der sozialen Ökologie zwischen Natur und Gesellschaft konstitutiv ist – da aus der kritischen Theorie kommend –, wird dies von den AutorInnen der politischen Differenz nicht explizit erwähnt, wobei eine Dialektik zwischen dem Politischen und der Politik vermutet werden kann, da beide füreinander eine beschreibende Funktion und einen vermittelnden Charakter haben. Dennoch ergibt sich bei diesem Zusammendenken m. E. auch folgendes Problem: In der kritischen Theorie dient die Dialektik zur Überwindung des Dualismus zwischen einem reinen Sozialkonstruktivismus und einem reinen Naturalismus, während er in der politischen Differenz innerhalb eines reinen Sozialkonstruktivismus verharrt und eine dialektische Überwindung durch die klare Unterscheidung nicht vollzogen werden kann (vgl. MOUFFE 2014, S. 199). Daher ist zwar die Qualität dieser Beziehung ähnlich, denn sie ist im Postfordismus eine krisenhafte und konfliktreiche Beziehung, wird aber epistemologisch unterschiedlich begründet. Die Qualität gestaltet sich in der Form aus, dass die Verbindung zwischen der Politik und dem Politischen niemals getrennt werden kann, ebenso wie es niemals eine gänzliche Identifizierung zwischen diesen beiden Polen geben wird (vgl. MARCHART 2016, S. 65). Ähnlich verhalten sich die Natur und die Gesellschaft in der sozialen Ökologie, wie in Kapitel 2.3.2 festgestellt worden ist:

Der Versuch, die Verbindung zu kappen bzw. Natur und Gesellschaft gleichzusetzen, wird nicht umsetzbar sein.

(3) Das Verhältnis in der Krise. Wie dargestellt wurde, haben in den letzten Jahren beide Disziplinen für sich eine Krise diagnostiziert, in der politikwissenschaftlichen Debatte ist es die „Krise des Politischen“ (BECKER 2006), die Diagnose einer „postpolitischen Konfiguration“ (SWYNGEDOUW 2011) der „Postdemokratie“ (CROUCH 2015) und der „simulativen Demokratie“ (BLÜHDORN 2013a). In der sozial-ökologischen Debatte ist es die „Krise der Natur“ (SWYNGEDOUW 2009) oder auch die „Krise der Ökologie“ (BECKER 2006) bzw. „eine Krise des Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Natur“ (GÖRG 2003). In Kapitel 2.1.4 wurde die Diagnose der Krise der Politik erarbeitet, in Kapitel 2.3.3 wurde die Diagnose der Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse erarbeitet – beide gehen also in der derzeitigen postfordistischen Phase des Kapitalismus von einem krisenhaften Verhältnis aufgrund ebenjener Phase aus. Somit eint die beiden Theorien zumindest die Definition als „Krisenwissenschaft“ (GOTTSCHLICH u. MÖLDERS 2017b, S. 21).

(4) Unterschiedliches Wissensobjekt. Die soziale Ökologie untersucht *Muster von Beziehungen* zwischen Individuum, Gesellschaft und Natur. Diese Muster werden die als eine kontingente, durch soziale Auseinandersetzungen hegemonial konstituierte Beziehung von materiellen und kulturellen (kognitiven, normativen und symbolischen) Aspekten begreifbar gemacht. Das Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft wird in der sozialen Ökologie immer als ein politisches und damit auch als ein hegemoniales verstanden. Damit ist die Kontrolle der Naturverhältnisse auch ein wichtiges Medium sozialer Herrschaft (vgl. Kapitel 2.3.3). Die Theorie der politischen Differenz beruht auf der ontologischen Einteilung der Welt in das Politische und die Politik auf Basis einer Gleichheitsaxiomatik. Das Wissensobjekt ist daher *die Konfiguration der Gleichheit*, analysiert aber auch eine Beziehung: die zwischen der Politik und dem Politischen als eine antagonistische, konflikthafte Beziehung, die aber insofern kontingent ist, als sich aus diesem Antagonismus keine notwendige Politik ableiten lässt (vgl. BEDORF 2010, S. 23).

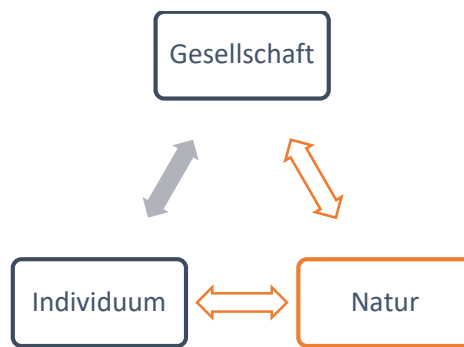
2.4.2 Theoretische Ableitungen aus den Konvergenzen und Divergenzen

Im Folgenden werden die in Kapitel 2.4.1 diskutierten Divergenzen und Konvergenzen sowie die Annahmen aus Kapitel 2.1 und Kapitel 2.2 zusammengeführt. Dazu wird zunächst die politische Differenz gemeinsam mit der ‚Nichtidentität der Natur‘ gedacht, daraufhin die Krise einer ökologischen Politik diskutiert, um letztlich die Ableitung des Begriffs der ‚Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse‘ zu erarbeiten.

2.4.2.1 Die politische Differenz und die Nichtidentität der Natur

Wie erarbeitet wurde, ist in der Theorie des Politischen nach RANCIÈRE die Gleichheit aller im politischen Diskurs das normative Ziel, während nach MOUFFE das normative Ziel im Erhalt und der demokratischen Kanalisation des Antagonismus besteht. Um dies gemeinsam zu denken, wird hier die These angenommen, dass in der sozialen Ökologie das Axiom, also der Grundsatz dieser Theorie, die Überwindung eines ungleichen, beherrschenden Mensch-Natur-Verhältnisses ist. Denn die Kritik ist, wie dargestellt wurde, die Form einer auf Ungleichheit basierenden Naturaneignung. Dementsprechend besteht der analytisch-deskriptive Teil beider Theorien im Sichtbarmachen von Ungleichheit, im Aufdecken struktureller und individueller Handlungen sowie Prozesse und Diskurse, die die Gleichheit unter den Menschen und zwischen Mensch und Natur verhindern und unterbinden. Im Falle der Theorie der politischen Differenz und der vorgestellten Aspekte von BLÜHDORN ist es die Postdemokratie bzw. die simulative Demokratie, die eine Politik der Ungleichheit (RANCIÈRE) bzw. eine Marginalisierungspolitik (vgl. BLÜHDORN 2013a, S. 203) konstituiert. Bei GÖRG ist es die Differenzierung zwischen Naturaneignung und Naturbeherrschung, die ebendieses Verhältnis von Ungleichheit aufgreift: Solange westliche Gesellschaften aufgrund eines vergesellschafteten Kapitalismus die Naturbeherrschung als ihre Regulation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und als ungleiche Form der Naturaneignung wählen, wird es auch Ungleichheit unter den Menschen geben (vgl. Kapitel 2.3). Und solange das politische System auf der Ungleichheit der Menschen untereinander beruht, wird es eine Form der Naturaneignung geben, die auf dieser Ungleichheit aufbaut und sich in einem beherrschenden Umgang mit der Natur ausdrückt. In diesen wechselseitigen Transformationsprozessen werden stets die sozialen Ungleichheiten eingeschrieben und gleichzeitig konstituiert – daher ist die Herrschaft über die Natur auch immer die Herrschaft über andere Menschen und andersherum. Im übertragenen und an dieser Stelle von mir abgeleiteten Sinne erweitert GÖRG die Idee der politischen Differenz und der Ungleichheit zwischen Gesellschaft und Individuum (in Abbildung 1: grau) um den Aspekt der Natur (in Abbildung 1: orange). Die Beziehung ist bei einer postpolitischen Konfiguration (grauer Teil) bzw. im Falle der Naturbeherrschung (oranger Teil) immer als asymmetrisch zu verstehen.

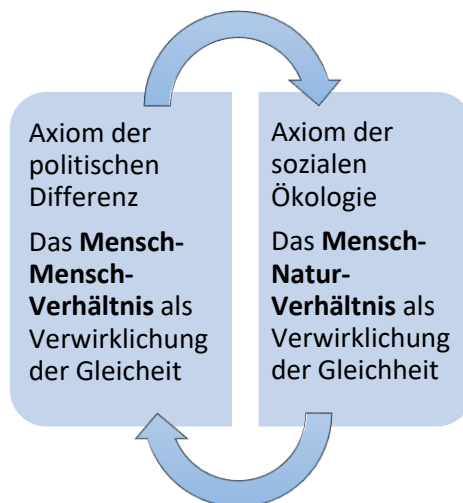
Abbildung 1: Die Beziehungen zwischen Gesellschaft, Individuum und Natur



Quelle: Eigene Darstellung (2017)

Beiden Theorien liegt daher ein Kontingenzkonzept zugrunde: dass alle politischen Ordnungen, aber auch alle sozialen Formen der Naturaneignung konstruiert sind und ‚keiner natürlichen‘ Ordnung entsprechen³¹. Daher sind auch systemische Zwänge und ungleiche Beziehungen als solche aufzudecken und zu kritisieren. Die Theorie der politischen Differenz sieht den Akt der Artikulation schon als eine Handlung im Sinne des Politischen, im Falle der sozialen Ökologie ist es der Akt des Infragestellens bzw. des praktischen Veränderens³² von Mensch-Natur-Beziehungen, der eine Handlung wider die Naturbeherrschung ist.

Abbildung 2: Der unmittelbare Zusammenhang der Gleichheitsaxiome



Quelle: Eigene Darstellung (2017)

Abbildung 2 macht diesen unmittelbaren Zusammenhang deutlich: Werden die Axiome als zusammenhängend, als das zentrale Dispositiv gesellschaftlicher und politischer Diskurse gedacht, so geht die Ungleichheit unter den Menschen immer mit der Ungleichheit zwischen den Menschen und

³¹ Wie bereits diskutiert wurde, trifft das Kontingenz-Prinzip nur bedingt auf die soziale Ökologie zu (vgl. Kapitel 2.4.1).

³² Im Sinne einer neuen Form der Naturaneignung.

der Natur einher. Und dies lässt sich nicht auflösen, d. h., jede politische Frage muss ökologisch gedacht und jede ökologische Frage muss politisch gedacht und auf die Veränderung des Dispositivs hin analysiert werden. Eine Änderung des Gleichheitsdispositivs verändert immer sowohl die sozialen als auch die sozioökologischen Beziehungen. Doch durch das antagonistische Moment des Politischen und das nichtidentische Moment der Natur wird es eine gänzliche Gleichheit nie geben, da das Politische nie gänzlich in der Politik aufgehen kann, genauso wenig wie der Mensch eins mit der Natur werden kann: Beides entzieht sich gänzlich einer vollkommenen Kontrolle und darf daher auch nicht angestrebt werden. Denn die Vereinnahmung des Politischen durch die Politik (z. B. in einer antagonistischen Demokratie – wie auch immer sie aussehen könnte) bzw. die Vereinnahmung der Ökologie durch die Politik (theoretisch gedacht wäre das entweder die 100%ige Kontrolle über die Natur oder die gänzliche Ablösung des Menschen von der Aneignung der Natur) wird immer eine Negativ-Veränderung des Dispositivs nach sich ziehen. Denn die derzeitigen gesellschaftspolitischen Strategien zur Lösung politischer sowie ökologischer Konflikte gehen aus der Perspektive beider vorgestellter Theorien genau in die entgegengesetzte Richtung: GÖRG beschreibt die selektive Integration der Ökologieproblematik in die Wissenschaft, Politik und die institutionellen Abläufe als „ökologische Modernisierung“ (GÖRG 2003, S. 10), die BLÜHDORN im Sinne einer bestimmten Konfiguration als entpolitisierte Theorie und Praxis bezeichnet (vgl. BLÜHDORN 2013a, S. 244). Diese pragmatische Logik der ökologischen Modernisierung subsumiert den Umgang mit dem Problem unter ein bestehendes Reaktionsmuster (oder Reaktionslogik) und steht damit einer Ermöglichung der gesellschaftlichen wie auch der sozialwissenschaftlichen Transformation bzw. der Veränderung etablierter Reaktionsmuster im Wege. Wie auch in Kapitel 2.3.3 beschrieben, werden andere Naturaneignungsformen dadurch unter andere Logiken subsumiert (und in bestehende Institutionen ‚verschoben‘) und letztlich durch diesen Prozess *entpolitisiert*, sodass sie nicht zu einem politischen Umdenken führen (vgl. BECKER U. JAHN 2006, S. 67f.). Nicht anders sieht BLÜHDORN diese Problematik der selektiven Integration durch technokratisch-administrative Innovationen als eine „Beschleunigung der Modernisierung“ (BLÜHDORN 2013a, S. 105). So werden letztlich die vermeintlichen Lösungsansätze Teil eines Problems und können keine *wirkliche* Demokratisierung der Demokratie anstreben, da sie die alternativen Ideen der BürgerInnen unter die Denk- und Artikulationsformen der Herrschenden zwingen und so Diversität und Antagonismus letztlich unterdrückt werden (vgl. BLÜHDORN 2013a, S. 103, vgl. auch MOUFFE 1999). Dies beschreibt treffend die gleiche Perspektive auf das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur, aber auch auf das Verhältnis von Politik und dem Politischen, denn sowohl der Begriff der selektiven Integration als auch jener der ökologischen Modernisierung deuten den gesellschaftspolitischen Umgang im Sinne der postpolitischen Konfiguration mit der ökologischen Krise an: Während vor dem Umschwung vom fordistischen zum postfordistischen Zeitalter Umweltschutz/Nachhaltigkeit und (industrielles) Wachstum als unvereinbar galten, werden

Umweltprobleme und -krisen zunehmend als Folge ineffizienter Ressourcennutzung, mangelnden Wissens oder Missmanagements verstanden und sind im Sinne der selektiven Integration bzw. ökologischen Modernisierung auch nur mithilfe der bestehenden Logiken zu lösen: durch technische Innovationen, neue Formen von Governance und Management und marktwirtschaftliche Anreize (vgl. BLÜHDORN 2013a, S. 244; SWYNGEDOUW 2010, S. 215). Somit sind die selektive Integration und die ökologische Modernisierung als postpolitische Triebfedern zu bezeichnen, die auch das bestehende Herrschaftsverhältnis zwischen Natur und Gesellschaft nicht im Sinne der Gleichheit verbessern, sondern vielmehr ungleich vertiefen und so nicht zur Lösung der ökologischen Krise beitragen können. Der parteipolitische Konsens über bestimmte Problematiken, wie z. B. den Kohleabbau, kann an dieser Stelle illustrativ als Beispiel verwendet werden:

„Auf jeden Fall müssten die politischen Parteien, zumindest die, die sich dem Klimaschutz und der Umweltbewegung verschreiben, [...] sich eindeutiger positionieren, was den Kohleausstieg angeht und auch nicht irgendwelchen Koalitionswillen beugen. Meiner Meinung nach. Die müssten sich ein eindeutiges Profil geben, sonst haben sie ja auch bei den Wahlen keine Chance“ (I-02, S. 9).

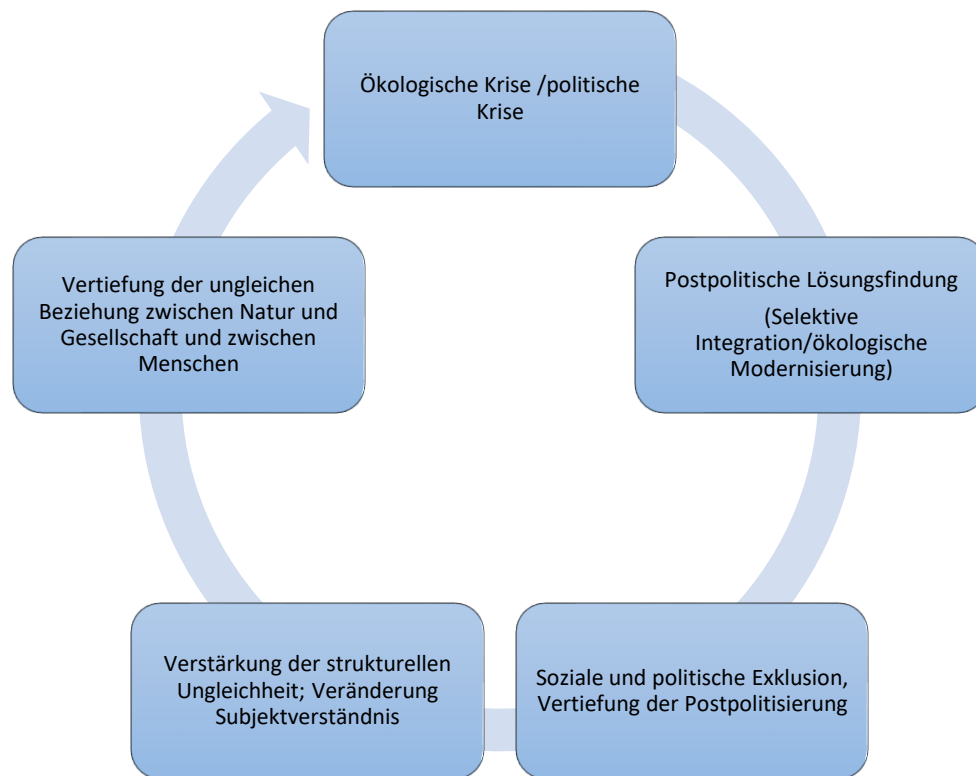
Noch drastischer wird das Bild von I-03 vom BUND NRW bestätigt:

„Letztendlich bringt das natürlich bei den Mehrheitsverhältnissen im Braunkohleausschuss überhaupt nichts. Es ist aber wichtig, weil wenn man sich diesen Klub anschaut in Köln, das sind überwiegend ältere Herren, die seit Jahren nichts anderes machen, als die Braunkohle zu ermöglichen. Das ist ja kein neutrales Gremium. Das ist eine pseudodemokratische Einrichtung, die eigentlich nur dafür da ist, Braunkohleplanung möglich zu machen“ (I-03, S. 5).

Dieses Zitat macht deutlich, dass die Ökologie völlig von den Prozessen der Politik vereinnahmt worden ist. Daher ist die Integration der Ökologieproblematik in alle Teilbereiche hochgradig widersprüchlich – sie reproduziert bestehende Logiken, baut auf der Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und des Politischen auf und löst nicht die Ungleichheiten, sondern verstärkt sie in sozialer als auch in sozioökologischer Hinsicht. VertreterInnen beider Theorien erkennen die Verstärkung der Ungleichheit durch die postpolitische bzw. sozialökologische Praxis an und decken somit die Widersprüchlichkeit der Vorhaben auf, etwas zu lösen, indem man es vermeintlich reproduziert. Eine gerechte Form der Naturaneignung kann daher nur mit einem politisch gerechten und demokratischen System einhergehen, das den antagonistischen Moment des Politischen aufgreift. Die politische Krise und die ökologische Krise hängen daher unmittelbar zusammen und können nur gemeinsam analysiert und betrachtet werden. Wird – um der postpolitischen Konfiguration und der Krise des Politischen entgegenzuwirken – die Rückkehr des Politischen gefordert, so hat das in der hier entwickelten Analyseperspektive auch Auswirkungen auf das Verhältnis zur Natur: Die in alles Soziale eingeschriebene Form der kapitalistischen Naturbeherrschung wird gezwungenermaßen ebenfalls

infrage gestellt. Die bisher vermeintliche postpolitische Lösung der ökologischen Krise über den dialogischen Konsens, über problemzentrierte Governanceprozesse als Koordinationsformen und eine technokratische und managementorientierte Umsetzung führt im Sinne SWYNGEDOUWS zu einer Postpolitisierung der Politik, die zu mehr Ungleichheit und nach GÖRG in diesem Sinne auch wieder zu einem Mehr an Naturbeherrschung führt (Abbildung 2).

Abbildung 3: Postpolitisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse



Quelle: Eigene Darstellung (2017)

Wird dieser Kreislauf andersherum gedacht und danach gefragt, wie die beherrschende Regulation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse durchbrochen werden kann, kann folglich auf den politischen Akt nach RANCIÈRE verwiesen werden. Aber auch GÖRG definiert den Durchbruch ganz ähnlich wie RANCIÈRE: Der Maßstab für die gesellschaftliche Freiheit ist „nicht die Verfügbarkeit materiell-stofflicher Ressourcen, sondern die Nicht-Festgelegtheit: Sich keinen Alternativen beugen zu müssen“ (GÖRG 2003, S. 43). Alternativen lassen sich als „Möglichkeiten einer qualitativ verschiedenen Rationalität“ innerhalb eines bestehenden Gesellschaftsmusters beschreiben (EBD., S. 57).

Nicht anders beschreibt es MOUFFE, wenn sie von dem Politischen spricht: „Jede hegemoniale Ordnung kann von kontrahegemonialen Verfahrensweisen in Frage gestellt werden [...]“ (MOUFFE 2015, S. 27). In diesem Sinne gilt bei beiden theoretischen Herangehensweisen die gleiche kategorische Maxime: das Einfordern der Gleichheit als Akt des Politischen. Die transformative Kraft der Gleichheitsaxiomatik

kann durch das Sichtbarmachen, durch das Infragestellen und das Widersprechen (auch im Sinne einer Handlung) der bestehenden Ordnung einen neuen Weg aufzeigen, wie es eine gerechte Form der Naturaneignung/des Zusammenlebens geben kann. Dabei schafft das politisierende Subjekt einen neuen Raum, nämlich den politischen Raum, der auch immer ein öffentlicher Raum ist, weil der politische Akt etwas sichtbar macht, was vorher nicht sichtbar war. Der Akt des Politischen ist daher auch immer der Akt des Aufzeigens einer neuen qualitativ anderen Rationalität, auch im Sinne von GÖRG, wie SWYNGEDOUW deutlich macht:

„Ein politischer Akt ist ein Akt, der die sozioökologischen Koordinaten und Muster neu ordnet und der ungleiche sozioökologische Beziehungen umformt, oft mit unvorhergesehenen und unvorhersehbaren Konsequenzen. Solche Interventionen signalisieren ein totalitäres Moment, eine temporäre Suspension des Demokratischen im Sinne einer angenommenen Gleichheit aller“ (SWYNGEDOUW 2009, S. 386).

Doch wie in Kapitel 2.1 und 2.2 nachgezeichnet wurde, wird der Staat zunehmend zu einem Zuarbeiter des Marktes, sodass der Bereich des politisch und demokratisch Verhandelbaren immer enger definiert wird.

Dies wird nicht zuletzt durch die Verstrickung von Staat und Kapital deutlich, die auch einen Kohleausstieg, also eine Veränderung der Form der Naturaneignung, verhindert:

„Also ein Grund ist natürlich, dass RWE gerade in NRW ein großer Player ist und eine unheimliche Lobby-Macht hat. Das ist einfach so. Viele Kommunen sind auch mit RWE verbandelt, es gibt enge Verflechtungen zwischen Politik und RWE, da die Kommunen zum Teil auch am Tropf von RWE hängen [...]. Deswegen fällt ein Umdenken einfach unheimlich schwer. Ich glaube auch, [...] RWE hat sich einfach sehr sehr gut aufgestellt und in der Politik, das sieht man ja auch, wie viele Mandatsträger sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene mit RWE verbandelt sind. Golland ist das beste Beispiel. Da fällt es dann einfach schwer, wenn die Lobbyisten da einfach ein- und ausgehen. Und in einer Person sitzen da einfach RWE-Mitarbeiter, Ausschussmitglied und MdL“ (I-02, S. 11).

Denn trotz vieler Bemühungen um soziale Inklusion und politische Teilhabe vieler werden die sozialen Unterschiede zwischen den Menschen größer, nicht kleiner, und die Zahl derer, die sich vom etablierten System nicht vertreten sehen, wird ebenfalls größer, nicht kleiner (vgl. BLÜHDORN 2013a, S. 203ff.). Dies deutet im postpolitischen Sinne auf eine immer weitere Zurückdrängung *des Politischen*, aber auch auf ein immer stärker vergesellschaftetes beherrschendes Verhältnis gegenüber der Natur, das durch den postpolitischen Konsens vorangetrieben wird und die Artikulation sozialpolitischer Utopien von vornherein ausschließt. Und so führt gerade trotz des Bewusstseins über die ökologische Krise, die dem postfordistischen Wirtschaftssystem und der beherrschenden Form der Naturaneignung inhärent ist, diese postpolitische Konfiguration dazu, die etablierten Diskurse und Strukturen „ungeachtet ihrer weithin bekannten Nicht-Nachhaltigkeit“ (EBD., S. 250) nicht infrage zu

stellen. Dabei treiben die systemrelevanten Institutionen ebenso wie die Glücksvorstellungen und Selbstverwirklichungswünsche moderner Bürger die Politik der Nichtnachhaltigkeit in einem reziproken Prozess an und definieren so das oben genannte *postdemokratische Paradoxon* (vgl. EBD., S. 251). Bei der Politik der Nichtnachhaltigkeit wird das Politische im RANCIÈR'SCHEN Sinne simuliert und der Widerspruch zwischen dem Bewusstsein über die ökologische Krise und der Verantwortung über das eigene Handeln (welches sich in modernen Konsumdemokratien nur schwer als nachhaltig definieren lassen kann) sowie den nichtnachhaltigen systemischen Imperativen wird durch die Simulation eines wirklichen Wandels überwunden³³. Bei dieser Simulation „umfassender Systemveränderungen und des radikalen Nachhaltigkeitswandels“ (EBD., S. 254) werden die Produktion und die Reproduktion von persönlichen und gesellschaftlichen Selbstbeschreibungen betrieben, denen zufolge sowohl die individuellen als auch die kollektiven Akteure

„(a) den Ernst und die Dringlichkeit der Nachhaltigkeitskrise voll erkennen und akzeptieren, (b) eine relativ klare Vorstellung davon haben, welche Gegenmaßnahmen erforderlich sind, (c) über den Willen und die Fähigkeit verfügen, diese Maßnahmen umzusetzen, und (d) den richtigen Weg bereits eigentlich eingeschlagen haben und nur noch eines relativ kleinen zusätzlichen Stimulus oder etwas zusätzlicher Unterstützung bedürfen, um ihn konsequent zu Ende gehen zu können“ (EBD.).

Diese Simulation des Politischen benennt SWYNGEDOUW als „[d]ie Ökologie [,] als das neue Opium für das Volk“ (SWYNGEDOUW 2013): Die Ökologie wird benutzt, um den *Status quo* zu erhalten. Und dies kann wiederum auf den Begriff der postdemokratischen Ökologie zurückgeführt werden: Die Politik und die Forderungen der partizipatorischen Revolution im Sinne alternativer Zukunftsentwürfe wurden ökologisiert und der Begriff Ökologie wird nun genutzt, um im postpolitischen Sinne den Status quo zu erhalten, eine Demokratisierung zu simulieren und eine Politisierung der Ökologie zu verhindern. Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse unterliegen einer postpolitischen Konfiguration bzw. sind selbst als solche zu bezeichnen und durch den unmittelbaren Zusammenhang mit der Naturaneignung selbst als Quelle von Postpolitik anzusehen. Es wird folglich „[...] der enge Zusammenhang zwischen Naturbeherrschung und gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen deutlich. Dieser besteht darin, dass letztere sich in die Naturverhältnisse einschreiben und dass, umgekehrt, die Kontrolle der Naturverhältnisse ein wichtiges Medium sozialer Herrschaft ist“ (WISSEN 2008, S. 85).

2.4.2.2 Die Krise der postdemokratischen Ökologie

Aufbauend auf diesem sozioökologischen Verständnis des Politischen kann nun die postdemokratische Ökologie als Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse *und* als Krise des Politischen verstanden werden. Sie beschreibt eine Krise, bei der die Kosten und Probleme, die durch diese Form der

³³ Z. B. bei dem Beschluss des Weltklimavertrages bei der COP21 (vgl. WEISSER U. MÜLLER-MAHN 2017).

Naturaneignung entstanden sind, im Sinne der bestehenden Logik externalisiert werden, genau wie notwendigerweise politische Fragen durch den Zwangskonsens aus dem Diskurs ausgelagert werden. Eine totale Beherrschung der Natur ist aufgrund einer Nichtidentität der Natur nicht möglich, aber im Kapitalismus wird immer eine totale Naturbeherrschung angestrebt und andere Möglichkeiten der Naturaneignung und die Nichtidentität der Natur werden negiert, ebenso wie die Existenz eines zwingenden Antagonismus des Politischen negiert wird. Mit der Erweiterung postpolitischer Annahmen kann die totale Naturbeherrschung auch in einem völlig entpolitisierten und demokratischen Sinne verstanden werden, wie BLÜHDORN beschreibt: Je mehr

„[...] [die BürgerInnen; J. B.] nicht nur ihr professionalisiertes Handeln im Bereich ihrer jeweiligen Berufstätigkeit, sondern auch ihr privates Subjektivitäts- und Identitätsverständnis vollständig an der Logik der systemzentrierten Moderne ausrichten, desto attraktiver wird es für die Politik, mehr Beteiligung zu mobilisieren. Im Idealfall könnte die Umsetzung der angeblich alternativlosen Systemimperative und der zur metaphysischen Norm erklärten Effizienz vollständig *demokratisiert* werden“ (BLÜHDORN 2013a, S. 201).

BLÜHDORN spricht hier von einer *Demokratisierung* der Systemimperative durch die Partizipation ausgewählter Gruppen in bestimmten Politikbereichen (*(good) governance*) im Sinne einer simulativen Partizipation, bei der es nur – in Anlehnung an GÖRG – um die selektive Integration geht, bei der die auserwählten Partizipierenden unter das Bestehende und den Konsenszwang subsumiert werden (vgl. EBD., S. 103). Blühdorn spricht daher von einer simulativen Demokratisierung, folglich einer Postpolitisierung der Verhältnisse. Dadurch entsteht die oben genannte reibungslose Übereinstimmung aller Funktions- und Ortszuweisungen der Körper und Diskurse, die perfekt ohne jeglichen Antagonismus bzw. der Nichtidentität der Natur aufeinander abgestimmt sind (vgl. RANCIÈRE 2008, S. 31), wie BLÜHDORN ebenfalls zu bedenken gibt: „Hier bedeutet Demokratisierung also nicht die Umverteilung politischer Macht von den etablierten Eliten an die Bürger, sondern die Befestigung des bestehenden Systems“ (Blühdorn 2013a, S. 107). Eine Befreiung der Gesellschaft (auch im Sinne der radikalen Demokratie nach RANCIÈRE und MOUFFE) kann daher weder auf Grundlage der totalen Naturbeherrschung noch einer totalen Befreiung von Natur geschehen (vgl. GÖRG 2003, S. 55). Denn im Sinne einer theoretischen Ableitung gedacht wäre die totale Naturbeherrschung, die durch den Postfordismus angetrieben wird, die vollständige Abwesenheit des Politischen nach RANCIÈRE und MOUFFE. Letztlich liegen die gewählten AutorInnen der politischen Differenz, aber auch die der sozialen Ökologie, in ihren Annahmen zur Vergesellschaftung des Kapitalismus durch eine immer prägendere Marktlogik in allen Bereichen nah beieinander: RANCIÈRE benennt die „absolute Gleichsetzung der Politik mit der Verwaltung des Kapitals“ (RANCIÈRE 2014, S. 123), BLÜHDORN die gänzliche Vereinnahmung des Subjekts durch den Markt (vgl. BLÜHDORN 2013a, S. 130) und GÖRG die Verbindung zwischen der neoliberalen Agenda und der Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (vgl. GÖRG

2010, S. 359) als die Gefahr für das Verdrängen des Politischen. Durch diese drei Prozesse hebt sich der Antagonismus zwischen der kapitalistischen politischen Ökonomie, dem liberalen Staatsverständnis und dem kantischen Subjekt im Sinne des kategorischen Imperativs auf und es scheint keine Alternative mehr zum *Status quo* zu geben. Die postpolitische Konfiguration aus Staat und Kapital sehen alle Beteiligten im Hambacher Wald:

„Aber das Problem ist, dass RWE über die Jahrzehnte auch ein dermaßenes Netzwerk aufgebaut hat in der Politik, also sei es jetzt von der Kommunal- bis hoch in die Bundespolitik, haben die überall ihre Leute sitzen und es macht das halt superschwierig, gegen diese Filz anzukämpfen“ (I-04, S. 2).

„Und ich fand immer, dass es im rheinischen Braunkohlerevier sich sehr gut sehen lässt, weil es da ja auch diese Seilschaften gibt zwischen RWE und der Polizei und den PolitikerInnen, dieses Zusammenwirkende, Staatsschutz, Kapitalismus war da sichtbarer, als es an anderer Stelle teilweise war“ (I-01, S. 3).

Und damit kann an dieser Stelle auch die postdemokratische Ökologie, die aus den dargestellten postpolitischen Forderungen in Tabelle 2 folgt, der Politik der Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse, wie sie hier entwickelt wurde, gegenübergestellt werden:

Tabelle 4: Politische Ökologie und Politik der postdemokratischen Ökologie

Politische Differenz + soziale Ökologie	Postdemokratische Ökologie
Emanzipatorische/radikale Demokratie	Simulative Demokratie
Anerkennung des Antagonismus des Politischen und der Nichtidentität der Natur	Totale Naturbeherrschung und Kontrollgesellschaft
Soziale Bewegung als Einforderung der Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse und als Hindernis und Störung für institutionelle Abläufe	Soziale Bewegungen als Ressource für die Inkorporation in bestehende institutionelle Abläufe und damit Steigerung der Effizienz
Demokratisierung als Instrument zur Entmachtung der etablierten Eliten und Überwindung der kapitalistischen Naturaneignung	Vereinnahmung demokratischer Werte und Strukturen zur Sicherung der fortgesetzten Nichtnachhaltigkeit und zur Erhaltung des <i>Status quo</i>
Freiheit und Gleichheit für autonome Subjekte/unversehrte Natur als Referenznorm	Paradoxe Ansprüche hinsichtlich Demokratie und Nachhaltigkeit nach der postdemokratischen Wende
Bürger und zivilgesellschaftliche Organisationen als Subjekte der wahren Vernunft und der wahren Werte/Bedürfnisse/Humanität, die gleichzeitig die Unversehrtheit der Natur garantieren	Allianz/Pakt verschiedenster Akteure mit gemeinsamen Interessen an simulativer Politik, die einen reibungslosen Ablauf der politischen Ordnung garantiert
Gleichheit als Zentralreferenz	Systemimperative als Zentralreferenz
Politisierung der Ökologie	Ökologisierung der Politik

Quelle: Blühdorn 2013a, S. 273; verändert und erweitert [J. B.] (2017)

Es ist aus Tabelle 4 zu erkennen, dass die Politik der Nichtnachhaltigkeit, die BLÜHDORN entwickelt, der oben definierten postdemokratischen Ökologie entspricht. Die Politik der Nichtnachhaltigkeit wird geprägt durch die Orientierung ehemals politischer Prozesse an markteffizienten Normen, die Simulation von demokratischen Prozessen und ein postpolitisches Subjektverständnis. Dabei werden die Systemimperative nicht infrage gestellt und die Politik selektiv ökologisiert, solange sie dieser Zentralreferenz entspricht. Soziale Bewegungen dienen in der postdemokratischen Ökologie als eine Ressource für die Umgestaltung von Institutionen hinsichtlich ihrer Effizienz zur Erfüllung der Zentralreferenz. Die Ökologie dient dem Erhalt des Status quo, politische Partizipation wird nur noch simuliert, um einen reibungslosen Ablauf der politischen Ordnung zu garantieren. Dem gegenüber steht die Theorie der politischen Differenz mit ihrem gleichheits- und vernunftorientierten Anspruch, wobei die Grundlage für das politische Handeln die Anerkennung eines Antagonismus bildet und die Nichtidentität zur Erfüllung des Axioms dient. Gleichheit ist dabei die axiomatische Zentralreferenz. Die Ökologie wird als eine eigene Analysekategorie behandelt und erfährt daher eine Politisierung, bei der die Gleichheit unter den Menschen sowie zwischen Mensch und Natur im Mittelpunkt steht. Wer daher die gesellschaftlichen Naturverhältnisse und das Politische in den Blick nimmt, stellt damit auch Lebensweisen, Wissensordnungen, Handlungsorientierungen, aber vor allem auch Institutionen und politische Systeme zur Disposition, in die ein bestimmtes Verhältnis der Gesellschaft zur Natur eingeschrieben ist (vgl. POFERL 2017, S. 75). Daher muss gefragt werden, welche Akteure die Möglichkeit haben, die gesellschaftlichen Naturverhältnisse zu verändern und in diesem Sinne das Politische im Rahmen einer Veränderung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse hervorzurufen und wie dies im Sinne einer Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse passieren kann.

2.4.2.3 Die Ableitung der ‚Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse‘

Wie können also der in Abbildung 1 entwickelte Kreislauf und die ökologische Krise in der postpolitischen Konfiguration durchbrochen, die Verhältnisse also rekonfiguriert und demokratisiert werden?

(1) Entwicklung einer sozialökologischen Analysekategorie aus der politischen Differenz und der sozialen Ökologie heraus. Individueller Protest und der Protest sozialer Bewegungen dienen vor allem der Infragestellung „kognitiver Deutungs- und normativer Bewertungsmuster“ (GÖRG 2003, S. 111) sowie der Öffnung dieser für Kritik und Reflexion und in diesem Sinne auch dem Aufzeigen einer Alternative durch die „Neuinterpretation organisationaler Prozesse“ (EBD., S. 113). Soziale Bewegungen entstehen nach GOTTSCHLICH vor allem dort, wo der Staat einen Mangel an legitimen

gesellschaftlichen Ausdrucks- bzw. Partizipations- und Repräsentationsmöglichkeiten aufweist (vgl. GOTTSCHLICH 2017b). Auch BLÜHDORN sieht das Potential von „grundsätzlicher, strukturelle Innovation“ (BLÜHDORN 2013a, S. 82) bei den sozialen Bewegungen, die Impulse für die Veränderung demokratischer Institutionen setzen. Der kollektive Akt der sozialen Bewegung kann daher auch als ein Erscheinen des Politischen im Sinne RANCIÈRES gewertet werden. Sie können in ihren Anfängen i. d. R. als der ‚Anteil der Anteillosen‘ benannt werden, da diese durch die Politik als solche definiert worden sind, keine legitimierte Zugänge zu den politischen Aushandlungsprozessen besitzen und dies sie dazu zwingt, den öffentlichen Raum durch ihren Protest zu politisieren. Allein durch die sicht- und hörbare Artikulation handeln die sozialen Bewegungen schon aus der Sphäre des Politischen heraus, da sie durch diese Artikulation eine Gleichheit, ein ‚Gehörtwerden‘ einfordern. Dies deckt sich mit dem Gedanken eines Aktivisten aus dem Hambacher Wald:

„Ja, es muss von der Bevölkerung ausgehen. Ich glaube, was halt zum Beispiel sehr wirkungsvoll sein kann, Druck aufzubauen und auch sichtbar zu machen, waren die Ende-Gelände-Aktionen in den letzten zwei Jahren. Wo auch mal richtig viele Leute einen Tag oder mehrere Tage alles stillgelegt haben. Und das müsste halt noch breiter werden“ (I-04, S. 5).

Wie oben bereits erwähnt, kommt sozialen Bewegungen damit die Fähigkeit zu, durch den politischen Akt im Sinne RANCIÈRES eine Demokratisierung der sozioökologischen Verhältnisse anzustreben, die auf einer Änderung des politischen Diskurses im demokratischen Sinne auf Basis der Gleichheit und in diesem Maße auch die gesellschaftlichen Naturverhältnisse beruht. Tabelle 5 zeigt die notwendigen Dimensionen für eine Definition und eine Analyse der Demokratisierung der Verhältnisse:

Tabelle 5: Demokratisierung der Mensch -Natur-Verhältnisse

Analysekategorie	Demokratisierung der Verhältnisse zwischen Menschen und Mensch und Natur
(1) Axiom	Gleichheit unter den Menschen und zwischen Mensch und Natur
(2) Handlungstheoretische Grundlage	Unterbrechung und Disposition der etablierten Ordnung; Entscheidung für eine Alternative (Alternativen als „Möglichkeiten einer qualitativ verschiedenen Rationalität“ (GÖRG 2003, S. 57), Aufbau gegenhegemonialer Praktiken (vgl. MOUFFE 2014, S. 42), Erfahrung „des Scheiterns spezifisch technisch vermittelter Muster der Aneignung der Natur“ (GÖRG 2003, S. 187)
(3) Diskursive Grundlage	Anerkennung des Antagonismus im politischen System (vgl. MOUFFE 2014, S. 42), Anerkennung der ‚Nichtidentität der Natur‘ im polit-ökonomischen System, Anerkennung einer Kontingenz der Formbestimmtheit der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (vgl. GÖRG 2003, S. 43)
(4) Soziale Bewegungen als Demokratisierungsakteur	Soziale Bewegung als Einforderung der Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse und als Hindernis und Störung für institutionelle Abläufe; Verhinderung selektiver Integration,

	Einbringen von Antagonismen, Demokratisierung als Instrument zur Entmachtung der etablierten Eliten und Überwindung der kapitalistischen Naturaneignung, des Konsenses und der Politisierung der Ökologie, Gleichheit als allgemeingültiger Singular
(5) Zukunftsperspektive	Generieren alternativer Zukunftspfade (vgl. MARCHART 2016, S. 61) durch Dissens, sozialökologische Transformation durch Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse

Quelle: Eigene Darstellung (2017)

Die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse kann nun aus der Analyseperspektive der politischen Differenz und der sozialen Ökologie heraus in eine neue Analyseperspektive transformiert werden. Die Basis für die Entwicklung der Tabelle 5 bilden die zuvor diskutierten Annahmen und Begriffe. Die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse aus dem Verständnis der politischen Differenz und der sozialen Ökologie heraus in Bezugnahme auf soziale Bewegungen als *Demokratisierungsakteur* bedarf daher folgender Analysekatoren: Die Zentralreferenz (1) bildet das Axiom der Gleichheit unter den Menschen und zwischen den Menschen und der Natur. Die Gleichheit unter den Menschen als soziale Beziehung und die Gleichheit zwischen der Natur und den Menschen als eine Form der Naturaneignung sind unmittelbar in Form *eines* Gleichheitsdispositivs miteinander verknüpft. Alle gesellschaftlichen Prozesse und Strukturen lassen sich auf dieses Axiom prüfen und analysieren. Die handlungstheoretische Grundlage (2) wird demnach als eine Unterbrechung und Disposition bestehender *gouvernementaler* Ordnungen, als eine *politische* Entscheidung für eine Alternative (verstanden als die Möglichkeiten einer qualitativ verschiedenen Rationalität), als ein Aufbau gegenhegemonialer Praktiken, die durch Institutionen geformt werden, und als das Erfahren eines Scheiterns vermittelter Muster der Aneignung der Natur, als widerständiger, nichtidentischer Moment der Natur, verstanden. Die diskursive Grundlage dieser Demokratisierung (3) baut daher darauf auf und muss den antagonistischen Charakter des Politischen, die Nichtidentität der Natur sowie die Kontingenz der politischen Ordnung und der Formbestimmtheit der Naturaneignung anerkennen. Soziale Bewegungen (4) dienen daher als Demokratisierungsakteur, denn sie fordern die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse ein, indem sie institutionelle Abläufe stören und die institutionelle, selektive Integrationsproblematik verhindern, etablierte Eliten zu entmachten versuchen und die kapitalistische Naturaneignung und den Konsens darüber überwinden wollen. Sie müssen daher gezwungenermaßen einen allgemeingültigen Singular auf Basis des Axioms entwickeln. Die Zukunftsperspektive (5) besteht daher aus dem Generieren alternativer Zukunftspfade, dem Aufbau eines Dissenses und der sozialökologischen Transformation durch die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse bedeutet zusammenfassend und verkürzt auf den Punkt gebracht: das Verhältnis zwischen den Menschen untereinander und zwischen den Menschen und der Natur gleichermaßen auf Basis des Gleichheitsaxioms zu verändern, indem sowohl der politische Antagonismus unter den Menschen als

auch das ‚Nichtidentische der Natur‘ sowie die Kontingenz der politischen Ordnung und der Form der Naturaneignung anerkannt und praktiziert werden. Aus dieser Definition können alle weiteren Analysekategorien und Essentialisierungen abgeleitet werden. Diese Definition deckt sich auch mit MOUFFES³⁴ und RANCIÈRES³⁵ Definitionen des politischen Handelns als Demokratisierung.

Beispielhaft kann an dieser Stelle ein Aktivist aus dem Hambacher Forst zitiert werden:

„Also quasi von der politischen Zielsetzung her habe ich für ein sofortiges Ende der Braunkohleverstromung gekämpft und weitergehend war es für mich auch ein antikapitalistischer Kampf, einer, der natürlich nicht sofort aus sich selbst heraus, aber längerfristig zu einer Überwindung der herrschenden Verhältnisse beitragen sollte. Realistisch betrachtet habe ich mir immer erhofft, dass wir diesen einen Tagebau, auch wenn wir ihn wahrscheinlich nicht verhindern können, so teuer machen, dass sie nicht noch einen neuen aufmachen. Das war meine realistische Vorstellung davon“ (I-01, S. 1f.).

Und er sieht in der Grenzüberschreitung, in der Durchbrechung bestehender ‚vorgegebener‘ Protestformen eine besondere Funktion:

„[...] wenn man halt nichts Aufsehenerregendes macht und friedlich protestiert und sich irgendwo hinsetzt und Gespräche führt und dann wird man durch Ignorieren plattgemacht und wenn man friedlich blockiert oder so ...“ (I-01, S. 4).

Und auch I-02 von den ‚Buirer für Buir‘ gibt an, dass eine Grenzüberschreitung manchmal vonnöten sei:

„Ja, [...] eine Baumbesetzung oder eine Gleisblockade würde ich nicht als Straftat bezeichnen. Man muss da ja sehr unterscheiden, aber ansonsten haben wir da ja mal im Rahmen der ersten Waldbesetzung eine schöne PM rausgegeben, ich glaube, da haben wir es so formuliert, dass die Geschichte eigentlich so gezeigt hat, dass man einfach manchmal Grenzen überschreiten muss und auch Gesetzesgrenzen überschreiten muss, wenn man überhaupt sozialen oder Wandel generell anstoßen will. Das ist so das, wie wir uns eigentlich verorten. Deswegen glauben wir, dass es manchmal einfach wichtig ist, auch rechtliche Grenzen zu überschreiten [...]“ (I-02, S. 9).

³⁴ „Das Kennzeichen demokratischer Politik ist die Konfrontation zwischen konkurrierenden hegemonialen Projekten, eine Konfrontation, bei der eine endgültige Versöhnung ausgeschlossen ist“ (MOUFFE 2014, S. 42). Und an anderer Stelle: „Um eine Vorstellung davon zu entwickeln, wie man politisch handeln sollte, ist der Augenblick der Entscheidung unumgänglich, und das erfordert das Ziehen von Grenzen, die Festlegung des Raumes der In- bzw. Exklusion“ (MOUFFE 2014, S. 37).

³⁵ „Was den politischen Charakter einer Handlung ausmacht, ist nicht ihr Gegenstand oder der Ort, an dem sie sich ausübt, sondern einzig ihre Form, diejenige, die die Bestätigung der Gleichheit in die Einrichtung eines Streits, einer Gemeinschaft, die nicht vor ihrer Teilung bestand, einschreiben“ (RANCIÈRE 2014, S. 43). Und an anderer Stelle: „Die Politik existiert, wenn die natürliche Ordnung der Herrschaft unterbrochen ist durch die Einrichtung eines Anteils der Anteillosen“ (RANCIÈRE 2014, S. 24).

Dieses Beispiel zeigt zumindest illustrativ, dass Klimabewegungen durchaus politische Akte als Form des Durchbrechens einer etablierten Ordnung im Sinne der Gesetze befürworten und auch den Sinn des gesellschaftlichen Wandels dahinter reflektieren.

Eine Aktivistin aus der Bürger-Initiative ‚Buirer für Buir‘ macht deutlich, dass sie durchaus auch im Rahmen von Konfliktlösungsgesprächen für den Hambacher Wald für antagonistische Positionen zu haben wäre:

„Also ... wichtig wäre, dass irgendwann dieser inoffizielle Charakter dieser Gespräche aufgehoben wird, und mir persönlich wäre es nicht unbedingt wichtig, dass es eine gemeinsame Verlautbarung gibt, ich finde es ok, wenn beide Parteien ihre eigene Pressemitteilung schreiben, weil die Positionen, glaube ich, sehr sehr unterschiedlich sind. Und ich bezweifle auch den Erfolg eines gemeinsamen Papieres, ob das eine Signalwirkung haben könnte. Es könnte dann eine haben, wenn RWE auch anerkennt, dass das, was sie mit dem Tagebau machen, dass das auch Gewalt ausübt auf die betroffenen Menschen, aber dazu wird es nicht kommen“ (I-02, S. 5).

Es wird aber auch deutlich, dass RWE in ebenjene Gespräche mit der Bedingung eingestiegen ist, dass dort weiterhin Kohle abgebaut wird – der Konsens, der bei den Friedensgesprächen erarbeitet werden sollte, stand daher bereits fest (vgl. I-02, S. 6).

(2) Einige Anmerkungen zur Ableitung des Begriffs. An dieser Stelle sollen noch einige zusätzliche Überlegungen und Reflexionen über den hier entwickelten Begriff der Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse als eine neue Analysekategorie aus der politischen Differenz und der sozialen Ökologie heraus getätigt werden.

(2a) Reflexion des eigenen Handelns. Eine Demokratisierung als gesellschaftlicher Lernprozess kann nach GÖRG nur durch Reflexivität geschehen, durch „eine reflexive Beziehung auf die prozeduralen Prinzipien von Verfahren, auf die eigenen Interessen- und Problemlagen, wie auf die Perspektivität der Problemwahrnehmung“ (GÖRG 2003, S. 183, zitiert nach BARTHE U. BRAND 1996). Und auch BRAND bestätigt das Paradox kritisch-emanzipativer Bewegungen, das darin besteht, „dass sie entgegen ihrem Anspruch durchaus integriert werden und letztendlich modernisierend wirken können. Dagegen gibt es keinen Ausweg, außer dem der permanenten Reflexion der (Kräfte-) Verhältnisse und eigenen Strategie“ (BRAND 2006, S. 43). Eine Demokratisierung bzw. die politische Regulation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse ist daher eine sehr komplexe Aufgabe, denn:

„Neben intendierten Steuerungsversuchen auf den verschiedenen Ebenen sind die ungeplanten Nebenwirkungen anderer (intendierter oder nicht-intendierter) Prozesse zu berücksichtigen, sowie die strukturellen Zwänge gesellschaftlicher Regulation, die mit den Widersprüchen gesellschaftlicher Organisationsprinzipien in Verbindung stehen. Zur Einschätzung entsprechender Möglichkeiten und

Zwänge muss die Gestaltung der Naturverhältnisse als ein Strukturproblem moderner kapitalistischer Gesellschaften aufgefasst werden“ (GÖRG 2003, S. 143).

Das bedeutet, dass bei einem Versuch einer (Um-)Gestaltung der Naturverhältnisse auch immer die strukturellen Rahmenbedingungen zumindest mitreflektiert werden, denn diese werden oftmals aufgrund der herrschenden Machtverhältnisse und aufgrund struktureller Zwänge als nicht gestaltbar identifiziert und als alternativlos dargestellt. Dies kann auch für den sozialen Protest und den Widerstand auf politischer Ebene gelten, denn kommt es zu einer ‚passiven und defensiven‘ Haltung – also dem Verzicht auf Inkorporation und dem Aufzeigen einer konkreten oder utopischen Alternative –, kann dies utilitaristisch gesehen als ‚erfolgreicherer‘ Weg für die gesellschaftlichen Verhältnisse gewertet werden, da der Verzicht auf die Partizipation innerhalb eines konsensualen Verhandlungssystems die selektive Integration der Ökologieproblematik verhindert und einer möglichen Verschlechterung der Verhältnisse vorgebeugt werden kann. Es kommt zu einer „negativen Koordination“ (EBD., S. 167), d. h. zu einer Blockierung eines hegemonial eingestuften Konsenses durch Passivität. Dabei kommt auch den (demokratischen) Institutionen, die häufig Kritik oder Adresse sozialen Protests sind, eine besondere Rolle zu:

„Ob ein gesellschaftliches Naturverhältnis dominant oder gar hegemonial – also gesellschaftlich kaum hinterfragt – wird, hängt auch davon ab, ob staatliche Institutionen als Felder für die Austragung von Konflikten und die Aushandlung von Kompromissen in Bezug auf den Zugang zu natürlichen Ressourcen akzeptiert werden oder nicht“ (BRAND U. WISSEN 2011a, S. 20).

Und dies bedeutet, bei einem gemeinsamen Denken der hier vorgestellten Theorien, dass je ‚stärker‘ die Institutionen einer postpolitischen Konfiguration unterliegen, desto hegemonialer werden sie – und desto weniger finden alternative Zukunftsentwürfe Eingang in diese Institutionen und desto weniger wird eine Reflexivität des eigenen Handelns bei den Subjekten eingefordert. Im BLÜHDORN´SCHEN Sinne würde dies auf Akteursebene der *Emanzipation zweiter Ordnung* entsprechen.

Dies wird im Folgenden nochmal beispielhaft an einigen Auszügen aus den Interviews diskutiert. Denn es findet durchaus eine Reflexion bei den AktivistInnen vor Ort statt:

„Ich meine, na klar, es gibt auch in anderen Wirtschaftsformen sowas, aber Kapitalismus ist halt auf billige Energieformen angewiesen und ja ... Kapitalismus ist halt die Grundlage von unserer Gesellschaftsordnung und die Gesellschaft macht halt einfach alles kaputt. Mit dieser Wirtschaftsweise, also diesem Fokus auf ständiges Wachstum und Hauptsache Arbeitsplätze und die Zahlen müssen stimmen. Und dabei trampeln wir einfach alles kaputt, was uns am Leben erhält. Ist halt für mich Kapitalismus. Deshalb bin ich auch der Meinung, Kapitalismus muss einfach überwunden werden“ (I-04, S. 2).

Ein anderer Aktivist reflektiert sein Verhältnis zur Politik und der Gesellschaft folgendermaßen:

„Auf zwei Arten und Weisen. Auf der einen Seite auch mehr Frustration, [...] vorher war mir theoretisch klar, dass über staatliche Parteien nichts bewirkt werden kann und jetzt ist es mir auch praktisch klar. Und auf der anderen Seite habe ich natürlich auch Leute kennengelernt, die in Parteien aktiv sind und unten an der Basis, die cool waren und unterstützt haben und die trotzdem das für sich als den richtigen Weg empfinden. Da hat das mein Schwarz-Weiß-Denken beseitigt. Das sind die beiden Ebenen“ (I-01, S. 8).

(2b) Erfahren der Nichtidentität und der Vielseitigkeit der Natur. Doch Strategien zur Veränderung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse entstehen nicht als „Masterplan einer gesellschaftlichen Transformation“ (GÖRG 2008, S. 479), vielmehr sind sie in unterschiedlichen Praktiken und Mustern von Beziehungen verankert, die sich durch den politischen Akt des Widerstandes „einer kommerziellen Nutzung, die zum Kernbestand der heutigen Strategie der Naturbeherrschung gehört“ (EBD.), entgegenstellen und diese als beherrschend durch ihre Bindung an den Markt infrage stellen. Eine kreative Neuinterpretation gesellschaftlicher Naturverhältnisse auf organisationaler Ebene macht sich daher nur bemerkbar, wenn tatsächlich Strukturumstellungen stattfinden und diese Strukturumstellungen auch zu einer Verbesserung der gesellschaftlichen Reaktionspotentiale führen, d. h., wenn die Möglichkeit zur rekursiven Selbststeuerung gesellschaftlicher Entwicklung gegeben ist und ein Raum für die Erfahrung der Nichtidentität der Natur in der Gesellschaft eröffnet wird (vgl. GÖRG 2003, S. 113f.; BRAND U. WISSEN 2011a, S. 21). Es kann also im Kontext ökologischer Krisen nur von einem gesellschaftlichen Gestaltungsprozess gesprochen werden, wenn die Erfahrung „des Scheiterns spezifisch technisch vermittelter Muster der Aneignung der Natur“ (GÖRG 2003, S. 187) innerhalb der Gesellschaft zu einer Selbstkorrektur führt und dabei Strukturveränderung hervorruft. Dabei kommt dem Subjekt und den sozialen Bewegungen eine besondere Rolle zu, denn sie tragen dazu bei, die verbreiteten Deutungsmuster infrage zu stellen, herauszufordern, und können je nach Strategie, Interesse und Ressourcen auf Institutionen einwirken. Wichtig dabei ist dennoch anzuerkennen, dass soziale Bewegungen zu solchen werden, ohne vorgängig ein Konzept für eine andere Gesellschaft entwickelt zu haben. So werden sie und ihre Orte (Tahrir, Syntagma, Maidan, Occupy) oftmals zu Metaphern einer anderen Gesellschaft, ohne dass aus ihnen überhaupt eine andere Gesellschaft zu konstruieren wäre (vgl. BIRKE 2013, S. 364). Dennoch sind diese als politisch zu bezeichnen, da sie „in kurzer Zeit gezeigt haben, dass es Alternativen zu den herrschenden Modi der Vergesellschaftung gibt“ (EBD., S. 365). GÖRG schlägt für eine Transformation dieser gesellschaftlichen Verhältnisse vor, die Natur in ihrer Vielseitigkeit zu erkennen:

„Einerseits können wir uns in unserer gesellschaftlichen Entwicklung nicht den Gesetzen einer vermeintlich unabhängig von uns existierenden Natur unterordnen, denn diese Natur muss immer schon kulturell-sprachlich und wissenschaftlich erkannt werden und ist heute zunehmend ökonomisch-technisch und politisch transformiert. Gleichzeitig können wir diese Natur aber auch nicht völlig

kontrollieren oder uns in unserer gesellschaftlichen Entwicklung gar unabhängig von ihren materiellen Eigenschaften machen“ (GÖRG 2008, S. 478).

Für diese Transformation schlägt GÖRG vor, dass es einerseits notwendig ist, die Hoffnung auf eine gesellschaftlich perfektionierte Naturbeherrschung aufzugeben und stattdessen eine rationale Kontrolle über die Mechanismen, mit denen Naturbeherrschung geschieht, zu entwickeln (vgl. EBD.). Aber, wie bereits erwähnt worden ist, findet die Aushandlung über die gesellschaftlichen Naturverhältnisse auf vielen verschiedenen Ebenen und innerhalb unterschiedlichster Prozesse statt und in diesem Sinne werden die Strategien einer Umgestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse auch aussehen müssen. Dies kann aber im politischen Sinne nur passieren, wenn ein gleicher Zugang aller Zukunftsperspektiven in den Diskurs über Nachhaltigkeit ermöglicht wird und nicht nur jene Berücksichtigung finden, die der Logik des Marktes entsprechen.

„Was deshalb angesichts der herrschenden Kräfteverhältnisse vor allem erforderlich ist, sind Strategien einer Gestaltung der Naturverhältnisse, die der Nichtbeherrschbarkeit, der Nicht-Identität der Natur Rechnung tragen“ (EBD., S. 479).

Ein Aktivist aus dem Hambacher Forst merkt dazu an:

„[...] also ich habe das Gefühl, dass es für viele Menschen ein Antriebsgrund für den Kampf ist, quasi ‚die Natur‘ zu erhalten. Das sehe ich persönlich nicht ganz so, für mich ist die Natur eher quasi das Gemisch aus allen, die darin leben, und mein Ziel ist so in etwa, dass alle Lebewesen darin halt möglichst unbeschadet voneinander das tun können. Und deswegen verfolge ich ein ähnliches Ziel mit denen, die ‚die Natur‘ schützen wollen, weil ich glaube, dass dafür intakte Ökosysteme wichtig sind. Aber ich sehe die Natur nicht so verstehst du? Als das, was wofür es sich jetzt zu kämpfen lohnt. Sondern es geht für mich schon immer darum, konkret an der Seite von Menschen oder Tieren oder halt auch Wäldern zu stehen, die gerade bedroht sind, und die konkret zu supporten“ (I-01, S. 1).

Eine Reflexion darüber, dass die Natur eine Nichtidentität haben könnte, spielt daher – wie aber auch zu erwarten ist – eine geringe Rolle, bedarf aber auch noch weiterer Nachforschungen.

(2c) Das Auflösen von Macht- und Herrschaftsstrukturen. Es geht daher bei einer Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse auch immer um Fragen von Macht und Herrschaft und inwiefern Strategien und Ideen für eine ausgewogenere Machtbeziehung bei der Naturaneignung und der gesellschaftlichen Produktion entwickelt werden können (vgl. SWYNGEDOUW 2011b, S. 82). Aber nicht alle Interessen lassen sich miteinander vereinbaren und nicht alle Vorstellungen über die Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse harmonisieren miteinander. Eine demokratische, nichtpostpolitische Lösungsfindung ist nur möglich, „[w]enn Partizipation über die Partizipation am Vorhandenen hinausweist, nur wenn auch der Partizipationsgegenstand selbst mit verhandelt werden kann, [denn dann; J. B.] ist (sozial-ökologische) Transformation möglich“ (GOTTSCHLICH 2017, S. 194).

Die Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse heißt daher in erster Linie immer die Politisierung der ökologischen Fragen³⁶, eine Politisierung, die zum einen auf dem Axiom der Gleichheit und der Herstellung des Antagonismus beruht, und eine Politisierung, die das Verhältnis zwischen Mensch und Natur ins Zentrum rückt:

„Politicizing environments democratically, then, become an issue of enhancing the democratic political content of socio-environmental construction by means of identifying the strategies through which a more equitable distribution of social power and a more egalitarian mode of producing natures can be achieved. This requires reclaiming proper democracy and proper democratic public spaces (as spaces for the enunciation of agonistic dispute) as a foundation for and condition of possibility for more egalitarian socio-ecological arrangements, the naming of positively embodied ega-libertarian socio-ecological futures that are immediately realizable“ (SWYNGEDOUW 2013, S. 7).

Aus einem sozialräumlichen Umstand und dem politischen Moment, der das Subjekt durch eine Handlung auf Basis des Axioms der Gleichheit betrachtet, kann durch das Herstellen eines öffentlichen Raumes, in dem sich andere zu der Einforderung dieser Gleichheit bekennen, eine universale, generelle demokratische Forderung werden (Gegenmacht) (vgl. EBD., S. 5f.). Dies kann im Sinne von GÖRG und BLÜHDORN der Moment sein, wo das Subjekt zum KANT´SCHEN Subjektverständnis zurückkehrt und die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse einfordert.

(2d) Politisierung des physisch-materiellen und diskursiv-symbolischen Raumes³⁷. Eine demokratische Einforderung von ausgeglichenen gesellschaftlichen Naturverhältnissen (basierend auf dem Axiom der Gleichheit) fängt also an der Stelle an, an der die hegemonialen gesellschaftlichen Naturverhältnisse infrage gestellt werden und ein Raum für das Politische beansprucht wird, in dem die vorgegebene Funktion unterbrochen wird und der Raum zu einem Ort für die Produktion neuer (politischer) Räume und Diskurse wird. Dieser Raum unterliegt dabei eigenen Logiken, die von den AkteurInnen vor Ort ausgehandelt werden (vgl. EBD., S. 7; LEHNER 2009). Die diskursive Politisierung des öffentlichen und physischen Raums durch Handlungen, durch Demonstrationen oder (direkte) Aktionen und das Aufbauen von Widerstand bzw. Gegenmacht hängen direkt miteinander zusammen: „Eine signifikante Gemeinsamkeit ist die physische Besetzung öffentlicher Räume“ (MOUFFE 2014, S. 162). Das können ganz praktisch z. B. Bündnisse zwischen den verschiedenen Protestgruppen und deren Treffen auf physischer Ebene sein, die aber symbolisch-*diskursiv* das Ziel haben, eine eigene

³⁶ Und nicht die Ökologisierung politischer Fragen (wie es bei der ökologischen Modernisierung der Fall ist (vgl. GÖRG 2003; SWYNGEDOUW 2013).

³⁷ Über die Rolle des Raumes für soziale Bewegungen, als der Ort, in dem sich Gegenhegemonien räumlich und praktisch manifestieren, gibt es zahlreiche Studien und Theorien (vgl. FEATHERSTONE 2008; KEITH 2013; LEITNER ET AL. 2008; NICHOLLS 2009; ROUTLEDGE 2003). M. E. würde deren Rezeption an dieser Stelle das Thema verfehlen, denn viele der genannten AutorInnen kommen zwar aus der politischen Ökologie, verwenden aber weder das Konzept der sozialen Ökologie noch das der politischen Differenz.

Zukunftsvorstellung zu verhandeln. Die Politisierung des materiellen Raums, die Eröffnung neuer diskursiver Räume (auch unter Nutzung bestehender politischer Strukturen) und das Widerstreben von Entpolitisierung sind die Merkmale, die eine Demokratisierung auszeichnen (vgl. GOTTSCHLICH ET AL. 2017, S. 218ff.). Es ist daher wichtig für eine Politik im politischen Sinne, dass Konflikte nur überwunden werden können, wenn zunächst alle Meinungen zum Diskurs zugelassen werden und in einem nächsten Schritt die unterschiedlichen Interessen, Verständnisse und Rationalitäten aufgedeckt und hinterfragt werden, um dem herrschaftskritischen und machtkritischen Anspruch der politischen Differenz gerecht zu werden. Dies muss einhergehen mit der Reflexion über die damit verbundenen Auswirkungen auf das Naturverhältnis und die eingeschriebenen Machtverhältnisse in diesem. Ein Konsens oder eine Form von Governance, die auf diesem Prozess aufbaut, kann in diesem Fall auch als Konfliktlösung angesehen werden, wie SWYNGEDOUW feststellt:

„This approach does not at all preclude stakeholder-based arrangements to negotiate the distributional configurations of environmental bads, but asserts the importance of democracy, understood as disruptive disagreement in which each and every one is considered equal qua speaking beings in renewing the democratic constitution, which will otherwise find itself increasingly straightjacketed in an institutional and legal deadlock unable to provide for political solutions and leaving key socioenvironmental decisions to private actors“ (OOSTERLYNCK u. SWYNGEDOUW 2010, S. 1592).

In diesem Sinne ließe sich die Frage, ob innerhalb des konsensualen postpolitischen Systems überhaupt das Politische, ein politischer Raum, entstehen kann, nur schwer klären und die Meinungen gehen diesbezüglich auseinander: RANCIÈRE, ZIZEK und in Teilen SWYNGEDOUW sind sich einig: Die Inkooperation sozialer Bewegungen in staatliche (demokratische) Abläufe, die auch in Kapitel 2.2 und Kapitel 2.4 beschrieben worden ist, macht einen möglichen politischen Raum innerhalb dieser Bewegungen nur kleiner (vgl. SWYNGEDOUW 2013, S. 8). MOUFFE dagegen argumentiert, dass soziale Bewegungen ohne Rückendeckung der Institutionen nicht in der Lage sein werden, „[...] die Machtstrukturen entscheidend zu verändern. Damit laufen sie Gefahr, dass ihr Protest gegen die neoliberale Ordnung schon bald in Vergessenheit geraten wird“ (MOUFFE 2014, S. 122).

Beispielhaft kann an dieser Stelle die diskursive Bedeutung der physischen Verteidigung des Raumes vor Ort von den AktivistInnen im Hambacher Wald genannt werden, wobei, wie bereits erwähnt, aufgrund der Datenlage keine Interpretation erfolgen kann:

„[...] also ich glaube, es gibt nicht den einen Weg. Ich glaube, es müssen halt viele Sachen zusammenspielen, und was wir hier machen, kann halt ein wichtiger Teil sein durch die Aufmerksamkeit, die das zieht. Das hat man ja heute gesehen, 1200 Leute hier. Die wären nicht hier gewesen, hätten wir nicht den Wald besetzt. Sonst hätte das Thema nicht die Aufmerksamkeit bekommen. [...] Würden wir jetzt ein- oder zweimal im Jahr eine Demo machen irgendwo, dann wäre das mal kurz so ein Thema und

dann wäre das wieder vorbei. Aber dadurch, dass wir ständig hier sind und ständig ein Stachel im Fleisch von RWE sind, ist das halt Dauerthema“ (I-04, S. 1).

Auch ein anderer Aktivist sieht die Politisierung des physischen Raums als Ausgangsort für die Politisierung von Subjekten:

„Was die Besetzung geleistet hat war, a) der permanente Ort des Widerstandes, der für die Bewegung wertvoll ist, und b) dass so viele Menschen zum ersten Mal hingekommen sind und zum ersten Mal mit dem Klimawandelthema konfrontiert worden sind und viele Leute sind jetzt, auch wenn sie nicht mehr auf der Besetzung wohnen, teilweise langfristig AktivistInnen in der Bewegung geworden und machen wertvolle Arbeit“ (I-01, S. 4).

Und an anderer Stelle:

„Selbst wenn der eigentliche Wald komplett abgeholzt werden würde, bis auf den letzten Setzling, dann wäre für mich die Besetzung immer noch ein Erfolg. Dass solange sich so ein Projekt halten konnte, das sich so radikal halten konnte und dass so viele Menschen politisiert hat und wo auch so viele Menschen ihre eigenen Grenzen überschreiten konnten, das würde für mich auch immer ein gigantischer Erfolg bleiben, unabhängig davon, ob das Ziel erreicht wird“ (I-01, S. 7).

Für die AktivistInnen ist die physische Besetzung des Waldes jedenfalls ein besonders wichtiger Aspekt in dem Kampf gegen die Politik:

„[...] haben glaube ich die AktivistInnen die Oberhand über den Wald. In der Zeit. [...]. Ich glaube, das ist auch was sehr Wertvolles und dass es auch nur im Kampfumfeld Wald stattfinden kann, dass sich so eine Situation einstellen kann“ (I-01, S. 7).

Nicht zuletzt können die Besetzung und die drohende Räumung durch die Rodung des Waldes auch als mediales Druckmittel benutzt werden:

„Das ist ja ein Wahnsinns-Engagement, was jeder da von uns an den Tag legt, und das lohnt sich auch einfach, um diesen Wald zu kämpfen, und auf jeden Fall muss RWE merken, dass es dem Konzern schadet, wenn er diesen Wald fällen will, den er natürlich vernichten will, der natürlich mittlerweile auch schon ein Widerstandssymbol für die Bewegung geworden ist“ (I-02, S. 10).

(2e) Demokratisierung als einen ‚unfertigen‘ Prozess verstehen. Feststeht, dass die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse – aus diesem Verständnis heraus – als ein unabschließbarer, offener gesellschaftlicher Suchprozess verstanden werden muss, der immer umkämpft und niemals machtfrei sein wird (vgl. GOTTSCHLICH 2017, S. 198), ebenso wie die Demokratie als ein historisches kontingentes und wandelbares Projekt zu verstehen ist (vgl. BLÜHDORN 2013a, S. 230) oder eben immer als „unfertig“ (GOTTSCHLICH U. HACKFORT 2016, S. 314; zitiert nach DERRIDA 2006, S. 129) zu betrachten ist. Demokratisierung ist daher ein permanenter Zustand, ein „démocratie insurgeante“ (CELIKATES

2010, S. 299), ein permanenter Widerstand gegen die Versuche des Staates, das Politische zu integrieren, zu organisieren und zur Politik zu machen. Die Herstellung einer Ordnung aus dem Politischen heraus ist daher nicht möglich – im Sinne des Politischen und daher im Sinne der Demokratisierung ist nur das politisch und demokratisch, das sich immer wieder von der gegebenen Ordnung neu distanziert, neu formt und das Gegebene infrage stellt, aber nicht auf die Übernahme der Macht und damit auf die Reproduktion dieser zielt (vgl. CELIKATES 2010, S. 299f.). Die Lehre des Politischen und damit der Demokratisierung beruht auf der Unmöglichkeit von Gesellschaft, die sich immer wieder neu erschöpft (vgl. HIRSCH 2010, S. 349). Und genau das spiegeln auch die sozialen Bewegungen und Proteste wider: Sie spiegeln den prozesshaften Charakter des kontingenten, antagonistischen, demokratischen Projekts wider (vgl. GOTTSCHLICH U. HACKFORT 2016, S. 314). Zu der Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse gehören daher die Schaffung und die Ausweitung von Strukturen und Prozessen, Voraussetzungen und Praktiken der Selbstregierung, die Herrschaftskritik, die Aufhebung des Externalisierungsprinzips, der Stopp der selektiven Integration und der ökologischen Modernisierung und die Thematisierung von Konflikten (vgl. GOTTSCHLICH 2017, S. 199). Es geht daher um die Bildung gegenhegemonialer Handlungsmöglichkeiten (Mitmacht, Widerstand und Gegenmacht) aus der Idee des Politischen heraus, die aber „niemals an einem Endpunkt ankommen wird, an dem eine völlig befreite Gesellschaft stünde“ (MOUFFE 2014, S. 131).

2.4.3 Zwischenfazit

In diesem Kapitel wurde die Antwort auf die Frage *d) Wie können gesellschaftliche Naturverhältnisse ‚von unten‘ demokratisiert werden?*

gefunden, dabei wurden theoretische Lösungen für die bestehenden Erklärungsdefizite entwickelt. Die Frage *d) Wie können gesellschaftliche Naturverhältnisse ‚von unten‘ demokratisiert werden?*

lässt sich daher folgendermaßen beantworten: Die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse bedeutet, das Verhältnis zwischen den Menschen untereinander und zwischen den Menschen und der Natur gleichermaßen auf Basis des Gleichheitsaxioms zu verändern, indem sowohl der politische Antagonismus unter den Menschen als auch das ‚Nichtidentische der Natur‘ sowie die Kontingenz der politischen Ordnung und der Form der Naturaneignung anerkannt und praktiziert werden. Die Zentralreferenz (1) ist das Axiom der Gleichheit unter den Menschen und zwischen den Menschen und der Natur. Die Gleichheit unter den Menschen als soziale Beziehung und die Gleichheit zwischen der Natur und den Menschen als eine Form der Naturaneignung sind unmittelbar in Form eines Gleichheitsdispositivs miteinander verknüpft. Die handlungstheoretische Grundlage (2) wird als eine Unterbrechung und Disposition bestehender gouvernementaler Ordnungen, als eine *politische* Entscheidung für eine Alternative (verstanden als die Möglichkeiten einer qualitativ verschiedenen Rationalität), als ein Aufbau gegenhegemonialer Praktiken, die durch Institutionen geformt werden,

und als das Erfahren eines Scheiterns vermittelter Muster der Aneignung der Natur, als widerständiger, nichtidentischer Moment der Natur, verstanden. Die diskursive Grundlage dieser Demokratisierung (3) baut daher darauf auf und muss den antagonistischen Charakter des Politischen, die Nichtidentität der Natur sowie die Kontingenz der politischen Ordnung und der Formbestimmtheit der Naturaneignung anerkennen. Soziale Bewegungen (4) sind daher als Demokratisierungsakteur zu bezeichnen, denn sie fordern die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse ein, indem sie institutionelle Abläufe stören und die institutionelle, selektive Integrationsproblematik verhindern, indem sie versuchen, etablierte Eliten zu entmachten, und die kapitalistische Naturaneignung und den Konsens darüber überwinden wollen. Sie müssen daher gezwungenermaßen einen allgemeingültigen Singular auf Basis des Axioms entwickeln. Die Zukunftsperspektive (5) besteht daher aus dem Generieren alternativer Zukunftspfade, dem Aufbau eines Dissenses und der sozialökologischen Transformation durch die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse.

Damit wurden die eingangs erwähnten Erklärungsdefizite (2e) und (2f) aufgelöst: Klimabewegungen können nun trotz ihrer Heterogenität bezüglich ihres Verhältnisses zur Natur und zum Politischen analysiert werden und es wurde eine konsistente Definition der Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse, die den Definitionen der politischen Differenz und der sozialen Ökologie entspricht, gefunden. Dennoch ist bei einer Zusammenführung kritisch anzumerken, dass aufgrund des Kontingenz-Prinzips innerhalb der Theorie der politischen Differenz und aufgrund der Nichtidentität der Natur innerhalb der sozialen Ökologie keine reibungslose Zusammenführung möglich ist. Außerdem wurden in diesem Kapitel nur wenige Aspekte zweier umfassender Gesellschaftstheorien beleuchtet, eine Vielzahl von Aspekten, die bei einer Zusammenführung geprüft werden müssen, wurde außen vor gelassen. Dabei wurde sich vornehmlich auf den Naturbegriff konzentriert. Eine Reflexion der Zusammenführung findet in Kapitel 3.3 statt.

3. Diskussion, Fazit und Ausblick

Zunächst wird mithilfe der gewonnenen Erkenntnisse die Forschungsfrage aus Kapitel 1.1 beantwortet. Daraufhin werden die Ergebnisse in Kapitel 3.1 zusammengefasst und auf das illustrative Beispiel des Hambacher Waldes in Kapitel 3.2 angewandt. Nach einer letzten Diskussion der Ergebnisse in Kapitel 3.3 werden in Kapitel 3.4 ein Fazit gezogen und ein kurzer Ausblick auf mögliche weitere Herausforderungen und Forschungsoptionen gegeben.

3.1 Zusammenfassung und Beantwortung der Forschungsfrage

(1) Inhaltliche Zusammenfassung. Einleitend wurden in der Arbeit zwei vermeintlich gegensätzliche Tendenzen und zwei zentrale Begriffe herausgearbeitet. So sind auf der einen Seite eine sich

ausdehnende politische Sphäre gegenüber dem Politischen und eine damit einhergehende Diskrepanz zwischen dem Wissen über die ökologische Krise und der Bearbeitung dieser Krise zu erkennen, und auf der anderen Seite gibt es zahlreiche zivilgesellschaftliche Aktivitäten in Form von sozialen Klimabewegungen, die ebenjene Bearbeitung durch die Forderung nach mehr Partizipation in den politischen Prozessen ‚von unten‘ zu erwirken versuchen.

Die erste gesellschaftliche Entwicklung wurde mit der Entwicklung der ‚postpolitischen Konfiguration‘ beschrieben, die einen Zustand umreißt, bei dem innerhalb der Sphäre der Politik durch strukturgebende Synergie zwischen der Demokratie und dem Kapital als eine Form der gesellschaftsordnenden Gouvernementalität eine Situation entsteht, in der das Politische in Form von alternativen Zukunftspfaden und der Stimme des Anteils der Anteillosen vom demokratischen Diskurs durch einen vorherig erzwungenen Konsens ausgeschlossen wird. Diese Definition, die über die Theorie der politischen Differenz nach MOUFFE und RANCIÈRE erarbeitet wurde, vermag es zwar, den Zustand der liberal-demokratischen Demokratie durch eine epistemologische Verschiebung und die Einführung einer ontisch-ontologischen Differenz aus einer Art metaphysischen Perspektive treffend zu beschreiben, verklärt aber m. E. den Erfolg von sozialen Bewegungen mit explizit ökologischen Thematiken. Denn durch die allumfassende Kontingenz gibt es keinen analysefähigen Naturbegriff innerhalb dieser Theorie. Daher lässt sich der Erfolg von sozialen Bewegungen in Bezug auf eine Änderung des Mensch-Natur-Verhältnisses bzw. des gesellschaftlichen Umgangs mit der Natur nur schwer bzw. gar nicht beschreiben.

Die andere Tendenz der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten wird hier unter dem Begriff ‚postdemokratische Ökologie‘ zusammengefasst. Dieser Begriff greift die postpolitische Konfiguration der Politik auf und beschreibt den Wandel der Subjektkonstruktion von einem vernunftorientierten KANT´SCHEN Subjektverständnis aus den 60er-, 70er- und 80er-Jahren hin zu einem postmodernen, fluiden Subjektverständnis, das sich vor allem an Systemzwängen orientiert und diese verinnerlicht hat. Die sozialen Bewegungen der 60er-, 70er- und 80er-Jahre erstritten durch ihre partizipatorischen und emanzipatorischen Demokratisierungsbestrebungen eine Emanzipation erster Ordnung, die heute durch das veränderte Subjektverständnis zu einer Emanzipation zweiter Ordnung, also zu einer Befreiung von ebenjenen emanzipatorischen Partizipationsforderungen und im übertragenen Sinne zu einer Postpolitisierung der Subjektkonstruktion selbst geführt hat.

Diese Analyseperspektive – so meine Kritik – kehrt aber jede Partizipationsforderung sozialer Bewegung, also jede zu der postpolitischen Konfiguration gegensätzliche Tendenz um und stellt sich so selbst eine hermeneutische Falle: Aus einer postpolitischen Konfiguration der Gesellschaft und des Subjekts heraus, können soziale Bewegungen *per se* nur als postpolitisch beschrieben werden. Die soziale Ökologie, die über die Nichtidentität der Natur einen eigenen Naturbegriff entwickelt hat, soll

hier die Brücke schlagen und dieses Problem lösen. Es wurde darüber hinaus aber auch ausgearbeitet, dass die soziale Ökologie aufgrund ihrer neomarxistischen Auslegung die Politik als Machtmittel kapitalistischer Vergesellschaftung versteht und daher in einer sehr polit-ökonomischen Kritik der Politik stecken bleibt. Die soziale Ökologie vermag es also nicht, einen dezidierten Begriff der Politik zu entwickeln. Aus diesem Gedanken heraus wurde folgende Forschungsfrage für diese Arbeit entwickelt: *Inwiefern ist vor dem Hintergrund der ökologischen Krise die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse ‚von unten‘ einer postpolitischen Konfiguration unterlegen?*

Über die Problemfeststellung und eine eingehende Kritik der politischen Differenz und der sozialen Ökologie konnten daraufhin sechs Erklärungsdefizite ausgemacht werden: der fehlende Politikbegriff in der sozialen Ökologie (1), ein qualitativ schwer zu erfassender Begriff der Postpolitik (2) sowie das Fehlen eines Naturbegriffs überhaupt innerhalb der Theorie der politischen Differenz (3). Darüber hinaus entsteht über ein scheinbares Fehlen des KANT´SCHEN Subjekts ein blinder Fleck bei der Betrachtung sozialer Bewegungen (4), die aufgrund dessen schwer in ihrer Heterogenität als Ganzes zu erfassen sind (5). Die Lösung beider Theorien ist eine Demokratisierung, die bei beiden unklar bleibt, aber eine Zusammenführung und darüber eine Definition anbietet (6).

Über die Ausarbeitung der Erklärungsdefizite und die Problemdarstellung in Kapitel 1.1 und 1.3 wurde auch das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit dargestellt: Zentral war dabei die Frage nach der Auflösung der oben genannten Probleme, sowie die Frage danach, ob das Politische und die gesellschaftlichen Naturverhältnisse gemeinsam gedacht werden können und eine fruchtbare Konvergenz bilden, um sozial-ökologische Konflikte im Kontext von Postpolitik besser analysieren und die oben genannten Erklärungsdefizite aufzulösen und letztlich für die Geographie fruchtbar machen zu können. Die Verflechtung kann die wissenschaftliche Lücke überwinden und erforschen, welche gesellschaftlichen Strategien, demokratischen Instrumente und politischen Akteure es braucht, um den Übergang von einer fossilen, postfordistischen Ökonomie hin zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu vollziehen.

Zunächst wurde in Kapitel 2.1 der Begriff der postpolitischen Konfiguration vor dem Hintergrund der politischen Differenz entwickelt. Darüber hinaus wurde der Begriff des Politischen und der Politik sowie die Erkenntnis über die Krise des Politischen erarbeitet. Politik ist die Gouvernamentalität des Regierens, das Politische ist die Handlung, die diese etablierte Form des Regierens durchbricht und eine politische Entscheidung auf Basis der Gleichheit einfordert. In Kapitel 2.2 wurde die postpolitische Konfiguration auf soziale Bewegungen übertragen: Die postpolitische Konfiguration, verstanden als eine hegemoniale Praxis des Konsenses, bei dem durch Systemimperative alternative Ideen unterschiedlicher Rationalitäten ‚von oben‘ ausgeschlossen werden, wirkt sich insofern auf soziale Bewegungen aus, als sich das Subjekt von sich aus, angetrieben durch die Emanzipation zweiter

Ordnung, postpolitisiert und dadurch die Entstehung einer breiten sozialen Bewegung, die sich auf einen allgemeingültigen Singular – nämlich das KANT'SCHE Subjektverständnis – beruft, verhindert wird. Damit kann der ‚blinde Fleck‘ der politischen Theorie, aber auch der sozialen Ökologie als Erklärungsdefizit für das Verschwinden von breiten, gesellschaftlich getragenen sozialen (Klima-)Bewegungen durch die Emanzipation zweiter Ordnung aufgelöst werden bzw. der Blick auf diese teils paradoxe Entwicklung geschärft werden. Kapitel 2.3 wiederum hat den Naturbegriff, die gesellschaftlichen Naturverhältnisse und die ökologische Krise ausgearbeitet, um die Schwäche der politischen Differenz in Bezug auf ihren Naturbegriff zu erläutern. Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse sind ein dialektisches Beziehungsmuster zwischen Gesellschaft und Natur. Diese „gehen aus den kulturell spezifischen und historisch variablen Formen und Praktiken hervor, in und mit denen Individuen, Gruppen und Kulturen ihre Verhältnisse zur Natur gestalten und regulieren“ (BECKER ET AL. 2011, S. 77). Die Natur wird für die Zusammenführung und die Auflösung des oben genannten Erklärungsdefizits in dieser Arbeit daher als etwas gesellschaftlich konstruiertes angesehen, das sich aber durch eine durch den Menschen nicht erfassbare eigene Rationalität eines gänzlich sozialen Konstrukts entzieht. Dieser ‚nichtidentische Moment‘ eröffnet das dialektische Mensch-Natur-Verhältnis, das sich durch die kapitalistische Naturbeherrschung als eine Möglichkeit der Naturaneignung in eine ökologische Krise verwandelt hat. Die ökologische Krise geht daher aus der Krise des Mensch-Natur-Verhältnisses, also einer beherrschenden Form der Naturaneignung, hervor und schreibt sich in alles Soziale ein. Darüber hinaus wurde in Kapitel 2.3 der eingangs erwähnte Begriff der ‚postdemokratischen Ökologie‘ entworfen: Er schließt im postdemokratischen Sinne an den Wandel des Selbstverständnisses des Subjekts, der sozialen Bewegungen und des Staates an und geht von einer aktuellen postdemokratischen, postpolitischen Konfiguration einer simulativen Demokratie aus. Wie oben dargestellt worden ist, wurde das Thema Ökologie im Sinne eines hegemonialen Projektes der ökologischen Modernisierung in der Postdemokratie unter bestehende Logiken subsumiert bzw. selektiv integriert. Der Begriff der ‚postdemokratischen Ökologie‘ greift daher einerseits den genannten Wandel im sozialen Selbstverständnis auf und kombiniert ihn mit der ökologischen Modernisierung, verstanden als postfordistische Fortsetzung einer kapitalistischen Naturausbeutung, die auf einem machtvollen, fordistisch geprägten Verhältnis zwischen Mensch und Natur basiert.

In Kapitel 2.4 wurden daraufhin Konvergenzen und Divergenzen diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass sich die Theorien aufgrund teilweiser Widersprüche nicht nahtlos ineinanderfügen lassen. Nach einer kurzen Diskussion über Konvergenzen und Divergenzen wurden die Schwächen der Theorien durch ihre jeweiligen Stärken ergänzt und der Begriff der Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse definiert: Die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse bedeutet, das Verhältnis zwischen den Menschen untereinander und zwischen den Menschen und der Natur

gleichermaßen auf Basis des Gleichheitsaxioms zu verändern, indem sowohl der politische Antagonismus unter den Menschen als auch das ‚Nichtidentische der Natur‘ sowie die Kontingenz der politischen Ordnung und der Form der Naturaneignung anerkannt und praktiziert werden. Die Zentralreferenz (1) ist das Axiom der Gleichheit unter den Menschen und zwischen den Menschen und der Natur. Die Gleichheit unter den Menschen als soziale Beziehung und die Gleichheit zwischen der Natur und den Menschen als eine Form der Naturaneignung sind unmittelbar in Form *eines* Gleichheitsdispositivs miteinander verknüpft. Die handlungstheoretische Grundlage (2) wird als eine Unterbrechung und Disposition bestehender gouvernementaler Ordnungen, als eine *politische* Entscheidung für eine Alternative (verstanden als die Möglichkeiten einer qualitativ verschiedenen Rationalität), als ein Aufbau gegenhegemonialer Praktiken, die durch Institutionen geformt werden, und als das Erfahren eines Scheiterns vermittelter Muster der Aneignung der Natur, als widerständiger, nichtidentischer Moment der Natur, verstanden. Die diskursive Grundlage dieser Demokratisierung (3) baut daher darauf auf und muss den antagonistischen Charakter des Politischen, die Nichtidentität der Natur sowie die Kontingenz der politischen Ordnung und der Formbestimmtheit der Naturaneignung anerkennen. Soziale Bewegungen (4) sind daher als Demokratisierungsakteur zu bezeichnen, denn sie fordern die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse ein, indem sie institutionelle Abläufe stören und die institutionelle, selektive Integrationsproblematik verhindern, etablierte Eliten zu entmachten versuchen und die kapitalistische Naturaneignung und den Konsens darüber überwinden wollen. Um als *politisch* und als ein Akteur, der die gesellschaftlichen Naturverhältnisse ändert, bezeichnet zu werden, müssen soziale Bewegungen daher gezwungenermaßen einen allgemeingültigen Singular auf Basis des Axioms entwickeln. Die Zukunftsperspektive (5) besteht daher aus dem Generieren alternativer Zukunftspfade, dem Aufbau eines Dissenses und der sozialökologischen Transformation durch die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse.

(2) Beantwortung der Forschungsfrage. *Inwiefern ist vor dem Hintergrund der ökologischen Krise die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse ‚von unten‘ einer postpolitischen Konfiguration unterlegen?*

Die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse ‚von unten‘ ist vor dem Hintergrund der ökologischen Krise insofern einer postpolitischen Konfiguration unterlegen, als sich (1) als Folge einer langjährigen Symbiose aus Politik und Kapital eine postpolitische Konfiguration der Demokratie in Form der simulativen Demokratie einerseits und das hegemoniale Projekt der ökologischen Modernisierung andererseits entwickelt hat. Außerdem wirkt sich diese Symbiose auf die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse in Form von (2) postpolitischen Subjektkonstruktionen und eine dadurch veränderte Selbstkonstitution sozialer Bewegungen mit explizit ökologischen Themen aus, die es nicht mehr vermögen, einen allgemeingültigen Singular als

politische Forderung zu entwerfen. Die postpolitische Konfiguration wirkt sich auch insofern auf die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse aus, als die (3) Symbiose aus Kapital und Politik in Form einer postpolitischen Konfiguration auf Basis einer postfordistischen Kontrollgesellschaft und Naturaneignung nicht nur eine Krise des Politischen, erkennbar durch das postpolitische Verhältnis innerhalb der Politik und des Sozialen der Menschen untereinander, sondern unmittelbar damit verbunden auch eine Krise der Ökologie entwickelt hat, die im gleichen Maße, wie es Herrschaftsverhältnisse zwischen den Menschen gibt, auch auf das Herrschaftsverhältnis zwischen Mensch und Natur aufbaut. Lösen lassen sich diese beiden vermittelten Krisen nur, wenn soziale Klimabewegungen einen allgemeingültigen Singular auf Basis der Gleichheit zwischen den Menschen und zwischen den Menschen und der Natur entwickeln und diesen in Form eines gegenhegemonialen Zukunftsentwurfes und eines Antagonismus zur etablierten Ordnung einbringen und durchsetzen.

3.2 Die Konturen eines Feldes: Anti-Kohle-Bewegung, Hambacher Wald und Postpolitik

In dieser Arbeit wurden Zitate aus vier, vom Autor geführten, narrativen Interviews benutzt, um an manchen Stellen illustrative Rückschlüsse auf die Empirie zu geben und einige erste prüfende Aussichten auf die hier entwickelten Thesen zu geben. Die vier Interviews wurden alle rund um den Konflikt um den Tagebau Hambach und die Erhaltung des Hambacher Waldes geführt. Teilweise konnten mit den Interviews die Annahmen tendenziell bestätigt oder widerlegt werden bzw. eine Aussicht auf einen weitergehenden Forschungsbedarf dargestellt werden. Die Zitate aus den Interviews dienen, wie eingangs erwähnt, nicht als wissenschaftlich fundierte Beweise theoretischer Annahmen in der Realität. Sie wurden lediglich genutzt, um als beispielhafte Verdeutlichung bestimmter abstrakter Thesen zu dienen, daher findet sich auch kein eigenes Kapitel zu diesem Beispiel. Im Folgenden soll diese Verbildlichung mit einigen m. E. wichtigen Gedanken abgeschlossen werden:

Zwar konnten sich, wie in Kapitel 1.3 und 1.4 angedeutet, eine breite und heterogene Protestbewegung rund um den Hambacher Wald als Austragungsort für das Klimacamp, ‚Ende Gelände‘ sowie eine dauerhafte Besetzung entwickeln, wobei derzeit auch mit weiterem Zuwachs zu rechnen ist, dennoch bleibt offen, wie die Politik auf die Forderungen der Bewegungen reagiert³⁸. Sowohl für einen kurzfristigen als auch für einen langfristigen Ausstieg aus dem Kohleabbau in Deutschland zeichnen sich derzeit mehrere Entwicklungen ab. Für einen langfristigen Ausstieg (also Ausstieg zwischen 2030 und 2045) können folgende Zeichen interpretiert werden: (1) Der Regierungswechsel in NRW im Mai 2017 wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach nicht positiv auf die

³⁸ Welche Auswirkungen die Gewalt beim G20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017 auf die Durchführung des Klimacamps und die geplante Stürmung des Tagebaus durch Ende Gelände haben wird, ist derzeit noch nicht abzusehen. Es kann aber vermutet werden, dass aufgrund der Zugehörigkeit zum linken Spektrum Verbote und Auflagen für das Klimacamp erhöht werden.

Forderungen eines sofortigen Braunkohleabbaustopps auswirken, vielmehr wird durch die Schwarz-Gelbe Koalition vermutlich eine Stärkung der Kohlelobby erfolgen. (2) Darüber hinaus gibt es sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland weiterhin eine breite Zustimmung innerhalb der Bevölkerung zum Kohleabbau aufgrund der Strukturschwäche der Region (vgl. BOSSE 2016). (3) Diese macht es schwer, den Braunkohleabbau radikal infrage zu stellen und dabei die Unterstützung der lokalen Bevölkerung zu erhalten. Die Energiewende und der Atomausstieg haben letztlich dazu geführt, dass durch die Politik wieder vermehrt auf Braunkohle als lokaler Energieträger gesetzt wird. Denn diese ist billig, verspricht eine hohe Energiesicherheit und beschäftigt derzeit bundesweit noch immer 120 000 Menschen (vgl. RENN U. MARSHALL 2016, S. 231). Während die breite Bevölkerung in Deutschland den Atomausstieg befürwortet, fühlen sich viele mit einer reinen Energieversorgung durch EE unsicher und stehen der Braunkohle nicht so skeptisch gegenüber wie dem Atomstrom (vgl. EBD.). Darüber hinaus hat sich (4) durch das kooperative und institutionalisierte Politikmodell in Deutschland über Jahrzehnte hinweg eine politische Konfiguration aus Gewerkschaften, PolitikerInnen und ArbeitgeberInnen entwickelt, die besonders im Rheinland ziemlich ausgeprägt ist (vgl. I-01, S. 3; I-02, S. 10; I-03, S. 5 u. 9). Dies kann im Sinne MOUFFES als ein hegemoniales Projekt dargestellt werden, das nur schwer infrage gestellt werden kann. Nicht zuletzt stellt das Bergrecht, das „alles andere als ein modernes Fachplanungsrecht [ist], das auf einer Gesamtabwägung aller Interessen und einem transparenten Bewilligungsverfahren beruht“ (HIß 2016, S. 28), noch immer ein Demokratiehindernis dar (5). Das Bergrecht ist aus einer fordistischen Wachstumslogik heraus entstanden, wie HIß deutlich macht: „Das deutsche Bergrecht steht somit beispielhaft für eine auf immer größeres Wachstum abzielende Wirtschaftslogik“ (EBD., S. 29). Dies bestätigt auch I-03:

„Das Problem ist ja das Bundesberggesetz, die bergrechtlichen Regelungen. Das ist ja ein Sonderrecht, das ja noch immer einmalig ist und ja eigentlich vollkommen anachronistisch und undemokratisch“ (I-03, S. 5).

Auf einen kurzfristigen und baldigen Ausstieg aus der Braunkohle können folgende Faktoren hindeuten: (1) Die Bewegung rund um den Hambacher Forst schafft es, ‚als Bewegung‘ zu erstarken und eine ‚Äquivalenzkette‘ zu bilden (siehe Kapitel 3.4), sich auf einen allgemeingültigen Singular zu einigen und die Lobby und den postpolitischen Konsens zu durchbrechen. Dies bedarf aber einer enormen Mobilisierung. (2) Ein weiterer Faktor könnte die Bundestagswahl im September 2017 sein. Wenn hier ein Regierungswechsel auf Bundesebene stattfindet und mit den Grünen oder Linken ein Kohleausstieg beschlossen wird, könnte dies auch Auswirkungen auf den Hambacher Wald und den Protest vor Ort haben. (3) Nicht zuletzt ist die COP23 in Bonn vielleicht ein weiteres Großereignis, auf das die Protestbewegung sich schon vorbereitet, wie die Befragten betonen:

„Ja, das versuchen wir hinzubekommen. Die Aktionen, die wir da vorhaben. Wir wollen natürlich ganz klar das Kohlethema nach Bonn bringen dann. Wie wir das hinkriegen, da gehen die Meinungen noch ein bisschen auseinander“ (I-03, S. 8).

„Das muss auf jeden Fall genutzt werden. Die Gelegenheit muss genutzt werden, vor allem auch nochmal ein bisschen zu entlarven, dass Deutschland seine Klimaschutzziele gar nicht erreichen kann, wenn der Tagebau weiterbetrieben wird bis zum Ende, wenn nicht der Kohleausstieg schnell kommt. Das ist eindeutig, dass man das nutzen kann, ich sehe zunehmend gerade in diesem Jahr auch [...], dass man vielleicht mehr die Politik in den Fokus nimmt, in die Kritik nimmt, als RWE“ (I-02, S. 10).

„Auf jeden Fall wird es eine fette Aktion geben, glaube ich. Es ist ja auch schon Rodungssaison ... also ich glaube, das wäre halt ein spannender Angriffspunkt, das sichtbar zu machen, dass die hier 30 km entfernt Klimakonferenz machen und darüber debattieren, wie das Klima gerettet werden kann, während sie hier einen Wald für einen Braunkohletagebau abholzen. Das ist halt ... eigentlich ist es eine Steilvorlage für uns. Die muss man halt richtig nutzen“ (I-04, S. 5).

Damit bleiben die Entwicklungen im Hambacher Wald durchaus spannend. Interessant ist, und dies könnte ein Feld sein, das weiterer Forschung bedarf, welche Rolle NGOs als vom Staat anerkannte Institutionen spielen, wie dieses Zitat von I-03 vom BUND NRW deutlich macht:

„Also für die ist ja RWE der böse Kapitalist, der bekämpft werden muss für das ganze Schweinesystem. So läuft das aber nicht, das sind die Parolen der 60er-Jahre, das ist vielleicht legitim, dass sowas alles mal wiederkommt und dass vielleicht da die etwas jüngere Generation nochmal das Gleiche machen muss, was wir auch schon alles hinter uns haben, aber Fakt ist, es werden hier politische Entscheidungen getroffen. Nicht RWE hat beschlossen, dort Braunkohle zu fördern, sondern die Landesregierung hat das beschlossen. Und RWE bewegt sich im Rahmen der von der Politik erteilten Genehmigung“ (I-03, S. 2).

In diesem Sinne bleibt zu fragen, inwiefern NGO's als Ressource oder Hindernis bei einer Postpolitisierung demokratischer Institutionen dienen können.

Die Klimacamps, die seit 2014 jährlich im Rheinland stattfinden, nehmen dabei eine besondere Rolle ein. Denn als Begegnungsort der AktivistInnen greifen sie als basisorientierte Zusammenkünfte radikaldemokratische Aspekte auf und verstehen sich als demokratische (Lern-)Orte alternativer Ansätze für eine klimagerechte Gesellschaft (vgl. BEDALL ET AL. 2011, S. 42). Klimacamps verstehen sich auch explizit als Multiplikatoren für die Bildung einer Klimabewegung (vgl. EBD.). In Klimacamps wird nicht nur über alternative Zukunftspfade einer sozialökologisch gerechten Welt diskutiert, oftmals bilden sie auch Ausgangspunkt direkter Aktionen und zivilen Ungehorsams. Dabei wird durch das Erleben einer „Bewegung in Aktion“ der Klimawandel als drängendes Problem erfahrbar gemacht und konkret gegen erlebte Ungerechtigkeiten vorgegangen. Diese Form des kollektiven Handelns legt den Grundstein für eine kollektive Selbstermächtigung sowie eine kollektive Identität, die für jede soziale

Bewegung eine Voraussetzung ist (vgl. EBD., S. 43). Klimacamps dienen zusammengefasst also dazu, zu informieren, Vernetzung zu ermöglichen, eine Plattform für politische Aktionen zu bieten und Nachhaltigkeit erlebbar zu machen (vgl. BOSSE 2016, S. 395). Sie sind daher auch als ein Ort der Utopie zu verstehen, an denen Alternativen kreiert und gelebt werden sollen, sowohl in demokratischer als auch in ökologischer Hinsicht. Klimacamps werden parteiunabhängig und offen für Mitwirkende organisiert (vgl. EBD.)³⁹. Auch in diese Richtung könnte eine Forschung hinsichtlich der Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse auf Basis der politischen Differenz und der sozialen Ökologie interessant sein und praxistheoretische Erkenntnisse liefern. Dennoch bleibt an dieser Stelle Hoffnung, denn „so wie der deutsche Atomausstieg nicht der Einsicht einer Regierung entsprang, sondern der Erfolg einer breiten Protest- und Bürgerinnenbewegung war, so wird eine wirklich ökologische, demokratische und soziale Energiewende nur auf dem Boden von Demokratisierung und sozialen Bewegungen entstehen“ (KUNZE 2015, S. 11). Vielleicht bietet dies die soziale (Klima-)Bewegung rund um den Hambacher Wald.

3.3 Diskussion und Fazit

Es sei vorausgehend erwähnt, dass „der selbstreflexive Umgang mit Wissen um politisch-praktische Relevanz eigener theoretischer Tätigkeit einen wichtigen Prüfstein für Demokratietheorien“ bildet (KREISKY U. LÖFFLER 2010, S. 92).

„Kritisch-reflexiver Umgang mit Theorie umfasst die Fähigkeit und Bereitschaft, auf reale Veränderungen von Demokratien angemessen einzugehen und den Schutzwall von Endgültigkeit und Vollständigkeit eines geschlossenen Theoriegebäudes aufzugeben. Darüber hinaus muss Theoriearbeit auch sich selbst zum Gegenstand machen. SozialwissenschaftlerInnen sind keinesfalls dazu ermächtigt, gesellschaftliche Akteure zu objektivieren, zu passivieren und unter dem Gesichtspunkt zu interpretieren, ob sie emanzipationsgeleitet handeln“ (KREISKY U. LÖFFLER 2010, S. 92; zitiert nach DEMIROVIC 2004, S. 489).

Ebenjenes Gedanken schließe ich mich voll und ganz an: Zwar habe ich an dieser Stelle versucht, eine kritische und emanzipatorische Perspektive auf ein Zusammendenken zweier Theorien, die aus unterschiedlichen Disziplinen mit unterschiedlichen epistemologischen Annahmen kommen, zu geben, erhebe aber keinesfalls Anspruch auf eine vollständige oder theoretisch einwandfreie Darstellung. Denn für eine wirkliche theoretische und daraufhin deduktiv-empirische Prüfung dieser Theorie bedarf es weiterer Grundlagenarbeit. Was ich an dieser Stelle geleistet habe, ist, zwei Theorien in ihren Annahmen kritisch zu hinterfragen, ihr Schwächen und Erklärungsdefizite herauszuarbeiten und zu untersuchen, inwiefern sie fruchtbare Elemente für ein Zusammendenken anbieten. Doch selbst diese Leistung ist nicht als vollständig oder objektiv zu verhandeln – vielmehr bildet diese Arbeit für mich die

³⁹ Für eine ausführliche Darstellung über die Funktionen der Klimacamps vgl. FRENZEL 2011.

Möglichkeit, einen kritisch-reflexiven Umgang mit Theorien generell, aber vor allem mit politischen Theorien im Speziellen, zu entwickeln und diese in meine politisch-praktische Tätigkeit einfließen zu lassen. Denn es gilt, die Kontingenz, die von den Theorien auf die politische Ordnung angewendet wird, auch auf ebenjene Theorien selbst anzuwenden. Ich schließe mich DERRIDA in der Hinsicht an, dass die Demokratie als „unfertig“ zu verstehen ist (DERRIDA 2006, S. 129). Demokratie – als *die* politische Ordnung, die meiner Meinung nach das Gleichheitsaxiom am ehesten verwirklichen kann – ist m.E. daher ein permanenter Widerstand gegen die Versuche des Staates und des Kapitals, das Politische zu integrieren, zu organisieren und zur Politik zu machen (vgl. CELIKATES 2010, S. 299). Ich schließe mich aber auch MOUFFE an, wenn sie sagt, Demokratie sei eine „echte Konfrontation, die jedoch auf der Grundlage von beiden Seiten akzeptierter demokratischer Verfahren ausgetragen wird“ (MOUFFE 2014, S. 31). Die Natur spielt eine besondere Rolle, da die Beobachtungen der oben erarbeiteten Theorien über die Diskrepanz des Bewusstseins über die Krise und der tatsächlichen Bearbeitung der Krise des Politischen und der Ökologie, m.E. zutreffen. Die Natur als Analysekategorie im Sinne des politischen Mensch-Natur-Verhältnisses bedarf daher einer gesonderten Behandlung im politischen Prozess: „Erst muss eine Gesellschaft ihre funktionalen Integrationsprobleme lösen, um damit ihre Verhältnisse zur Natur gestalten zu können“ (GÖRG 2003, S. 188). Im Folgenden noch einige Kritikpunkte meinerseits, die sich im Laufe der Arbeit ergeben haben:

(1a) **Gefahr der Geschichtsteleologie.** Es besteht die Gefahr, Geschichtsteleologie zu betreiben, wenn davon ausgegangen wird, dass vergangene, radikale und revolutionäre Diskontinuitäten zu einer gerechteren Gesellschaft geführt hätten. So bleibt die Frage, inwiefern die vorgestellte Perspektive den Blick auf politische Großsubjekte, wie z. B. soziale Bewegungen oder ‚Arbeiterklassen‘ u. ä., begünstigt, während Ereignissen in weniger erforschten Gebieten (wie z. B. in der Finanzindustrie o. ä.) kaum Beachtung geschenkt wird (vgl. BEDORF 2010, S. 33). Sowohl innerhalb der politischen Differenz als auch in der sozialen Ökologie besteht durch die Auffassung einer dauerhaften Krise des Politischen und/oder der dauerhaften Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse die theoretische Bindung an ebenjene Krise. Denn was wäre, wenn die Naturbeherrschung als Form der gesellschaftlichen Naturverhältnisse oder die Postpolitik überwunden werden würde? Und: Wenn davon ausgegangen wird, dass Gesellschaft auch anders sein könnte (Kontingenz-Prinzip), würde es diese Theorien auch ohne ebenjene Krisen geben? Wichtig ist bei dieser Kritik auch, zu bedenken, dass das Politische aus der Logik der Theorie heraus nicht verschwinden kann, denn sonst würde sich die Theorie auflösen. Das bedeutet, dass das Politische sich niemals eliminieren lässt (vgl. MOUFFE 2014, S. 22f.) – es entsteht im Prinzip ein Beobachtungszwang des Politischen aus sich selbst heraus. Doch was ist, wenn der Antagonismus, der dem Politischen entspringt, niemals verschwinden wird? „Zu befürchten ist, dass radikale Demokratie ein Projekt ist, das, weil es nicht sagt, was es will außer Demokratie, zur Prolongation aller dieser Kämpfe auf Ewigkeit beiträgt“ (DEMIROVIC 2005, S. 67). Denn

der Antagonismus stellt den politischen Konflikt auf Basis des Gleichheitsaxioms ins Zentrum. Doch wenn Konflikte nie ganz aufgelöst werden können, bleibt die Frage, ob unterdrückende Strukturen wie z. B. Rassismus, Diskriminierung, Ausbeutung usw. nicht überwunden werden können und sollen und in diesem Sinne auch Konfliktlinien innerhalb der Gesellschaft verschwinden (vgl. WALLAT 2010, S. 281).

(1b) **Theorie und Praxis der Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse.** Ebenfalls zu diskutieren bleibt die Frage danach, wie praxisrelevant die Theorie der Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse ist: „Demokratiereflexion ist somit als soziale Praxis, als Feld gesellschaftlicher Kräfte sowie politischer Kämpfe, zu begreifen und auch zu praktizieren“ (KREISKY U. LÖFFLER 2010, S. 91). Demokratietheorie sollte daher an die Praxis geknüpft sein und nicht ausschließlich im wissenschaftlichen Diskurs stattfinden, denn Demokratie, wie sie hier verstanden wird, wird vor Ort in Kämpfen gemacht. In diesem Sinne muss auch reflektiert werden, dass im Zentrum dieser Arbeit und der erörterten Debatte die westliche, akademische ExpertInnendebatte steht – denn m. E. ist davon auszugehen, dass von den AkteurInnen vor Ort bisher kaum jemand etwas von der ‚politischen Differenz‘, geschweige denn von den ‚gesellschaftlichen Naturverhältnissen‘ gehört hat. Dies soll nicht überheblich klingen, vielmehr soll es meine eigene Arbeit infrage stellen, ob eine neu entwickelte Analyseperspektive von gesellschaftlicher Relevanz ist oder nicht, wenn sie keinen konkreten Praxisnutzen hat. Ein Weiterdenken der Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse im Kontext eines sich abzeichnenden „*Practice Turn in Contemporary Theory*“ (GADINGER 2017, S. 400, zitiert nach SCHATZKI ET AL. 2001) dient nicht nur dazu, den (post-)strukturalistischen Ansatz eines reinen Konstruktivismus zu hinterfragen und zu reflektieren, es würde sich auch die Möglichkeit anbieten, den ontologischen Status der Akteursqualität sowie der Materialität zu rehabilitieren (vgl. BÜGER U. GADINGER 2008, S. 75) und sich einer „Empiriegeladenheit von Theorien“ (GADINGER 2017, S. 401, zitiert nach HIRSCHAUER 2008, S. 168) zuzuwenden. Denn wenn Demokratie ‚von unten‘ gemacht werden soll, dann bleibt die Frage offen, inwiefern eine komplexe Theoretisierung ‚von oben‘ überhaupt sinnvoll und vor allem praxisrelevant ist. Denn betroffen von der Exklusionspolitik sind nicht die ExpertInnen. Vielmehr sind, wenn die vorgestellten Thesen zu Ende gedacht werden, die ExpertInnen Triebfeder der Inklusion in die Exklusionspolitik und in diesem Sinne auch Triebfeder der Postpolitisierung der Demokratie. Der Anspruch einer Theoretisierung der Demokratisierung ‚von unten‘ von oben ist im Prinzip nur einlösbar, wenn erstens „die eigene soziale, geschlechtliche, politische und ideologische Positionierung zum Ausgangspunkt genommen wird“ (KREISKY U. LÖFFLER 2010, S. 101) und zweitens der gesellschaftlichen Relevanz und methodologischen Überprüfung in der und durch die Praxis ein gewisser Stellenwert eingeräumt wird und so die Reichweite der Analyseperspektive erweitert wird. Denn sowohl die vorgestellten nichtidentischen Subjekte und Momente als auch das Ontologisch-Politische bleiben weiterhin schwer leb- und erreichbar (vgl. EBD., S. 102). Sie geben eine schwer zu operationalisierende Einteilung der Wirklichkeit

an die Hand, die oftmals mit unklaren Begriffen arbeitet und dazu verleitet, die Welt subjektiv-hermeneutisch zu analysieren. Gerade die praxistheoretische Wende wirft daher kritische Fragen ontologischer und epistemologischer Natur auf, die derzeit in der Politikforschung intensiv diskutiert werden (vgl. BÜGER U. GADINGER 2008) und in einem engen theoretischen Zusammenhang mit der Materialität und Objektivität von Körpern und Artefakten stehen und sich in diesem Sinne auch an die hier diskutierte Nichtidentität von Natur anschließen würden. Unklar bleibt, über die Handlung auf der Mikro-Ebene als Konstruktion des Sozialen hinaus, inwiefern ganz grundsätzlich Institutionen und Energieversorgung dem Anspruch einer radikalen, pluralen Demokratie gerecht werden können, denn auch MOUFFE und RANCIÈRE bieten kaum praktische Lösungen und verharren vielmehr auf dem o. g. unscharfen Begriff des Politischen und abstrakten Formulierungen (vgl. PULLER 2009, S. 6, zitiert nach JESSOP 2008, S. 301). CHATTERTON U. PICKERILL entwerfen daher beispielsweise den Begriff des täglichen Rhythmus einer postkapitalistischen Praxis, um das Praktische beim politischen Widerstand zu betonen (2010, S. 475). Darüber hinaus bleibt die Frage, inwiefern eine Theoretisierung der Praxis bzw. eine Praktizierung der Theorie im Rahmen eines reinen Sozialkonstruktivismus überhaupt möglich ist, wenn eine Objektivität gar nicht erst erreicht werden kann (vgl. POULIOT 2007). Und es bleibt die Frage zu stellen, ob die Einteilung der Realität in die Politik und das Politische überhaupt einen notwendigen praxisorientierten Charakter hat, der die Praxis emanzipatorischer Politik vorwärtsbringt. Daher ist der letzte Satz des Fazits ein Zitat, das die ökologische Krise und die politische Krise aufgreift und eine zukunftsgerichtete Perspektive einnimmt: „Ziel muss es sein, ein antagonistisches Projekt sozial-ökologischer Transformation zu etablieren, welches zugleich interventionsfähig ist, d.h. welches seine vielfältige Verstrickung in die hegemoniale Gesellschaftsformation nicht negiert“ (KUNZE U. BECKER 2014, S. 45).

3.4 Herausforderungen und Ausblick

Zunächst kann die Anti-Kohle-Bewegung in Deutschland ein erster empirischer Erhebungsort für eine mögliche deduktive Anwendung sein, die wiederum reduktive Fragen auf die Annahmen aufwerfen wird. Bei einer Diskursanalyse mit narrativen ExpertInnen-Interviews müsste untersucht werden, inwiefern die Subjektkonstruktionen als solche durch postpolitische Prozesse beeinflusst und geprägt werden und welche Formen die derzeitigen sozialen Bewegungen wirklich annehmen. Dienen sie den Institutionen als Hindernis oder als Ressource? Kann die deutsche Anti-Klima-Bewegung einen gesellschaftlichen Gestaltungsprozess erwirken und die Institutionen und damit die gesellschaftlichen Naturverhältnisse demokratisieren und so sowohl der postdemokratischen Ökologie auf gesellschaftlicher als auch der Emanzipation zweiter Ordnung auf individueller Ebene entkommen? Eine weitere Untersuchung müsste daher die in Kapitel 2.4 vorgestellte postdemokratische Konstitution sozialer Bewegungen in den Blick nehmen und fragen, inwiefern innerhalb einer kollektiven Form die Teilnehmenden aufgrund ihrer multiplen Identitäten den individuellen

Bedürfnissen Vorrang geben. Anschließend ist zu untersuchen, ob die Anti-Kohle-Bewegung als umweltpolitische Bewegung themenspezifisch in diesem Sinne auch ohne einen politischen Singular auftritt und inwiefern eine heterogene Rollenspezifikation innerhalb der Bewegung zu finden ist, die auf interne, teils widersprüchliche politische Ansichten deuten würde. Ob die politische Partizipation ‚von unten‘ zunehmend spontan, sporadisch und projekthaft geschieht und mit geringem (zeitlichen) Aufwand erledigt werden kann und keine andauernden Verpflichtungen nach sich zieht und sich aufgrund dessen plötzliche Proteste seltener verstetigen und deswegen nicht konstruktiv in längere politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden oder ob die Bewegung dies aufgrund der außerparlamentarischen Opposition nicht will, bleibt ebenfalls zu klären. Die explorativ zitierten Interviewstellen zeigen aber, dass die These der Emanzipation zweiter Ordnung nicht zwingend stimmen muss. Gerade bei der medienwirksamen und erfahrungsorientierten Protestform der Klimacamps und ‚Ende Gelände‘ ist die Frage zu klären, ob diese schnellen und problemlosen Partizipationsformen mit einem möglichst hohen Unterhaltungswert, der auch in der Freizeit erfahrbar ist, einhergeht und welche Rolle dabei die individuelle Performativität bzw. die selbstbezogene Darstellung und Erfahrung, bei der es nicht bloß um die Sache geht, sondern auch immer um das Ich und die Identität, spielt (vgl. BLÜHDORN 2013a, S. 191). Für eine empirische Überprüfung des Begriffes postdemokratische Ökologie ist die Innenperspektive sozialer Bewegungen und der Subjektkonstruktion von elementarer Bedeutung, aber eben auch der ökologische Teil des Begriffes im Sinne der ökologischen Modernisierung und der gesellschaftlichen Naturverhältnisse: Inwiefern ist in welcher diskursiv-symbolischen Ebene das Mensch-Natur-Verhältnis wo eingeschrieben?

Fruchtbar gemacht und theoretisch erweitert werden könnte – wie eingangs bereits kurz erwähnt – das Konzept der Energiedemokratie, das Kunze bereits in Ansätzen entwickelt und definiert hat (vgl. KUNZE 2015). Dort greift er fünf Dimensionen für eine emanzipatorische Energiewende im Sinne der Demokratisierung auf: (1) die Beteiligung bei der Entwicklung von Energieversorgungsprojekten auf Basis der Selbstorganisation von Initiativen und Projekten durch die lokale Bevölkerung, (2) das gemeinschaftliche Eigentum und der Besitz der Energiequellen und -projekte sowie (3) eine flache und hierarchiefreie Wertschöpfungskette, die eine Beteiligung der lokalen Bevölkerung an den Gewinnen berücksichtigt, (4) die ökologische und suffiziente Projektverwirklichung und nicht zuletzt (5) die Emanzipation der Energieversorgung von einer zentralstaatlichen Politik (vgl. KUNZE 2015).

Die Energiedemokratie als eine gemeinschaftsorientierte Form der Energieversorgung bietet zwar die Chance, die gesellschaftlichen Naturverhältnisse zu demokratisieren, sie muss aber letztlich gänzlich von einer kapitalistischen und fossilistischen Marktorientierung abgekoppelt sein und dem Gemeinwohl – unabhängig von finanziellen Versprechen – dienen, wie GÖRG betont: „Erst eine Gestaltung, die den Imperativ des globalen Wettbewerbs und den darin angelegten Zwang zu

wirtschaftlichem Wachstum abzubauen versucht, würden den strukturellen Gründen für eine Verschärfung der ökologischen Problematik entgegenarbeiten“ (GÖRG 2003, S. 216). Denn wie ALTVATER bemerkt, bedarf es einer tiefgreifenden und umfassenden Revolution, um ein erneuerbares Energieregime zu konzipieren, wenn der fossilistische Kapitalismus ausläuft (vgl. ALTVATER 2006, S. 172). Doch ALTVATER ist aus seiner marxistischen Position heraus dem Wunsch nach dem Ende des Kapitalismus verhaftet. Das Beispiel der Energiewende, die in Deutschland die Möglichkeit bietet, das Verhältnis zwischen Gesellschaft, Wirtschaft und Technik grundlegend zu verändern (vgl. KUNZE 2015, S. 11), kann aber auch zeigen, dass selbst der politische Wille nach einer post-fossilistischen Energieversorgung zunächst das Gegenteil bewirken kann: MORTON und MÜLLER sehen vor allem in der Energiewende den Grund für die Renaissance von Braunkohle in Deutschland (vgl. 2016). Zwar bietet die Energiewende in Deutschland die Chance, dezentral und demokratisch die Energieversorgung sicherzustellen, aber global gedacht kann der Wandel des Energieregimes zu einer Verstetigung kapitalistischer Vergesellschaftung führen: Denn EE produzieren meist dort Energie, wo die Machtverhältnisse besonders asymmetrisch zwischen den Menschen (*rural areas*) bzw. zwischen Mensch und Natur sind – wo am wenigsten Widerstand für die Praxis hegemonialer Projekte zu finden ist (vgl. MCCARTHY 2014). Dennoch bietet die Energiewende in Deutschland, aber auch weltweit, „multiple openings for rethinking, rather than merely reproducing, our political-economic-system“ (EBD., S. 2499). Der Anti-Kohle-Bewegung kommt damit im diskursiv und politisch umkämpften Feld eine besondere Funktion zu: Schafft sie es, im Sinne der gesellschaftlichen Naturverhältnisse die fossilistische Form der Naturaneignung in Deutschland in einen Singular, also in eine gesellschaftliche Systemkritik umzuwandeln und den diskursiven Rahmen der Energiewende weg vom Technischen hin zum Sozialen zu verschieben? Als Beispiel könnte die Climate-Justice-Koalition dienen, die es auf internationaler klimapolitischer Ebene der UNFCCC geschafft hat, auf ihren antagonistischen Forderungen zu beharren, hegemoniale Deutungsmuster des Klimawandels zu benennen und den Klimawandel zumindest in Teilen zu politisieren (vgl. GÖRG U. BEDALL 2013). Die medienwirksamen und spektakulären Aktionen der BesetzerInnen von Tagebau und Wäldern können des Weiteren – je nach diskursiver Ausstrahlung – auf andere TeilnehmerInnen abschreckend wirken, vor allem, wenn sie als Angriff auf den Kapitalismus inszeniert werden (vgl. KÖSSLER 2013, S. 197). Darüber hinaus tat sich die Klimabewegung in Deutschland in den letzten Jahrzehnten schwer, strategische Bündnisse mit anderen linken Gruppierungen, die nicht direkt in der Klimathematik aktiv sind, zu schließen (vgl. EBD., S. 199). Befunde wie diese würden die oben genannte postpolitische Konfiguration sozialer Bewegungen bestätigen, denn mit systemkritischen Inhalten können demnach weniger Menschen mobilisiert werden. Dabei spielen auch die Medien eine sehr wichtige und nicht zu unterschätzende Rolle, liegt die Berichterstattung oftmals auf Aktionsformen, statt auf deren Inhalten:

„Das Fehlen realer Machtmittel und die argumentative Handlungslogik bringen Bewegungen in die Abhängigkeit von Medien. [...] Bewegungen stehen in einem zwiespältigen Verhältnis zu den Medien, weil sie auf die Medienöffentlichkeit angewiesen sind. Wollen sie Aufmerksamkeit erlangen, müssen sie sich dem Verlangen der Medien nach ‚einfachen‘ Botschaften oder ‚phantasievollen Bildern‘ anpassen“ (BRUNNENGRÄBER 2005, S. 353).

Dies kann durch ein Zitat von I-02 bestätigt werden:

„Also die Problematik ist die wenig differenzierte Berichterstattung der Medien, die alles in einen Topf werfen, da ist dann das Klimacamp = Wiesencamp = Waldbesetzung = Ende Gelände = BUND-Jugend = BfB, da wird alles in einen Topf geworfen“ (I-02, S. 7).

Eventuell kann auch die Kritik von ZIZEK und BLÜHDORN an sozialen Bewegungen als „Irrlichter“ (BLÜHDORN 2013a) oder „Ein-Themen-Projekte“ (ZIZEK 2004) in Verbindung mit einem veränderten Medienregime gesehen werden:

„Sind schon die konkreteren politischen Ziele schwer an die Medien zu vermitteln, so gilt dies in noch stärkerem Maße für weitergehende Ziele im Sinne eines gesellschaftlichen Wandels. Die Funktion von Medien in der Gesellschaft ist folgerichtig einer der Kritikpunkte, die viele soziale Bewegungen an gesellschaftlichen Funktionsweisen formulieren“ (KORTE 2011, S. 188).

Verzerrungen der Sachinhalte, zu wenig Aufmerksamkeit insgesamt oder Fokussierung auf medienwirksame Bilder und Aktionen sind häufige Klagen von sozialen Bewegungen. Daher müssen gegenhegemoniale Strategien entwickelt werden, wie über die Medien Inhalte in den Diskurs eingebracht werden können. „Es bedarf kreativer Ideen und Vermittlungswege, um im hegemonialen Diskurs Widerstandspunkte zu bilden und kritische Inhalte sagbar zu machen“ (EBD., S. 205). Ob ‚Ende Gelände‘ mit den spektakulären Aktionen des zivilen Massenungehorsams in die Kerbe medienwirksamer Bilder gerät oder einen Vermittlungsweg für die Mobilisierung emanzipatorischer Inhalte findet, bleibt noch zu erforschen. Und es bleibt weiterhin auch eine Annahme, dass das Ausbleiben großflächiger Demonstrationen und breiter gesellschaftlicher Mobilisation sich durch die postpolitische Situation oder die Emanzipation zweiter Ordnung begründet. NORTH zum Beispiel benennt vielmehr die Angst um den eigenen Lebensstil bzw. die schwer fassbare Dimension des Klimawandels als Grund für das Ausbleiben eines konfliktiven Auseinandersetzens mit dem Mensch-Natur-Verhältnis (vgl. NORTH 2011, S. 1595).

Damit bleibt auf der empirischen Seite der sozialen Bewegungen eine der Hauptherausforderungen, den schmalen Grat zwischen systemkritischen Ansätzen und themenspezifischen Ansätzen zu überbrücken und eine Allianz aus sowohl der radikalen Linken als auch den gemäßigten NIMBs zu schaffen. Im Hambacher Wald ist dies zumindest aus einem ersten *Pretest* erkennbar gut gelungen – die rheinische Protestbewegung besteht dort aus Kirchen, BIs, radikalen Linken und NGOs, die

unterschiedliche Strategien für die Realisierung des gleichen Zieles verfolgen. Dennoch gilt bei den Forderungen nach einem sofortigen Kohleausstieg: „Emanzipation muss mehr sein als bloßer Appell, sie muss als das eigene Interesse der sich emanzipierenden Subjekte gesehen werden“ (MÜLLER 2011). Zwei Fragen ergeben sich aus diesem Zitat: Folgt die deutsche Klimabewegung bzw. die rheinische Protestbewegung einem emanzipatorischen, ja demokratischen Gedanken? Und: Wird sie verebben, sobald der Kohleausstieg beschlossen ist und die letzten Bäume des Hambacher Waldes gefällt worden sind? Ob dies im Falle des Hambacher Waldes ebenfalls der Fall ist, bleibt zu klären und kann aus den gewonnenen Daten nicht abgelesen werden. Die Klimacamps im Rheinland bilden aufgrund ihrer wachsenden Größe, der Zusammenarbeit mit der *degrowth*-Summerschool und ‚Ende Gelände‘ ein medienwirksames Event. Auch in diese Richtung kann im Sinne der postpolitischen Konfiguration und postdemokratischen Ökologie weitergeforscht werden: Gehen inhaltliche Singulare in den Camps verloren? Welche Rolle spielen die Medien vor Ort? Sind sie Orte einer gelebten Usurpation und bilden eine erfolgreiche Gegenmacht aus oder werden sie Orte für Freizeitaktivitäten oder gar Orte des Protesttourismus (vgl. FRENZEL 2011)?

Ein weiteres unbearbeitetes Feld könnte der Klimawandel als hochpolitisiertes und diskursiv umkämpftes Feld sein, der vor allem ein Feld hegemonialer Praktiken und Vorstellungen ist, die einer kapitalistischen Naturaneignung als gesellschaftliche Naturverhältnisse entspringen (vgl. BEDALL 2011). Welchen Einfluss hat die Anti-Kohle-Bewegung auf die Klimapolitik der Bundes- oder Landesregierungen? Wo wird Lobbyarbeit im Namen der Kohle und einer undemokratischen Naturaneignung betrieben und wo werden aktiv Demokratisierungsbestrebungen ausgeschlossen? Wie wird die Energiewende als ein möglicher Ausgangspunkt für eine Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse diskursiv so geformt, dass sie kapitalistische Aneignungslogiken reproduziert? Denkbar wäre auch, das Hegemoniekonzept nach GRAMSCI hinzuziehen und zu eruieren, wie sich als Ergebnis von zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzungen eine Balance von Kompromissen, ein hegemonialer Konsens herstellt, über den die bestehenden Herrschaftsverhältnisse hegemonial abgesichert werden (vgl. GRAMSCI 1991). Er wäre insofern an die Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse und die damit verbundenen und hier diskutierten Kritikpunkte anschlussfähig, als er selbst ein kritisches Verhältnis zur Zivilgesellschaft hat, die nicht immer altruistisch im Sinne des Allgemeinwohls handelt (vgl. BEDALL 2011, S. 64). Auch MOUFFE denkt ihren Ansatz der radikalen Demokratie mit GRAMSCI weiter: Sie fordert, eine neue Hegemonie im Sinne des Antagonismus zu schaffen, indem sie den „Stellungskrieg“ von GRAMSCI aufgreift – eine Äquivalenzkette, die sich durch die Gesellschaft zieht, Synergien zwischen verschiedenen Akteuren (Gewerkschaften, sozialen Bewegungen usw.) erzeugt und an mehreren Orten gleichzeitig stattfindet:

„Vielmehr müssen wir durch eine Kombination parlamentarischer und außerparlamentarischer Bemühungen eine tiefgreifende Veränderung dieser Institutionen herbeiführen und sie zu einem Vehikel für die Artikulation der mannigfaltigen demokratischen Forderungen machen, die das Prinzip der Gleichheit auf so viele soziale Beziehungen ausdehnen würde wie möglich“ (MOUFFE 2014, S. 12).

Aus dieser Sicht bliebe die Frage, wie der „hegemonialen Verstrickung“ (METHMANN 2011) in die postpolitische Konfiguration zu entgehen ist. Gewerkschaften oder NGOs spiegeln keinesfalls immer das ‚Gegenüber‘ des hegemonialen Diskurses wider, wie bereits oben diskutiert wurde und METHMANN nochmals deutlich macht: „Und weil sie zudem eine entscheidende Rolle in der (Re-)Produktion hegemonialer Diskurse spielen, sind sie weit davon entfernt, nur der gute Geist der Weltpolitik zu sein“ (2011, S. 108) – während MOUFFE argumentiert, dass soziale Bewegungen ohne Rückendeckung der Institutionen nicht in der Lage sein werden, „die Machtstrukturen entscheidend zu verändern. Damit laufen sie Gefahr, dass ihr Protest gegen die neoliberale Ordnung schon bald in Vergessenheit geraten wird“ (MOUFFE 2014, S. 122). Sie plädiert daher dafür, im Sinne von SCHMIDTS Freund/Feind-Schemata ein ‚Wir‘ durch die Artikulation einer Äquivalenzkette zwischen den vielfältigen Protestgruppen zu konstruieren. „Dieser Moment der Konstruktion eines kollektiven Willens über Gegensätze hinweg, behaupte ich, ist der entscheidende politische Schritt, ohne den man keine angemessene Strategie entwickeln kann“ (EBD., S. 173). Dies wird durch einen Aktivistin aus dem Hambacher Wald bestätigt:

„Ich persönlich fand es immer wichtig, dass die Reichweite an Mitteln quasi sehr breit bleibt, ich werde es nicht sagen, was ich persönlich getan habe, aber was ich gut finde, wenn es allgemein Leute tun. Also ich finde, dass von friedlichen Menschenketten von irgendwelchen BIs über Ankettaktionen an Gleisen bis zu brennenden Stromkabeln oder so alles wichtig ist und gut ist und eine spezielle Facette des Widerstandes ausmacht. Und, glaube ich, auch nur zusammen auch erfolgreich sein kann. In der Bandbreite“ (I-04, S. 2).

Auch eine Aktivistin aus der Bürger-Initiative Buirer für Buir sieht das ähnlich:

„Aber natürlich, [...] es bewirkt einfach was. Alles bewirkt was. Ich meine, Aktivitäten, sei es Steine werfen, sei es brennende Barrikaden, sei es Gespräche mit Polizei oder Gespräche beim Friedensplan, alles hat Auswirkung auf die Gruppe und die Bewegung. Das auf jeden Fall“ (I-02, S. 5).

Ob dieser Anspruch im Zuge weltweit rasant stattfindender gesellschaftlicher und politischer Veränderungen verwirklicht werden wird, kann auch nach dieser Arbeit nicht sicher vorausgesagt werden. Wichtig bleibt m. E. der kritische und reflektierte Umgang mit der Demokratie, mit der Natur und der ‚Realität‘, wie sie sich uns präsentiert.

Literaturverzeichnis

ABBAS, T. (2011): Demokratie zwischen Konflikt und Konsens: zum Konzept des Politischen bei Jacques Rancière und Claude Lefort. Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen: Selected Student Papers.

- ALTVATER, E. (2006): Das Ende des Kapitalismus. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 51(2), S. 171-182.
- BARTHE, S., BRAND, K. (1996): Reflexive Verhandlungssysteme. Diskutiert am Beispiel der Energiekonsens-Gespräche. In: PRITTWITZ, V. (Hrsg.): Verhandeln und Argumentieren: Dialog, Interessen und Macht in der Umweltpolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 71–109.
- BATLIWALA, S. (2002): Grassroots Movements as Transnational Actors: Implication for Global Civil Society. *Voluntas*, 13(4), S. 393-409.
- BAURIEDL, S. (2012): Geschlechterverhältnisse und Klimawandel: eine Systematisierung vielfältiger Wechselwirkungen. In: CAGLAR, G., DO MAR CASTRO VARELA, M., SCHWENKEN, H. (Hrsg.): Geschlecht – Macht – Klima. Feministische Perspektiven auf Klima, gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gerechtigkeit. Opladen und Farmington Hills: Barbara Budrich Verlag, S. 41-59.
- BAURIEDL, S., HACKFORT, S. (2015): Geschlechtsspezifische Verwundbarkeit. In: BAURIEDL, S. (Hrsg.): Wörterbuch Klimadebatte. Bielefeld: transcript-Verlag, S. 82-95.
- BAURIEDL, S. (2016): Politische Ökologie: Machtverhältnisse in Gesellschaft/Umwelt-Beziehungen. *Geographica Helvetica*, 71(4), S. 341-351.
- BAURIEDL, S. (Hrsg.) (2016): Wörterbuch Klimadebatte. Bielefeld: transcript-Verlag.
- BÄCKSTRAND, K.; LÖVBRAND, E. (2006): Planting Trees to Mitigate Climate Change. Contested Discourses of Ecological Modernization, Green Governmentality and Civic Environmentalism. *Global Environmental Politics*, 6(1), S. 50-75.
- BECKER, E., JAHN, T. (Hrsg.) (2006): Soziale Ökologie: Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- BECKER, E., HUMMEL, D., JAHN, T. (2011): Gesellschaftliche Naturverhältnisse als Rahmenkonzept. In: GROß, M. (Hrsg.): Handbuch Umweltsoziologie. Berlin: Springer-Verlag, S. 75-96.
- BEDALL, P. (2011): NGOs, soziale Bewegungen und Auseinandersetzungen um Hegemonie. In: BRUNNENGRÄBER, A. (Hrsg.): Zivilisierung des Klimaregimes: NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 59–84.
- BEDALL, P., BRICKE, M., TZSCHIESCHE, S. (2011): Klima- und Energiekämpfe. *Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken*, 3(1), S. 41-45.
- BEDALL, P. (2014): Climate Justice vs. Klimaneoliberalismus?: Klimadiskurse im Spannungsfeld von Hegemonie und Gegen-Hegemonie. Bielefeld: transcript Verlag.
- BEDORF, T. (2010): Das Politische und die Politik - Konturen einer Differenz. In: BEDORF, T., RÖTTGERS, K. (Hrsg.): Das Politische und die Politik. Berlin: Suhrkamp, S. 13–37.
- BEDORF, T., RÖTTGERS, K. (Hrsg.) (2010): Das Politische und die Politik. Berlin: Suhrkamp.
- BEERHORST, J., DEMIROVIC, A., GUGGEMOS, M. (Hrsg) (2004): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- BILLMANN, L., HELD, J. (Hrsg.) (2013): Solidarität in der Krise: Gesellschaftliche, soziale und individuelle Voraussetzungen solidarischer Praxis. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- BIRKE, P. (2013): Unerwartete Proteste und ihr etwas weniger überraschendes Ausbleiben – ein Beitrag zur Diskussion über die bundesdeutschen Protestbewegungen in der Krise. In: BILLMANN, L.,

- HELD, J. (Hrsg.): Solidarität in der Krise: Gesellschaftliche, soziale und individuelle Voraussetzungen solidarischer Praxis. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 355–372.
- BLÜHDORN, I. (2011): The politics of unsustainability: COP15, post-ecologism, and the ecological paradox. *Organization & Environment*, 24(1), S. 34-53.
- BLÜHDORN, I. (2013a): Simulative Demokratie: neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- BLÜHDORN, I. (2013b): The governance of unsustainability: ecology and democracy after the post-democratic turn. *Environmental Politics*, 22(1), S. 16-36.
- BLÜHDORN, I. (2014a): Die demokratische Frage - neu gestellt: Simulative Demokratie - Ein qualitativer Wandel des Systems. Vortrag in der Heinrich-Böll-Stiftung. <https://www.youtube.com/watch?v=4B8DH1UNsuQ> (zuletzt abgerufen am 09.05.2017)
- BLÜHDORN, I. (2014b): A massive escalation of truly disruptive action? Bürgerproteste und Nachhaltigkeit in der postdemokratischen Konstellation. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 27(1), S. 27-37.
- BOUDON, R. (1988): Ideologie: Geschichte und Kritik eines Begriffs. Reinbek: Rowohlt.
- BOSSE, J. (2016): Analyse: Kein Land mehr für Kohle – Kohleausstieg ist Handarbeit. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 28(4), S. 394-399.
- BRAND, U. (2006): Gegen-Hegemonie als strategische Perspektive. Ambivalenzen und Strategien der aktuellen Globalen Sozialen Bewegungen. In: MARCHART, O., WEINZIERL, R. (Hrsg.): Stand der Bewegung? Protest, Globalisierung, Demokratie - eine Bestandsaufnahme. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 35–44.
- BRAND, U., WISSEN, M. (2011a): Die Regulation der ökologischen Krise. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 36(2), S. 12-34.
- BRAND, U., WISSEN, M. (2011b): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. In: DEMIROVIĆ, A. (Hrsg.): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA-Verlag, S. 79–94.
- BROWN, W. (2003): Neo-liberalism and the End of Liberal Democracy. *Theory & Event*, 7(1), S. 2-24.
- BRUNNENGRÄBER, A., KLEIN, A., WALK, H. (Hrsg.) (2005): NGOs im Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn: BpB.
- BRUNNENGRÄBER, A. (2005): Gipfelstürmer und Strassenkämpfer. NGOs und globale Protestbewegungen in der Weltpolitik. In: BRUNNENGRÄBER, A., KLEIN, A., WALK, H. (Hrsg.): NGOs im Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn: BpB, S. 328–365.
- BRUNNENGRÄBER, A. (Hrsg.) (2011): Zivilisierung des Klimaregimes: NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- BRUNNENGRÄBER, A., DIETZ, A. (2016): Klimagerechtigkeit. In: BAURIEDL, S. (Hrsg.): Wörterbuch Klimadebatte. Bielefeld: transcript-Verlag, S. 157–162.
- BUCHSTEIN, H., GÖHLER, G. (Hrsg.) (2007): Politische Theorie und Politikwissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- BÜGER, C., GADINGER, F. (2008): Praktisch gedacht! Praxistheoretischer Konstruktivismus in den Internationalen Beziehungen. *Zeitschrift Für Internationale Beziehungen*, 15(2), S. 273-302.
- CASTREE, N. (2000): Marxism and the production of nature. *Capital & Class*, 24(3), S. 5-36.

- CHATTERTON, P., PICKERILL, J. (2010): Everyday activism and transitions towards post-capitalist worlds. *Transactions of the Institute of British Geographers*, 35(4), S. 475-490.
- CHATTERTON, P., FEATHERSTONE, D., ROUTLEDGE, P. (2013): Articulating climate justice in Copenhagen: antagonism, the commons, and solidarity. *Antipode*, 45(3), S. 602-620.
- CELIKATES, R. (2010): Ziviler Ungehorsam und radikale Demokratie. In: Bedorf, T., Röttgers, K. (Hrsg.): *Das Politische und die Politik*. Berlin: Suhrkamp, S. 274–302.
- CETINA, K., SCHATZKI, T. R., VON SAVIGNY, E. (Hrsg.) (2005): *The practice turn in contemporary theory*. London: Routledge.
- CROUCH, C. (2015): *Postdemokratie*. Unter Mitarbeit von Nikolaus Gramm. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- DELLA PORTA, D., DIANI, M. (2011): *Social movements. An introduction*. Malden, Mass.: Blackwell.
- DEMIROVIC, A. (2004): Der Zeitkern der Wahrheit. Zur Forschungslogik kritischer Gesellschaftstheorie. In: BEERHORST, J., DEMIROVIC, A., GUGGEMOS, M. (Hrsg.): *Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 475-499.
- DEMIROVIĆ, A. (2005): Radikale Demokratie und der Verein freier Individuen. In: *Demopunk/Kritik und Praxis Berlin* (Hrsg): *Indeterminante“Kommunismus. Texte zur Ökonomie, Politik und Kultur*. Münster.
- DEMIROVIĆ, A. (Hrsg.) (2008): *Kritik und Materialität*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- DEMIROVIĆ, A. (Hrsg.) (2011): *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Hamburg: VSA-Verlag.
- DEMIROVIĆ, A. (2012): Marx Grün. Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse demokratisieren. *Luxemburg*, 13(3), S. 60-71.
- DERRIDA, J. (2006): *Schurken. Zwei Essays über die Vernunft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- DIETZ, K., ENGELS, B. (2014): Immer (mehr) Ärger wegen der Natur?-Für eine gesellschafts- und konflikttheoretische Analyse von Konflikten um Natur. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 43(1), S. 73-89.
- DIETZ, M., GARRELTS, H. (2013): Konturen der internationalen Klimabewegung – Einführung in Konzeption und Inhalte des Handbuchs. In: DIETZ, M., GARRELTS, H. (Hrsg.): *Die internationale Klimabewegung: Ein Handbuch*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 15–35.
- DIETZ, M., GARRELTS, H. (Hrsg.) (2013): *Die internationale Klimabewegung: Ein Handbuch*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- FEINDT, P., SARETZKI, T. (2010): *Umwelt- und Technikkonflikte*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- FRANKENBERG, G. (2014): Zur demokratischen Ökonomie politischer Empörung. In: *Die Verfassung des Politischen*. Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 157-174.
- FEATHERSTONE, D. (2008): *Resistance, space and political identities: the making of counter-global networks*. John Wiley & Sons.
- FRIEDRICH, B. (2015): *Das Konfliktfeld gesellschaftliche Naturverhältnisse am Beispiel von Agro-Gentechnik: Eine Fallstudie in den Landkreisen Kitzingen, Lüchow-Dannenberg und Oberhavel*. Dissertation. Lüneburg: Leuphana Universität Lüneburg.
- FRIEDRICH, B. (2017): Lokale und regionale Konflikte um Agro-Gentechnik. In: Gottschlich, D. (Hrsg.): *Politiken der Naturgestaltung. Ländliche Entwicklung und Agro-Gentechnik zwischen Kritik und Vision*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 153–169.

- FRENZEL, F. (2011): Entlegene Orte in der Mitte der Gesellschaft. In: BRUNNENGRÄBER, A. (Hrsg.): Zivilisierung des Klimaregimes: NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 163–185.
- FORSYTH, T. (2004): Social movements and environmental democratization in Thailand. In: JASANOFF, S., MARTELLO, M. L. (Hrsg.) (2004): Earthly politics: local and global in environmental governance. London: MIT press, S. 195-215.
- GADINGER, F. (2017): Praxistheorie in den Internationalen Beziehungen. In: SAUER, F., MASALA, C. (Hrsg.): Handbuch Internationale Beziehungen. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 399–428.
- GARCIA-DÜTTMANN, A. (2010): Ohne Politik. In: Bedorf, T. und Röttgers, K. (Hrsg.): Das Politische und die Politik. Berlin: Suhrkamp, S. 364–381.
- GOTTSCHLICH, D., HACKFORT, S. (2016): Zur Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Warum die Perspektiven der Politischen Ökologie dafür unverzichtbar sind. *PVS Politische Vierteljahresschrift*, 57(2), S. 300-323.
- GOTTSCHLICH, D. (2017): Demokratisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse durch Widerstand und Gegenmacht. In: GOTTSCHLICH, D., MÖLDERS, T. (Hrsg.): Politiken der Naturgestaltung. Ländliche Entwicklung und Agro-Gentechnik zwischen Kritik und Vision. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 193–216.
- GOTTSCHLICH, D., MÖLDERS, T. (Hrsg.) (2017a): Politiken der Naturgestaltung: Ländliche Entwicklung und Agro-Gentechnik zwischen Kritik und Vision. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- GOTTSCHLICH, D., MÖLDERS, T. (2017b): Eine sozial-ökologische Forschungsperspektive. In: GOTTSCHLICH, D., MÖLDERS, T. (Hrsg.): Politiken der Naturgestaltung. Ländliche Entwicklung und Agro-Gentechnik zwischen Kritik und Vision. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 21–30.
- GOTTSCHLICH, D., MÖLDERS, T. (2017c): Normative Orientierungen. Ein kritisch-emanzipatorisches Nachhaltigkeitsverständnis. In: GOTTSCHLICH, D., MÖLDERS, T. (Hrsg.). Politiken der Naturgestaltung. Wiesbaden: Springer Fachmedie, S. 31-43.
- GOTTSCHLICH, D., SULMOWSKI, J., FRIEDRICH, B. (2017): Fazit zum Politikfeld Agro-Gentechnik. In: GOTTSCHLICH, D., MÖLDERS, T. (Hrsg.): Politiken der Naturgestaltung: Ländliche Entwicklung und Agro-Gentechnik zwischen Kritik und Vision. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 217–224.
- GÖRG, C. (2003): Regulation der Naturverhältnisse: Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- GÖRG, C. (2008): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. *PERIPHERIE: Politik, Ökonomie, Kultur*, 28(4), S. 477-479.
- GÖRG, C. (2010): Vom Klimaschutz zur Anpassung. Gesellschaftliche Naturverhältnisse im Klimawandel. In: VOSS, M. (Hrsg.): Der Klimawandel: Sozialwissenschaftliche Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 347–362.
- GÖRG, C., BEDALL, P. (2013): Antagonistische Positionen. Die Climate-Justice-Koalition vor dem Hintergrund der Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: DIETZ, M., GARRELTS, H. (Hrsg.): Die internationale Klimabewegung: Ein Handbuch. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 75–105.
- GREVEN, M. (2010): Verschwindet das Politische in der politischen Gesellschaft? Über Strategien der Kontingenzverleugnung. In: BEDORF, T., RÖTTGERS, K. (Hrsg.): Das Politische und die Politik. Berlin: Suhrkamp, S. 68–88.
- HALLER, M. (1999): Soziologische Theorie im systematisch-kritischen Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- HAJER, M. (1995): *The Politics of Environmental Discourse: Ecological Modernization and the Policy Process*. USA: Oxford University Press.
- HÄFNER, D., SCHMIDTKE, D., SCHOLL, F. (2016): Pro Lausitzer Braunkohle vs. Ende Gelände / Eine erneute Annäherung an gesteuerte Bürgerinitiativen. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 29(3), S. 237-241.
- HERKENRATH, M. (Hrsg.) (2011): *Die Globalisierung der sozialen Bewegungen: Transnationale Zivilgesellschaft und die Suche nach einer gerechten Weltordnung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- HERKENRATH, M. (2011): Grundbegriffe. In: Herkenrath, M. (Hrsg.): *Die Globalisierung der sozialen Bewegungen: Transnationale Zivilgesellschaft und die Suche nach einer gerechten Weltordnung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 24–31.
- HIRSCH, M. (2010): Der symbolische Primat des Politischen und seine Kritik. In: Bedorf, T., Röttgers, K. (Hrsg.): *Das Politische und die Politik*. Berlin: Suhrkamp, S. 335–363.
- HIRSCHAUER, S. (2015): Die Empiriegeladenheit von Theorien und der Erfindungsreichtum der Praxis. In: KALTHOFF, H., HIRSCHAUER, S., LINDEMANN, G. (Hrsg.): *Theoretische Empirie. Zur Relevanz qualitativer Forschung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 165–187.
- HIB, D. (2016): Bergbau in Deutschland - Totgesagte leben länger. *politische ökologie*, 144(1), S. 26-32.
- HULME, M. (2009): *Why we disagree about climate change: Understanding controversy, inaction and opportunity*. Cambridge: University Press.
- JAHN, T., WEHLING, P. (1998): Gesellschaftliche Naturverhältnisse – Konturen eines theoretischen Konzepts. In: BRAND, K. (Hrsg.): *Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 75-91.
- JESSOP, B. (2008): *State Power. A Strategic-Relational Approach*. Cambridge: Polity Press.
- KALTHOFF, H., HIRSCHAUER, S., LINDEMANN, G. (Hrsg.) (2015): *Theoretische Empirie. Zur Relevanz qualitativer Forschung*. Tagung; DFG-Rundgespräch. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- KEITH, M. (2013): *Geographies of resistance*. London: Routledge.
- KENIS, A., MATHIJS, E. (2014): Climate change and post-politics: Repoliticizing the present by imagining the future? *Geoforum*, 52(2), S. 148-156.
- KORTE, M. (2011): Der Köder muss dem Fisch schmecken und nicht dem Angler. In: BRUNNENGRÄBER, A. (Hrsg.): *Zivilisierung des Klimaregimes: NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 187–207.
- KÖHLER, B., WISSEN, M. (2011): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Ein kritischer theoretischer Zugang zur ökologischen Krise. In: LÖSCH, B., THIMMEL, A. (Hrsg.): *Kritische politische Bildung. Ein Handbuch*. Schwalbach: Wochenschau-Verlag, S. 217–227.
- KÖSSLER, G. (2013): Die Klimabewegung in Deutschland. In: DIETZ, M., GARRELTS, H. (Hrsg.): *Die internationale Klimabewegung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 185-204.
- KREISKY, E., LÖFFLER, M. (2010): Demokratietheorieentwicklung im Kontext gesellschaftlicher Paradigmen. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 39(1), S. 89-104.
- KRÜGER, T. (2013): Das Hegemonieprojekt der ökologischen Modernisierung. *Leviathan*, 41(3), S. 422-456.
- KUNZE, C., BECKER, S. (2014): *Energiedemokratie in Europa. Bestandsaufnahme und Ausblick*. Brüssel: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

- KUNZE, C. (2015): Wege der Energiedemokratie: Emanzipatorische Energiewenden in Europa. Columbia: University Press.
- LACLAU, E., MOUFFE, C. (1985): *Hegemonie und radikale Demokratie: zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien: Passagen-Verlag.
- LEHNER, D. (2009): Postdemokratische Zustände und politische Subjektivierung - zur Formulierung eines emanzipatorischen Politikbegriffs bei Jacques Rancière. Beitrag auf dem Monumentum-Kongress 2009. Hallstadt.
- LEITNER, H., SHEPPARD, E., SZIARTO, K. M. (2008): The spatialities of contentious politics. *Transactions of the Institute of British Geographers*, 33(2), S. 157-172.
- LESSENICH, S. (2016): Neben uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. Berlin: Hanser.
- LÖSCH, B., THIMMEL, A. (Hrsg.) (2011): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Schwalbach: Wochenschau-Verlag.
- MARCHART, O., WEINZIERL, R. (Hrsg.) (2006): Stand der Bewegung? Protest, Globalisierung, Demokratie - eine Bestandsaufnahme. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- MARCHART, O. (2010): Politische Theorie als Erste Philosophie. Warum der ontologischen Differenz die politische Differenz zugrunde liegt. In: BEDORF, T., RÖTTGERS, K. (Hrsg.): Das Politische und die Politik. Berlin: Suhrkamp, S. 143–158.
- MARCHART, O. (2016): Die leere Nacht des Sozialismus. Postdemokratie und aktivistisch politische Theorie. In: UNTERTHURNER, G., HETZEL, A. (Hrsg.): Postdemokratie und die Verleugnung des Politischen. Baden-Baden: Nomos, S. 57–75.
- MCCARTHY, J. (2015): A socioecological fix to capitalist crisis and climate change? The possibilities and limits of renewable energy. *Environment and Planning A*, 47(12), S. 2485-2502.
- METHMANN, C. (2011): NGOs in der staatlichen Klimapolitik. In: BRUNNENGRÄBER, A. (Hrsg.): Zivilisierung des Klimaregimes. Berlin: Springer-Verlag, S. 107-134.
- MOORE, J. (2016): Über die Ursprünge unserer ökologischen Krise. *Prokla*, 46(4), S. 599-619.
- MORTON, T., MÜLLER, K. (2016): Lusatia and the coal conundrum: The lived experience of the German Energiewende. *Energy Policy*, 99(3), S. 277-287.
- MOUFFE, C. (1999): Deliberative democracy or agonistic pluralism? *Social Research*, 66(3), S. 745-758.
- MOUFFE, C. (2014): Agonistik. Die Welt politisch denken. Berlin: Suhrkamp.
- MOUFFE, C. (2015): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- MÜLLER, T. (2011): Von der Klimagerechtigkeit zur Klimademokratie – fürs Klima kämpfen, ohne vom Klima zu reden. Abrufbar unter:
<http://www.bdwi.de/forum/archiv/themen/oekologie/5415876.html> (zuletzt abgerufen am 24.07.2017)
- NICHOLLS, W. (2009): Place, networks, space: theorising the geographies of social movements. *Transactions of the Institute of British Geographers*, 34(1), S. 78-93.
- NORTH, P. (2011): The politics of climate activism in the UK: a social movement analysis. *Environment and Planning A*, 43(7), S. 1581- 1598.
- OBER, S. (2014): Partizipation in der Wissenschaft. Zum Verhältnis von Forschungspolitik und Zivilgesellschaft am Beispiel der Hightechstrategie. München: oekom verlag.

- OOSTERLYNCK, S., SWYNGEDOUW, E. (2010): Noise reduction: the postpolitical quandary of night flights at Brussels airport. *Environment and Planning A*, 42(7), S. 1577-1594.
- PARTZSCH, L., WEILAND, S. (Hrsg.) (2015): Macht und Wandel in der Umweltpolitik. Baden-Baden: Nomos.
- PULLER, A. (2009): Perspektiven aktueller Theorien des Politischen. In: Kritische Aneignung und Weiterentwicklung gegenwärtiger poststrukturalistischer Theorien des Politischen. Paper zum Kongress ‚Momentum09: Freiheit‘ in Hallstadt.
- POFERL, A. (2017): Zur ‚Natur‘ der ökologischen Frage. Gesellschaftliche Naturverhältnisse zwischen öffentlichem Diskurs und Alltagspolitik. In: RÜCKERT-JOHN, J. (Hrsg.): Gesellschaftliche Naturkonzeptionen: Ansätze verschiedener Wissenschaftsdisziplinen. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 75–98.
- POULIOT, V. (2007): “Subjectivism”: toward a constructivist methodology. *International Studies Quarterly*, 51(2), S. 359-384.
- PRITTWITZ, V. (Hrsg.) (1996): Verhandeln und Argumentieren: Dialog, Interessen und Macht in der Umweltpolitik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- PROIBL, M. (2014): Adorno und Bourdieu. Ein Theorievergleich. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- RANCIÈRE, J. (2008): Zehn Thesen zur Politik. Zürich: diaphanes.
- RANCIÈRE, J. (2014): Das Unvernehmen: Politik und Philosophie. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- RASCHKE, J. (1985): Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- REIBIG, R. (2015): Gesellschafts-Transformation heute – gewonnene Erkenntnisse und offene Fragen. Vortrag im Rahmen der Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse in Kooperation mit dem BISS e.V. am 28. September 2015 in Berlin. Unveröffentlichtes Manuskript.
- RENN, O., MARSHALL, J. P. (2016): Coal, nuclear and renewable energy policies in Germany: From the 1950s to the “Energiewende”. *Energy Policy*, 99(3), S. 224-232.
- RICHTER, E. (2006): Das Analysemuster der ‚Postdemokratie‘. Konzeptionelle Probleme und strategische Funktionen. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 19(4), S. 23-37.
- ROUTLEDGE, P. (2003): Convergence space: process geographies of grassroots globalization networks. *Transactions of the Institute of British Geographers*, 28(3), S. 333-349.
- RUCHT, D. (1996): Multinationale Bewegungsorganisationen. Bedeutung, Bedingungen, Perspektiven. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 9(2), S. 30-41.
- RUCHT, D. (1999): Gesellschaft als Projekt – Projekte in der Gesellschaft. Zur Rolle sozialer Bewegungen. In: KLEIN, A., LEGRAND, H., LEIF, T. (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven. Berlin: Springer Verlag, S. 15-27.
- RÜCKERT-JOHN, J. (Hrsg.) (2017): Gesellschaftliche Naturkonzeptionen: Ansätze verschiedener Wissenschaftsdisziplinen. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- SAUER, F., MASALA, C. (Hrsg.) (2017): Handbuch Internationale Beziehungen. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- SCHATZKI, T. R. (2001): Introduction: Practice theory. In: SCHATZKI, T. R., CETINA, K., von SAVIGNY E. (Hrsg): The practice turn in contemporary theory. London: Routledge, S. 1-17.

- SCHMITT, T. (2013): Dürre als gesellschaftliches Naturverhältnis: eine politische Ökologie der Wasserknappheit im Nordosten Brasiliens. Dissertation. Innsbruck: Institut für Geographie, Universität Innsbruck.
- SCHNEIDEWIND, U., SINGER-BRODOWSKI, M. (2013): Transformative Wissenschaft: Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem. Marburg: Metropolis.
- STRASSER, H. (1976): The normative structure of sociology. London: Routledge & Kegan Paul.
- STRÄßENBERGER, G., MÜNKLER, H. (2007): Was das Fach zusammenhält. In: BUCHSTEIN, H., GÖHLER, G. (Hrsg.): Politische Theorie und Politikwissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 45–79.
- SWYNGEDOUW, E. (2004): Social power and the urbanization of water: flows of power. Oxford: Oxford University Press.
- SWYNGEDOUW, E. (2005): Governance innovation and the citizen: the Janus face of governance-beyond-the-state. *Urban studies*, 42(11), S. 1991-2006.
- SWYNGEDOUW, E. (2009): Immer Ärger mit der Natur: "Ökologie als neues Opium für's Volk". *Prokla-Zeitschrift für Politische Ökonomie und Sozialistische Politik*, 39(3), S. 371 - 391.
- SWYNGEDOUW, E. (2010): Impossible Sustainability and the Post-political Condition. In: MARIA C., GRAZIA C., VALERIA M. (Hrsg.): Making Strategies in Spatial Planning: Knowledge and Values. Dordrecht: Springer Netherlands, S. 185–205.
- SWYNGEDOUW, E. (2011a): Depoliticized Environments. The End of Nature, Climate Change and the Post-Political Condition. *Royal Institute of Philosophy Supplement* 69, S. 253–274.
- SWYNGEDOUW, E. (2011b): Whose environment? The end of nature, climate change and the process of post-politicization. *Ambiente & sociedade*, 14(2), S. 69-87.
- SWYNGEDOUW, E. (2011c): Interrogating post-democratization: Reclaiming egalitarian political spaces. *Political geography*, 30(7), S. 370-380.
- SWYNGEDOUW, E. (2013): The non-political politics of climate change. *ACME: An International E-Journal for Critical Geographies*, 12(1), S. 1-8.
- TEUNE, S. (2008): „Gibt es so etwas überhaupt noch?“ Forschung zu Protest und sozialen Bewegungen. *Politische Vierteljahresschrift*, 49(3), S. 528-547.
- UNTERTHURNER, G., HETZEL, A. (Hrsg.) (2016): Postdemokratie und die Verleugnung des Politischen. Baden-Baden: Nomos.
- VOLK, C. (2013): Zwischen Entpolitisierung und Radikalisierung–Zur Theorie von Demokratie und Politik in Zeiten des Widerstands. *Politische Vierteljahresschrift*, 53(1), S. 75-110.
- Voss, M. (Hrsg.) (2010): Der Klimawandel: Sozialwissenschaftliche Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- WALLAT, H. (2010): Politica perennis. Zur politischen Philosophie des Postmarxismus. In: DUMBADZE, D., ELBE, I., ELLMERS, S. (Hrsg.): Kritik der politische Philosophie, Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 272-316.
- WEILAND, S., PARTZSCH, L. (2015): Zum Nexus von Macht und Wandel. In: PARTZSCH, L., WEILAND, S. (Hrsg.): Macht und Wandel in der Umweltpolitik. Baden-Baden: Nomos, S. 225–238.
- WEIS, L., BECKER, S., NAUMANN, M. (2015): Energiedemokratie. Grundlage und Perspektiven einer kritischen Energieforschung. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

WEISSER, F., MÜLLER-MAHN, D. (2017): No Place for the Political. Micro-Geographies of the Paris Climate Conference 2015. *Antipode* 49(3), S. 802–820.

WISSEN, M. (2008): Die Materialität von Natur und gebauter Umwelt. In: DEMIROVIĆ, A. (Hrsg.): Kritik und Materialität. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 73–88.

ZIZEK, S. (2004): Die Zukunft des Politischen. In: GAMM, G., HETZEL, A., LILIENTHAL, M. (Hrsg.) (2004): Die Gesellschaft im 21. Jahrhundert: Perspektiven auf Arbeit, Leben, Politik. Frankfurt am Main: Campus Verlag, S.51-70.

ZIZEK, S. (2008): Censorship Today: Violence, or Ecology as a New Opium for the Masses. Blogbeitrag. <http://lacan.com/zizecology2.htm> (zuletzt abgerufen am 17.07.2017).

ZIZEK, S. (2009): Ein Plädoyer für die Intoleranz. Wien: Passagen Verlag.

Anhang

Table 6: Liste der geführten Interviews

Kennzeichnung	Alter der interviewten Person	Geschlecht	Aufnahmedatum	Interviewlänge (in Minuten)	Ort der Aufnahme	Rolle der Interviewten Person (Name) (*Name auf Wunsch geändert)	Seiten im Anhang
I-01	Ca. 23	m	22.02.2017	41:11	Bei Aktivist zuhause (Köln)	Aktivist aus dem Hambacher Wald (*Sebba)	S.99-107
I-02	Ca. 45	W	18.02.2017	59:09	Alte Feuerwache Köln	Vertreterin BfB (Antje Grothues)	S. 107-120
I-03	Ca. 45	m	17.02.2017	54:08	BUND Zentrale Düsseldorf	Vorsitzender des BUND NRW (Dirk Jansen)	S. 120-132
I-04	Ca. 28	M	19.02.2017	40:22	Hambacher Wald	Besetzer eines Baumes (Clumsy)	S. 132-139

Interview-Kennzeichen: I01. Name auf Wunsch geändert.